

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

149 · März 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

| | |
|---|-----|
| VorSatz | 99 |
| Essay | |
| DIETER WITTICH Thomas S. Kuhn und der Marxismus | 197 |
| Geschichte & Politik | |
| Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED | 209 |
| Krieg & Frieden | |
| LOTHAR SCHRÖTER Streitkräfte gegen Terroristen? | 221 |
| WOLFGANG TRIEBEL Staat, Kirchen und Militär Hand in Hand zum Kriegeinsatz. Militärseelsorge in der Bundeswehr | 233 |
| Bildung, Wissenschaft & Politik | |
| DIETER KIRCHHÖFER Neue Lernkultur – Realprozeß oder ideologische Konstruktion? | 246 |
| STEFAN BOLLINGER Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft | 256 |
| Programmdiskussion der PDS | |
| HORST DIETZEL Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei | 265 |
| Standorte | |
| ROLAND CLAUS Was wollen die Reformer? | 274 |

Festplatte

| | |
|---|-----|
| WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau | 280 |
|---|-----|

Bücher & Zeitschriften

| | |
|--|-----|
| Ekkehard Saueremann: Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001 (ERNST LUTHER) | 282 |
|--|-----|

| | |
|--|-----|
| WeltTrends e.V. (Hrsg.): WeltTrends Nr. 35: Krieg im 21. Jahrhundert (KATRIN MÖLLER) | 283 |
|--|-----|

| | |
|--|-----|
| Hansjörg Herr, Albrecht Sommer, He Zerong (Hg.): Nachholende Entwicklung in China (ULRICH BUSCH) | 284 |
|--|-----|

| | |
|-----------|-----|
| Summaries | 286 |
|-----------|-----|

| | |
|---|-----|
| An unsere Autorinnen und Autoren Impressum | 288 |
|---|-----|

VorSatz

Solange ein Spitzenpolitiker im Lager des Friedens und der Volksdemokratie im Amte saß, und damit nicht im Lager oder im Gefängnis, schlief er länger als der Mensch, dessen Frühschicht morgens um sechs begann. Dafür kam er abends auch später ins Bett, hatte er doch doppelt so viel Zeit auf der Arbeitsstelle zu verbringen wie die Arbeiter in den Betrieben. Während die ihre löchrigen Fahrradreifen flickten und eine dünne Suppe verzehrten, begann für Rakosi, Bierut, Pieck, Tschervenkow, Slanský und ähnliche Spitzenfunktionäre samt ihren Stellvertretern das lange Warten am Telefon. Jakub Berman, während Stalins letzter Lebensjahre der zweite Mann in Polen, hat das 1984 kurz vor seinem Tode eindrucksvoll beschrieben. Stalin nahm um 18 Uhr sein Tagewerk auf; bis nachts um eins hatten seine Satrapen bereit zu sein, Befehle entgegenzunehmen. Nicht nur im Kreml brannte noch Licht.

Nachdem der »größte Mensch unserer Epoche«, so Walter Ulbricht in seinem persönlichen Nachruf, offiziell am 5. März 1953 um 21.50 Uhr sein »einzigartige(s) Kämpferleben« (so Wilhelm Pieck, der einstige Genosse Rosa Luxemburgs) vollendet hatte, konnten die Funktionäre zu zivilisierten Alltagsrhythmen zurückkehren – soweit sie noch lebten. Traitscho Kostow, den Stellvertreter Dimitroffs, hatte man, nachdem er zuvor halbtot gefoltert worden war, wieder genesen lassen, um ihn dann zum Tode verurteilen zu können. Ähnliches war dem tschechoslowakischen Parteichef Rudolf Slanský und dem ungarischen Außenminister László Rajk sowie einigen Hundert weiteren Gefolgsleuten »des großen Führers und ... nahen, geliebten, unendlich teuren Menschen« widerfahren. Letzteres verlautbarte Wjatscheslaw Molotow, Stalins Spießgeselle. Der »größte Genius der Menschheit« (Stalinerbe Georgi Malenkov) hatte jenem zwar 1949 die Ehefrau ins Lager gesperrt, weil sie ihn mit der Idee, an die Stelle der hingemordeten Tataren Juden auf der Krim anzusiedeln, genervt hatte, ihn selbst aber im Amte belassen. Massenmörder unter sich.

Einem wahrhaften Revolutionär treibt solche Sicht natürlich die Zornesröte ins Antlitz: Stalin brach immerhin Hitler das Genick. Daß er zuvor die deutschen Kommunisten auf die – zweifellos verkommene – Sozialdemokratie gehetzt und damit Hitler das Spiel erleichtert hatte; daß er mit der Abmetzelung seiner ehemaligen Kampfgefährten im Westen auch den gutwilligsten Bürger vom Charakter der Staatsmacht in der UdSSR überzeugt hatte; daß er Hitler mit der Ausrottung des, mit der Wehrmacht bestens vertrauten, Offizierskorps der Roten Armee geradezu zum Überfall eingeladen hatte – das

alles spielt für den Stammtisch keine Rolle. Ein Glück nur, daß diese Leute keine Chance mehr haben, Menschen, die eigenen Urteils fähig sind, jemals wieder zu sekkieren und zu kujonieren. Also mögen sie weiter in ihren Lügen schwelgen.

Stalin zählte zu den Erben Lenins, wenn auch nur zu denen dritten Grades. Lenin hatte die Oktoberrevolution als Eröffnung für einen europäischen Revolutionszyklus – analog dem Jahre 1848, wo die Revolution von Paris aus Europa überflutet hatte – verstanden, 1921 aber einsehen müssen, daß die Folgerevolutionen, vor allem die in Deutschland, nicht nur niedergeworfen worden waren, sondern auch, daß die eigene Revolution zwar militärisch siegreich gewesen, aber sozial gescheitert war. Im bäuerlichen Rußland konnte sich eine proletarisch gestimmte Macht nur halten, falls sie ihre soziale Basis verbreiterte, wenn nicht gar wechselte – was Lenin erkannte und mit der NÖP auch einleitete. Deklariertes Ziel wurde ein Staatskapitalismus als Durchgangsstadium zum proletarischen Sozialismus; dazu sollten Bauern und Kapitalisten auf Zeit begünstigt werden. Die Kapitalisten in China erleben heute ähnlich Merkwürdiges.

Stalin verstand sehr bald, daß sich Lenin in diesem Punkt etwas vorgemacht hatte. So konnte kein proletarischer Sozialismus entstehen, bestenfalls eine auf Staatseigentum beruhende Monopolwirtschaft mit einer Monopolherrschaft, die zu ihrer Rechtfertigung aber des Scheines eines proletarischen Sozialismus bedurfte. Das daraus entspringende Programm setzte Stalin konsequent um: Die Mittelbauern, die eigentlichen Kinder der Oktoberrevolution, befreite er vom Eigentum und lieferte sie teils der Industrie aus – ohne ihnen jedoch die restlichen Freiheitsrechte der doppelt freien Lohnarbeiter zuzugestehen –, drückte sie teils auf den Stand von 1861 zurück. Wer sich verweigerte, kam ins Lager oder wurde ausgehungert; in der Ukraine mehr als eine Million Menschen. Ursprüngliche Akkumulation als Bürgerkrieg. Seine eigentliche soziale Basis fand der Staatskapitalismus natürlich nicht im Proletariat, sondern in der Bürokratie. Bucharin, Weggefährte auf Zeit, erkannte in Stalin den Dschingis Khan. Der selbst mochte besonders »Iwan den Schrecklichen« von Eisenstein. Josef Stalin ist russische Geschichte. Hier reiht er sich unter die großen brutalen Modernisierer ein: Iwan Grosny und Peter der Große. Mit Sozialismus hat das allerdings nichts zu tun.

Stalin fand die Formel, mit der das asiatische Rußland in die Moderne zu führen war. Wie wir heute sehen, hatte der Mann Erfolg. Der russische Kapitalismus ist Wirklichkeit. Stalin hat dessen blutriefende Geburt bewältigt. Millionen Tote waren der Preis.

JÖRN SCHÜTRUMPF

PS. Ulla Plener, Enkelin eines deutschen Arbeiters, der in den zwanziger Jahren in die Sowjetunion ging, um die proletarische Basis der Sowjetmacht zu stärken und der zu jenen Vertretern des proletarischen Sozialismus zählt, die systematisch ausgerottet wurden, hat in den letzten Jahren verschiedene Arbeiten vorgelegt, mit denen sie versucht, den unbekanntem Opfern Stalins die Würde wiederzugeben. Ulla Plener, Mitglied der Redaktion von UTOPIE kreativ, feierte am 12. Februar ihren 70. Geburtstag. Wir gratulieren ihr ganz herzlich.

DIETER WITTICH

Thomas S. Kuhn und der Marxismus

Es sind inzwischen 40 Jahre verflossen, seitdem Thomas Samuel Kuhns Buch *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* im Herbst 1962 zuerst publiziert wurde. Von ihm soll hier vor allem die Rede sein, obgleich Kuhn außer dieser Arbeit zahlreiche andere publiziert hat. Doch keine davon erreichte auch nur annähernd die Bekanntheit, den Einfluß und somit den Erfolg seiner *Struktur*-Schrift. Sie war zuerst in Chicago erschienen und zwar innerhalb einer Reihe, die der wohl rühmrigste deutsche Kuhn-Forscher, Paul Hoyningen-Huene, 1997 als ein »Auslaufmodell« bezeichnet hat.¹ Es handelt sich um die Reihe *International Encyclopedia for Unified Science*. Sie war ursprünglich von einem der Hauptvertreter des positivistischen *Wiener Kreises* begründet worden, von dem Soziologen, Museologen und Philosophen Otto Neurath, kam aber über Anfänge nicht hinaus. (Es waren 26 Bände und 10 Bildbände geplant, doch nur zwei sind jemals erschienen und der letzte Band umfaßt auch Kuhns berühmte Arbeit). Ein »Auslaufmodell« war diese Reihe 1962 vor allem auch deshalb, weil man sich in der Wissenschaftstheorie der USA von einer nur statischen Betrachtungsweise der Wissenschaft bzw. von einer nur kumulativen lossagte, die historisch an dieser nur eine stete Anhäufung oder Kumulation von Erkenntnissen bemerkt hatte. (Letztere hatte übrigens schon Hegel charakterisiert.²) Wissenschaft wurde nun stärker auch ihren inhaltlichen Wandlungen, ihrer Zeitbezogenheit, auch ihren Irrtümern und Irrwegen nach zu problematisieren begonnen. Solche Bestrebungen in der Wissenschaftstheorie bezeichnete man als »new approach«, während die frühere Vorgehensweise als die herkömmliche, aber nun in Frage gestellte Sicht als »received view« benannt wurde. Bei dieser veränderten Betrachtungsweise von Wissenschaft erlangte Kuhns Buch bald einen, ja den Spitzenplatz.

Der promovierte Physiker und Dozent der Wissenschaftsgeschichte Kuhn (18. 7. 1922 - 17. 6. 1996) hatte an seiner Schrift nach eigenem Zeugnis ca. fünfzehn Jahre gearbeitet.³ Doch wurde sein Buch zunächst keineswegs als ein bedeutendes Ereignis aufgefaßt. In den ersten beiden Jahren nach seinem Erscheinen wurden in den großen USA nur 1700 Exemplare verkauft. Erst ein halbes Jahrzehnt nach der Erstausgabe wuchs das nationale und internationale Interesse für Kuhns *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Allein 1971 wurden 44 000 Bände der englischen Ausgabe verkauft. Inzwischen sind weltweit über eine Million Exemplare der Kuhnschen Arbeit von 1962 verbreitet. Es kamen mindestens 25 Übersetzungen des Buches

Dieter Wittich – Jg. 1933; Prof. Dr. phil. habil.; bis 1991 Professor für Erkenntnistheorie an der Universität Leipzig, Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin; mehr als 160 wissenschaftliche Veröffentlichungen, etwa 40 davon nach 1990. Unter seinen Publikationen dominieren Arbeiten zur Erkenntnistheorie und zur Geschichte der Wissenschaftsphilosophie im 19. und 20. Jahrhundert.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Verfasser am 21. November 2002 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Berliner Leibniz-Sozietät gehalten hat.

1 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Thomas S. Kuhn, in: *Journal for General Philosophy of Science. Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie*, Vol. 28 (1997) No. 2, S. 235-256.

2 Vgl. G. W. F. Hegel: *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*. Erster Band, Leipzig 1982. Hier heißt es in der *Einleitung in die Geschichte der Philosophie* im Unterschied zur Religion und Philosophie: »Die anderen Wissenschaften zwar haben auch dem Inhalte nach eine Geschichte. Sie enthält zwar auch einen Teil, welcher Veränderungen desselben, Aufgaben von Sätzen, die früher gegolten haben, zeigt. Allein ein großer, vielleicht der größere Teil des Inhalts ist von der Art, daß er sich erhalten hat; und das Neue, was entstanden ist, ist nicht eine Veränderung des früheren Gewinns, sondern ein Zusatz und Vermehrung desselben. Diese Wissenschaften schreiten durch eine Juxtaposition fort. Es berichtigt sich wohl manches im Fortschritte der Mineralogie, Botanik usf. an dem Vorhergehenden; aber der allergrößte Teil bleibt bestehen und bereichert sich ohne Veränderung durch das Neuhinzukommende. Bei einer Wissenschaft wie der Mathematik hat die Geschichte, was den Inhalt betrifft, vornehmlich nur das erfreuliche Geschäft, Erweiterungen zu erzählen; und die Elementargeometrie z. B. kann in dem Umfang, welchen Euklid dargestellt hat, von da an als geschichtslos angesehen werden.« (S. 17)

heraus. Auch in realsozialistischen Ländern waren Übersetzungen erschienen, so 1968 in Polen, 1975 in der Sowjetunion, 1976 in Rumänien, 1981 in der ČSSR und 1984 in Ungarn. Eine DDR-Ausgabe kam, aus welchen Gründen auch immer, nicht zustande. Der DDR-Leser war auf die Ausgaben in der BRD verwiesen, was natürlich in Ostdeutschland das Bekanntwerden mit diesem Buch arg behinderte. Jedenfalls war 1967 im Frankfurter Suhrkamp-Verlag die erste deutsche Übersetzung publiziert worden. Kuhns Buch sei, so Hoyningen-Huene, das »bislang meistgelesene Buch zur Wissenschaftsphilosophie und -geschichte überhaupt«⁴.

Zum Anliegen und zur Rezeption der Kuhnschen Schrift von 1962

Woraus erklärt sich der Welterfolg dieses Buches? Das Buch erwies sich ja immerhin als so einflußreich, daß Termini des Kuhnschen Wissenschaftskonzepts, besonders das Wort »Paradigma«, sich inzwischen längst nicht nur in der wissenschaftstheoretischen Fach-, sondern auch in der Umgangssprache großer Beliebtheit erfreuen. In der Tat ist »Paradigma« der Schlüsselbegriff Kuhns. Sein *Zweck* besteht darin, die Gemeinsamkeiten zu erfassen, die aus einer Ansammlung von Wissenschaftlern eine Gemeinschaft, eine *scientific community*, werden lassen. (Ich betone hier ausdrücklich den »Zweck« des Kuhnschen Begriffs »Paradigma« und mache damit zugleich auf eine Besonderheit seines Denkens aufmerksam. Kuhn war stets ziemlich präzise dort, wo es zu klären galt, warum er einen Begriff einführt, weit weniger aber dann, wenn es den Inhalt zu bestimmen galt, mit dem einem Begriffszweck genügt werden soll. Oder um mich der Sprache von Georg Klaus zu bedienen: Kuhn war ziemlich genau bei der Erhellung der Pragmatik seiner Begriffe, weit weniger aber bei der Bestimmung von deren Semantik, also des jeweiligen Begriffsinhalts.) Mit »Paradigma« sollte jedenfalls das erfaßt werden, was Wissenschaftler dazu befähigt, für ihre Gemeinschaft akzeptable wissenschaftliche Aufgaben zu erkennen und diese innerhalb der Gemeinschaft beraten und lösen zu können. Voraussetzung dafür sei, daß jeder Angehörige einer solchen Gemeinschaft eine ähnliche paradigmengemäße Ausbildung durchlaufen und sich ein ähnliches Reservoir an Wissen, Fähigkeiten und Werten wie jeder andere angeeignet hat.

Kuhn demonstriert wieder und wieder, daß Wissenschaft eine Sache von Gemeinschaften sei.⁵ Die für ihn spezifischen Begriffsbildungen, an deren Spitze der Begriff des Paradigmas fungiert, beziehen deshalb die jeweilige Gemeinschaft als ein notwendiges Relationsglied mit ein. Für ihn können Ideen, Fähigkeiten, Werte usw. niemals für sich allein ein Paradigma sein, sondern stets nur zusammen mit der Gruppe, die sich ihrer konzeptionell bedient. Seine Begriffsbildung ähnelt insofern jener, die im Marxismus-Leninismus mit dem Namen »Ideologie« bezeichnet wird. Sie ist ja auch nicht auf ein Ideenkonzept allein bezogen, sondern stets auch auf seine Verbindung mit einem Personenkreis, als dessen tatsächlicher oder vermeintlicher Interessenausdruck das jeweils als »Ideologie« bezeichnete angesehen wird. Das eben Dargelegte gilt auch für andere Begriffsbildungen Kuhns, etwa die der »Normalwissenschaft«, der »wissenschaftlichen Revolution« und andere.

Indem Kuhn nicht den individuellen Wissenschaftler, sondern die Gemeinschaft in das Zentrum seiner Betrachtungen stellt, stößt er auf vor ihm wenig bedachte Fragen. Eine von ihnen besagt, wie eine Wissenschaftlergemeinschaft überhaupt zu gemeinsamen Überzeugungen gelangen kann und – noch aufregender – wann, wie und warum sie diese aufgibt und zu anderen Überzeugungen gelangt. Wohlgerne eine Gemeinschaft, nicht einzelne Individuen!

Das jeweils herrschende Paradigma beeinflusst laut Kuhn nicht nur die Auswahl der Forschungsgegenstände der Gemeinschaft, prägt nicht nur ihre Sprach- und Begriffswelt, sondern bestimmt auch die Auswahl der zu lösenden Fragen und damit auch die der zu untersuchenden Tatbestände. Das Paradigma beeinflusst damit auch den Instrumentenbau sowie die Interpretation der Sinnesdaten, die über untersuchte Gegenstände erreicht werden. Die »Theoriebeladenheit der Beobachtungsdaten«, ein Terminus, der in die zeitgleiche amerikanische Wissenschaftstheorie von Hanson eingeführt worden war (aber eine bis in die Antike reichende philosophische Tradition besitzt), nimmt auch in Kuhns Überlegungen über den Platz und den Einfluß von Paradigmen im Forschungsprozeß eine gewichtige Rolle ein.

Solange ein Paradigma, also die für eine Gemeinschaft als verbindlich akzeptierten Konzepte, Methoden, Werte usw., von ihr als unproblematisch angesehen werden, betreibt eine Gemeinschaft nach Kuhn »Normalwissenschaft«. Kuhn schreibt hierzu: »Die normale Wissenschaft ist die Betätigung, mit der die meisten Wissenschaftler fast ihr ganzes Leben verbringen«. ⁶ Sie sei »traditionsbewahrend«, aber auch ziemlich eintönig. Es gehe in ihr um »puzzle-solving«, also um Aufgaben, für die bereits ein Lösungs-Algorithmus besteht, ähnlich wie bei Kreuzworträtseln oder Legespielen (S. 59 f.). Es gehe bei der Normalwissenschaft um durch das Paradigma gestellte Aufräumarbeiten, um »mop-up-work«, was mittels »mop-up-operations« erfolge. ⁷ Insofern werde in der Normalwissenschaft zwar ständig der individuelle Wissenschaftler, nicht aber die »gängige Theorie« überprüft (S. 79). Normalwissenschaft sei ein »höchst kumulatives Unternehmen« ⁸, dessen Fortbestand, wie gesagt, durch entsprechende, also paradigmengemäße Lehrbücher und Ausbildungsinhalte überhaupt, durch paradigmengemäße Fachzeitschriften und Fachvereinigungen, paradigmengemäße Betrachtungen zur Disziplingeschichte usw. gesichert werde (vgl. S. 182 ff.).

Die mit einem herrschenden Paradigma verbundene theoretische »Idylle«, aber auch Eintönigkeit des Wissenschaftsbetriebes, wird dann gestört, wenn gegenüber dem herrschenden Paradigma »Anomalien« auftauchen, also Tatbestände bekannt werden, die mit ihm zumindest zunächst nicht erklärt werden können. So gewaltig Kuhn auch den Einfluß von Paradigmen auf den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß schildert, Paradigmen werden von ihm keineswegs als allmächtig angesehen, da sie »Störungen« der mit ihnen jeweils verbundenen »Erwartung« (S. 80) nicht auszuschließen vermögen. Eine Anomalie sei so etwas wie eine »schwarze Herz 10«, die statt der erwarteten »roten Herz 10« plötzlich in einem Kartenspiel auftauche (S. 93).

3 Vgl. Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 1973, S. 7; Ders.: Die Entstehung des Neuen. Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte, hrsg. von Lorenz Krüger, Frankfurt a. M. 1977, S. 31.

4 Vgl. Paul Hoyningen-Huene, a. a. O., S. 242.

5 Vgl. Thomas S. Kuhn: Die Entstehung ..., a. a. O., S. 43.

6 Thomas S. Kuhn: Die Struktur ..., a. a. O., S. 22. Verweise auf dieses Buch im folgenden in Klammern im Text – die Redaktion.

7 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Die Wissenschaftsphilosophie Thomas S. Kuhns. Rekonstruktion und Grundlagenprobleme, Braunschweig/Wiesbaden 1989, S. 172.

8 Vgl. Thomas S. Kuhn: Logik der Forschung oder Psychologie der wissenschaftlichen Arbeit (1965), in: Imre Lakatos/Alan Musgrave (Hg.): Kritik und Erkenntnisfortschritt, Braunschweig 1974, S. 5.

Können solche Anomalien innerhalb des herrschenden Paradigmas nicht erklärt werden, gerät dieses Paradigma in eine »Krise«. In der Wissenschaftlergemeinschaft wird schließlich ein neues Paradigma vorgetragen, das die Mängel des alten zu vermeiden sucht.

Den Entstehungsprozeß eines neuen Paradigmas durch die *scientific community* und seine schließliche Akzeptierung durch die Gemeinschaft nennt Kuhn eine »wissenschaftliche Revolution«. Sie muß von Kuhn angesichts des Einflusses, den er dem jeweils akzeptierten Paradigma auf die gesamte sinnliche und rationale Kenntnisnahme von Wirklichkeit zuschreibt, auf die Problemsicht, auf Organisation und instrumentale Ausrüstung der Wissenschaft, auf das mit dem Paradigma einhergehende wissenschaftliche Leben und die seiner Pflege und Erhaltung dienende Ausbildung, folgerichtig als ein höchst gravierender Einschnitt im Leben der Gemeinschaft verstanden werden. Fast die Hälfte seiner über 220 Seiten umfassenden Abhandlung und fünf seiner insgesamt dreizehn Kapitel widmet Kuhn direkt dem Thema »wissenschaftliche Revolutionen«, die er »nicht-kumulative Entwicklungsperioden« nennt, »in denen ein älteres Paradigma ganz oder teilweise durch ein nicht mit ihm vereinbares neues ersetzt wird« (S. 128).

Wir werden auf diesen oder jenen der eben summarisch genannten Kuhnschen Begriffe im Laufe der weiteren Ausführungen noch näher zu sprechen kommen. Zunächst wollen wir uns aber der Frage zuwenden, für welchen theoretischen Zweck Kuhn eigentlich das eben skizzierte Begriffsensemble und kein anderes gebildet hat, warum er gerade diese und keine anderen Begriffe zu den für ihn typischen werden ließ. Anders formuliert heißt das, was ist eigentlich der Zweck und der mit ihm verbundene Gegenstand des Kuhnschen Buches von 1962? Was will er mit ihm überhaupt anders oder besser verstehen? Dazu hat sich Kuhn wenig klar geäußert. So schreibt er etwa 1962: »Der in diesem Essay beschriebene Entwicklungsprozeß ist ein Prozeß der Evolution vom primitiven Anfängen her ...« (S. 223). Lediglich einzelne Aspekte seiner Vorgehensweise hat Kuhn erläutert oder gerechtfertigt, so etwa, daß er die verbreitete Sicht eines nur kumulativen, evolutionären Verlaufs von Wissenschaft beenden wollte. Kuhn ließ also schon hinsichtlich des Anliegens seines Unternehmens viel Platz für Interpretationen und Spekulationen.

Am weitesten gingen jene – in der DDR und ihrem Umfeld neigten Kuhns frühe Rezipienten Gerhard Harig (1965) und Walter Hollitscher (1969) dazu⁹ –, die Kuhn einen knappen Abriß der Wissenschaftsgeschichte, wenigstens der naturwissenschaftlichen, zuschrieben. In der Tat ist Kuhns Buch mit Namen aus allen Perioden der Wissenschaftsgeschichte reichlich gefüllt, mit solchen aus mehreren ihrer Teilbereiche, wenn auch vorwiegend aus der Geschichte der Physik. Es ist in dem Buch etwa von Aristoteles, Ptolemäus, Kopernikus, Kepler, Galilei, Lavoisier, Coulomb, Bernoulli, Euler, Dalton, Gauß, Lagrange, Lyell, Darwin, Röntgen, Hertz, Planck, Einstein und vielen anderen die Rede. Aber beim näheren Hinsehen üben bei Kuhn 1962 solche Verweise auf frühere oder zeitgenössische Gelehrte und deren Taten methodisch kaum eine andere Funktion aus als jene, die wir aus den Lehrbüchern für dialektischen

9 Vgl. Gerhard Harig: Die beiden Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution des 17. Jahrhunderts und die Gegenwart, in: Gerhard Harig: Schriften zur Geschichte der Naturwissenschaften, hrsg. von Georg Harig und Günter Wendel, Berlin 1983, S. 264-271; Walter Hollitscher: Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft, Wien 1969, S. 366-369.

Materialismus gewohnt waren. Sie dienen einzig dazu, seine Thesen zu bekräftigen oder zu bestätigen.

Zu Irritationen in dieser Richtung hat allerdings auch beigetragen, daß der promovierte Physiker Kuhn seit 1947 Wissenschaftshistoriographie gelehrt hat und zu diesem Gebiet vor und nach 1962 zahlreiche Bücher und Aufsätze vorgelegt hat. »Fast mein ganzes Leben lang«, führte er im April 1995 (ein Jahr vor seinem Tod) in einem Interview aus, »habe ich im institutionellen Rahmen der Wissenschaftsgeschichte gelehrt, und zumindest in den Vereinigten Staaten werde ich als Historiker gesehen«. ¹⁰ Als solcher wirkte er zuerst unter der Anleitung von James Bryant Conant, der sich damals die Aufgabe stellte, Nicht-Wissenschaftlern etwas vom Flair wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln. Conant versuchte dies an Hand von sogenannten »case studies« aus der Geschichte der Wissenschaften, mit denen er systematisch vorgegebene Thesen zu erhellen suchte. Ähnlich ging auch Kuhn 1962 mit Geschichte von Wissenschaft um. Nicht zufällig also hatte Kuhn seine *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* gerade Conant gewidmet.

Wenn Kuhn 1962 aber keine Historiographie der Wissenschaft oder einzelner ihrer Bereiche geboten hat, was hat er denn dann untersucht? Hierzu bot der inzwischen verstorbene Münchener Logiker, Philosophiehistoriker und Wissenschaftstheoretiker Wolfgang Stegmüller 1973 einen wichtigen Ansatz. ¹¹ Kuhn habe 1962 nicht vornehmlich Wissenschaftsgeschichte erforscht, sondern etwas, das Stegmüller »Theoriendynamik« nannte. In der Tat macht Kuhns Begriffsgebäude nur dann einen Sinn, wenn mit ihm das Entstehen, Erblühen und das Aufgeben theoretischer Konzepte durch Wissenschaftlergemeinschaften erfaßt werden soll. Sein Gegenstand war nicht, um mich einer Metapher zu bedienen, die Phylogenese von Wissenschaft, sondern weit bescheidener, nämlich die, *allgemeine* Merkmale der Ontogenese wissenschaftlicher Konzepte zu erkunden. Diese allgemeinen Merkmale faßte Kuhn unter die Bezeichnung »Struktur« und nur deshalb taucht dieses Wort im Titel seines Buches überhaupt auf. ¹² Da es Kuhn auf *allgemeine* Zusammenhänge der Ontogenese von theoretischen Konzepten ankam, entsprechen seinem Anliegen auch nicht solche Untersuchungen, die der Genese *individueller* theoretischer Konzepte gewidmet sind.

Für welchen Theorietypus hat nun Kuhn seine Behauptungen aufgestellt? Von Wissenschaftshistorikern, wie zum Beispiel Fritz Krafft, wurde früh darauf verwiesen, daß dann, wenn sich auch Sozialwissenschaftler der Kuhnschen Begriffe und Ideen annehmen (sie taten das bald weit häufiger als Naturwissenschaftler), übersehen würde, daß im Englischen das Wort »science« eine andere Bedeutung besitze als die Bezeichnung »Wissenschaft« im Deutschen, nämlich eine auf Naturwissenschaften beschränkte. ¹³ Kuhn habe nur etwas über diese Wissenschaften aussagen wollen. Doch einer solchen Auslegung seiner Gedanken widerspricht Kuhn 1962 selbst, wenn er seine später berühmte Studie in eine, wie er schreibt, »historiographische Revolution im Studium der Wissenschaft« einbettet (S. 19). Kuhn wendet seine Begriffswelt also auch auf Disziplinen an, die keineswegs zu »science« gezählt werden können, nämlich auf die Wissenschaftshistoriographie und -theorie.

10 Vgl. Thomas S. Kuhn: Weltbilder der Wissenschaften, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 28. 4. 1995, S. 42.

11 Vgl. Wolfgang Stegmüller: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. 2, Theorie und Erfahrung. Zweiter Halbband: Theorienstrukturen und Theoriendynamik, Berlin/Heidelberg/New York 1973.

12 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Die Wissenschaftsphilosophie ..., a. a. O., S. 34 ff.

13 Vgl. Fritz Krafft: Progressus retrogradis. Die »Copernicanische Wende« als Ergebnis absoluter Paradigmatreue, in: Alwin Diemer (Hg.): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen und die Geschichte der Wissenschaften. Symposium der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens 8. - 10. Mai 1975 in Münster, Meisenheim am Glan 1977, S. 25; Lorenz Krüger: Vorwort des Herausgebers von: Thomas S. Kuhn: Die Entstehung des Neuen, a. a. O., S. 25.

Zu welcher wissenschaftlichen Reife hat Kuhn 1962 und später seine Überlegungen zur Theoriengenesen gebracht? Kuhn sprach schon 1962 an verschiedenen Stellen bedauernd davon, lediglich einen »Essay« erreicht zu haben (S. 7, 11). Seine Überlegungen seien »mehr ein Essay als ein vollständiges Buch geworden, nach dem mein Stoff am Ende doch verlangt«. Er verfüge über weit mehr »historisches Beweismaterial«, als er in sein Buch aufgenommen habe. Beispielsweise habe er seine Studien zur Biologiegeschichte wegen eines ihm vorgegebenen Umfangs des Buches nicht heranziehen können. Doch was Kuhns Arbeit von 1962 auf der Stufe eines Essays verharren ließ, ist weniger unbeachtet gebliebenes Material, als vielmehr ein unvollendetes Begriffssystem, vor allem eine »Unschärfe« von für Kuhns Anliegen wichtigen »Kernbegriffen«¹⁴. Das hat immer wieder Kritiker auf den Plan gerufen, so daß Kuhn schon 1969 der japanischen Ausgabe seines Buches ein »Postskript« hinzufügte und 1974 »mit Bedauern« gestand, der Erfolg seines Buches rühre teilweise daher, »daß fast jeder alles herauslesen kann, was er will«¹⁵. Bereits 1965 hatte die Cambridger Sprachforscherin Margaret Masterman auf einem *Internationalen Kolloquium über die Philosophie der Wissenschaft* in London den polysemantischen Gebrauch des Wortes »Paradigma« bei Kuhn kritisiert, zu dem sie an Hand von Kuhns Schrift 21 verschiedene Bedeutungen nachzuweisen suchte.¹⁶ Ein anderer damaliger Konferenzteilnehmer, Imre Lakatos, glaubte Kuhn so verstanden zu haben, daß die Annahme eines neuen Paradigmas durch eine Gemeinschaft allein »Sache der Massenpsychologie« wäre, was Kuhn 1973 als »reine Missverständnisse« abtat.¹⁷ Jede Entscheidung für ein neues Paradigma beruhe vielmehr, so Kuhn damals, »auf einem Gemisch objektiver und subjektiver Faktoren«¹⁸.

Zusätzliche Schwierigkeiten bei der Rezeption des Buches von 1962 waren mit Kuhns philosophischen Deutungen verbunden. Kuhn war bei der Aufdeckung philosophischer Probleme, wie sie mit seinen theoriegenetischen Untersuchungen verbunden waren, sehr innovativ und entsprechend anregend. Weit weniger gilt dies aber für die von ihm dabei vorgeschlagenen Lösungen und seine speziell hierfür entwickelten Begriffe, wie etwa den der »Inkommensurabilität konkurrierender Theorien«. Kuhn fiel hier vor allem den in seinem Heimatland verbreiteten relativistischen Positionen anheim. So wurde er zunächst so verstanden, als ob er jegliche Kontinuität bei einem Paradigmenwechsel bestreite, zwischen einer Vorgänger- und einer Nachfolger-Theorie den Zustand völliger »Unvergleichbarkeit« behauptete. Seit Ende der 1960er Jahre korrigierte Kuhn sich dann dahingehend, daß er mit »Inkommensurabilität« lediglich die Problematik gemeint habe, die mit Übersetzungen von einer Wissenschaftssprache in eine andere verbunden sei.¹⁹ In den letzten fünfzehn Jahren seines Lebens arbeitete er in diesem Sinne an einem Manuskript, das er zunächst mit *Scientific Development and Lexical Change* betitelt hatte.²⁰ Vorgeworfen wurde ihm auch, daß er die Theorieabhängigkeit von Beobachtungen so verstehe, als ob diese in keiner Weise gegenständlich bestimmt seien und die Angehörigen unterschiedlicher Paradigmengemeinschaften dadurch auch in verschiedenen Welten leben. »Was in der Welt des Wissen-

14 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Thomas S. Kuhn, a. a. O., S. 250.

15 Vgl. Thomas S. Kuhn: Neue Überlegungen zum Begriff des Paradigma (1974), in: Thomas S. Kuhn: Die Entstehung des Neuen, a. a. O., S. 389. Auch Jahre früher setzte sich Kuhn mit Einwänden zu seiner Schrift ausführlicher auseinander. Vgl. Thomas S. Kuhn: Postskriptum – 1969, in: Ders.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 1999, S. 186-221 und S. 236-239.

16 Vgl. Margaret Masterman: Die Natur eines Paradigmas (1965), in: I. Lakatos/A. Musgrave (Hg.): Kritik ..., a. a. O., S. 61.

17 Vgl. Thomas S. Kuhn: Objektivität, Werturteil und Theorienwahl (1973), in: Ders.: Die Entstehung des Neuen, a. a. O., S. 422.

18 Ebenda, S. 427.

19 Vgl. hierzu auch Thomas S. Kuhn: Weltbilder der Wissenschaften, a. a. O.

20 Paul Hoyningen-Huene: Thomas S. Kuhn, a. a. O., S. 241.

schaftlers vor der Revolution Enten waren, sind nachher Kaninchen«, hatte er 1962 geschrieben (S. 152). Die Debatten um Kuhn galten oft genug einzig seinen fragwürdigen philosophischen Interpretationen, weniger den theoriegenetischen sowie sozialen Strukturen, die er bewußt werden ließ. Auch in der DDR war das vorwiegend so, allerdings hat hier besonders Reinhard Mocek nachdrücklich darauf verwiesen, daß es auch einen Kuhn außerhalb seiner bestreitbaren und umstrittenen philosophischen Positionen gibt und auch dieser Kuhn sorgfältig zu beachten sei.²¹

Kuhn war von der philosophischen Polemik gegen ihn nicht minder beeindruckt als von der wissenschaftstheoretischen. Jedenfalls suchte er später relativistische oder subjektivistische Positionen deutlich zu mildern. Anhänger unterschiedlicher Paradigmen, ließ er schon 1969 verlauten, leben nicht in verschiedenen Welten, sondern erzielen bei gleichen objektiven Stimuli einzig unterschiedliche Daten.²² Auch seine philosophischen Deutungen waren also mit deutlichen Korrekturen seiner ursprünglichen Auffassungen verbunden. Doch zeigte sich Kuhn wegen der vielen Querelen um sein Buch von 1962 schließlich so verbittert, daß er 1995 zu seinem bekanntesten Terminus erklärte: »Paradigma ist ein Wort, das ich nicht länger gebrauche, da ich nicht für alle Interpretationen gerade stehen kann, die gemacht wurden«. ²³ Schon früher hatte er Arbeiten publiziert, in denen er ganz auf seine 1962 vorgestellte Begriffswelt verzichtete, obwohl sie für deren Anliegen durchaus relevant gewesen wären. Das gilt insbesondere für sein 1978 erschienenes Buch *Black Body Theory and the Quantum Discontinuity 1894 - 1912*. Er wolle, meinte er nun, philosophische Annahmen über den Wissenschaftsprozess aus seinen historischen Untersuchungen heraushalten.²⁴

Kuhn und der Marxismus

Zum Marxismus hat sich Kuhn – wenigstens direkt – sehr selten geäußert. Seine ausführlichste Stellungnahme zum Marxismus läßt sich nicht nur einem bestimmten Jahr, nicht nur einem bestimmten Tag, sondern sogar einer bestimmten Tageszeit zuordnen. Sie erfolgte am Abend des 5. November 1983. An diesem Abend erhielt Kuhn nämlich für seine *Structure of Scientific Revolutions* den »John-Desmond-Bernal-Preis« der in den USA tätigen *Society for Social Studies of Science*. In seiner Dankesrede verwies Kuhn darauf, daß er sein Buch von 1962 als ein rein internalistisches (innerwissenschaftliche Prozesse begreifendes) aufgefaßt habe, da es einzig die »dynamischen Wechselbeziehungen reiner Ideen« behandle. Allerdings seien die von ihm herausgestellten Paradigmen auch etwas, was den Graben zwischen Wissenschafts- und sozialer Geschichte überbrücken könne. Früh seien ihm, Kuhn, Boris Hessens *Die sozialökonomischen Wurzeln von Isaac Newtons »Principia mathematica philosophiae naturalis«* aus dem Jahre 1931 bekannt geworden. Die Bekanntschaft mit dieser marxistisch orientierten Abhandlung verdanke er seinem Mentor Conant, der diese berühmte Studie des sowjetischen Physikers und Philosophen für seine *Harvard Case Histories in Experimental Sciences* benutzt habe. Er selbst sei leider für eine solche Verbindung blind gewesen. In Zukunft werde er das aber korrigieren, versprach er. Denn: »Der erste

21 Vgl. Reinhard Mocek: Gedanken über die Wissenschaft. Die Wissenschaft als Gegenstand der Philosophie, Berlin 1980, S. 151 ff.

22 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Die Wissenschaftsphilosophie Thomas S. Kuhns, a. a. O., S. 52.

23 Vgl. Thomas S. Kuhn: Weltbilder der Wissenschaften, a. a. O.

24 Vgl. Paul Hoyningen-Huene: Thomas S. Kuhn, a. a. O., S. 241.

25 Vgl. Thomas S. Kuhn: Reflections on Receiving the John Desmond Bernal Award, in: 4S Review (Journal of the Society for Social Studies of Science), Winter 1983, Vol. 1, Nr. 4. p. 26-30.

26 Vgl. Thomas S. Kuhn: Mathematische versus experimentelle Traditionen in der Entwicklung der physikalischen Wissenschaften (1972), in: Thomas S. Kuhn: Die Entstehung ..., a. a. O., S. 118.

27 Thomas S. Kuhn: Logik der Forschung oder Psychologie der wissenschaftlichen Arbeit? (1965), a. a. O., S. 7.

28 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1923, S. 240.

29 Ebenda, S. 36 f.

große Einbruch in das Konzept einer autonomen Wissenschaft erfolgte ja in den frühen 1930er Jahren und zwar primär unter dem Einfluß marxistischer Studien.²⁵

Sicher hatte Kuhn auch von den Vorlesungen gehört, die ein enger Mitstreiter von Bernal, der Journalist James Gerald Crowther, auf Einladung des Präsidenten Conant an der Harvard University zu wissenschaftsgeschichtlichen Themen gehalten hatte. Damit erschöpfen sich aber auch schon fast die direkten Bezugnahmen Kuhns zum Marxismus, sieht man davon ab, daß er auch an anderer Stelle²⁶ einmal kurz auf Hessen verwies. Und schon früher, 1965, hatte er bei einer Diskussion zu seinem Buch in London, an der auch Karl Popper teilnahm, erklärt: Er stimme mit Popper darin überein, daß »z. B. die Psychoanalyse oder die marxistische Geschichtsschreibung ... sich nicht mit Recht als ›Wissenschaft‹ bezeichnen lassen«²⁷. Indirekt hat er jedoch sehr wohl an Überlegungen angeknüpft, die auch unter Marxisten gang und gäbe waren. Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich einige Bemerkungen zur Beachtung der Kuhn-schen Thematik im Marxismus vor Kuhn voranstellen.

Es ist mir nur eine einzige Schrift aus der Zeit unmittelbar nach Marx und Engels bekannt, in der ein Sozialdemokrat allgemeine Aspekte der Theoriengesehe etwas eingehender berührt hat und zwar deshalb, weil er sich als Kritiker des damals verbreiteten Umgangs mit marxistischer Theorie zu dieser selbst ontogenetisch verhalten mußte. Die Rede ist von Eduard Bernstein, der 1899 Sätze formulierte, die unmittelbar an den weit späteren Kuhn erinnern, etwa wenn er schreibt: »Ich kann mir kein kollektives Wollen ohne einen kollektiven Glauben denken.«²⁸ Oder wenn Bernstein zur Entwicklung des Marxismus durch Marx und Engels festhält: Wenn diese »ursprünglich den nichtökonomischen Faktoren« weniger Beachtung als in ihren späteren Schriften geschenkt hätten, dann entspreche »dies ... dem natürlichen Entwicklungsgang jeder neuen Theorie. Stets tritt eine solche zuerst in einer schroffen, apodiktischen Formulierung auf. Um sich Geltung zu verschaffen, muß sie die Hinfälligkeit der alten Theorie beweisen, und in diesem Kampfe sind Einseitigkeit und Übertreibung von selbst angezeigt.«²⁹

Erst mit dem Versuch, in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, konnte ein vorwiegend nur rezeptives Verhalten besonders zur Naturwissenschaft in der Arbeiterbewegung zurückgedrängt werden. Im Marxismus wurden Fragen des wissenschaftlichen Lebens nun vielseitiger und detaillierter behandelt. Symptomatisch hierfür dürfte die Thematik der Beiträge sein, die in der 1931-1936 von Nikolai Bucharin herausgegebenen wissenschaftspolitischen und -theoretischen Zeitschrift *Sorena* zu finden sind. Der Titel dieser Zeitschrift war ein Kürzel für *Socialističeskaja rekonstrukcia nauki*. Jetzt wurden auch Fragen der Organisation und Planung von Wissenschaft eingehender thematisiert. Schon früher hatte Bucharin darauf verwiesen, daß Wissenschaft nicht nur aus sozialen Bedürfnissen und Möglichkeiten erwächst, sondern selbst ein soziales Unternehmen bildet. Wissenschaften hätten »auch ihren eigenen Personenapparat, der manchmal im großen Maßstabe organisiert ist (z. B. die wissenschaftlichen Kongresse, Konferenzen, die

wissenschaftlichen Vereine und andere Organisationen mit ihren Zeitschriften und allen möglichen Publikationen) ...«³⁰.

Dieser erweiterte Blick auf Wissenschaft fand auch in Westeuropa einigen Nachhall. 1922 publizierte Karl August Wittfogel ein Buch, in dem er eine ganze Palette akademischer Fächer auf ihre hauptsächlichen Inhalte und Methoden befragte und darüber hinaus auf Fragen der Popularisierung von Wissenschaft detaillierter einging.³¹ In England hatte wenig später die englische Wissenschaftlerlinke gleichfalls zu einer weit subtileren Sicht der Wissenschaft, ihrer Geschichte, Organisation usw. gefunden, als das früher im Marxismus üblich gewesen war. Ich erinnere an die Arbeiten von Bernal, Needham, Haldane oder Crowther und vielen anderen.³²

Kuhn hätte also nicht nur bei Ernst Mach, Wilhelm Ostwald, Ernst Haeckel und dem polnischen Bakteriologen, Arzt und Wissenschaftstheoretiker Ludwik Fleck Anregungen für sein Unternehmen von 1962 finden können, wobei er auf den letztgenannten und seine Arbeit *Die Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*³³ besonders dankbar verweist. Nein, er hätte auch zunehmend entsprechende Anregungen in der marxistischen Literatur finden können. Diese blieb ihm aber weitgehend unbekannt und sicher auch suspekt. Um so überraschender ist es, daß er in seinem Essay von 1962 dennoch besonders in einer Frage sehr eng mit marxistischen Auffassungen korrespondiert, in der Frage nämlich, was eine politische, soziale Revolutionen einerseits und wissenschaftliche oder geistige andererseits gleichermaßen auszeichne.

Der Ausdruck »Revolution« ist, auf geistige oder wissenschaftliche Vorgänge bezogen, zumindest ursprünglich eine Metapher. Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde in der philosophischen Literatur der Begriff »Revolution« nicht allein für politische und soziale Umbrüche benutzt, sondern eben auch für solche im theoretischen Denken bzw. im Geistigen überhaupt.³⁴ Heute ist der Ausdruck »wissenschaftliche Revolution« allorts in der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie verbreitet, auch bei Vertretern der analytischen Philosophie, die bekanntlich über das übliche Maß hinaus um sprachliche und begriffliche Strenge bemüht sind.³⁵

Hätte man indes bis in die 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts danach gefragt, inwiefern es berechtigt sei, wissenschaftliche und geistige Bewegungen überhaupt mit dem Wort »Revolution« zu beschreiben, dann wäre die Antwort gewiß recht dürftig ausgefallen: Diese Metapher sei gestattet, weil es bei geistigen Prozessen – ebenso wie bei politischen und gesellschaftlichen – Umbrüche gäbe.³⁶ Auch der geradezu inflationäre Gebrauch des Ausdrucks »wissenschaftlich-technische Revolution«, der die letzten Jahrzehnte des Realsozialismus begleitet hat, fußte zunächst allein auf dieser dürren Analogie. Indem Kuhn 1962 das Subjekt wissenschaftlicher Arbeit so intensiv und nachhaltig problematisierte, gewann er auch einen deutlich erweiterten Zugang für dessen Rolle in einer wissenschaftlichen Revolution. Dabei konnte er Analogien zwischen sozialen sowie politischen Revolutionen und solchen in der Wissenschaft aufspüren, die quantitativ und qualitativ über die hinausreichen, die man bislang allein für die Berechtigung der Metapher »wissenschaftliche Revolution« herangezogen hatte, nämlich

30 Vgl. Nikolai Bucharin: Theorie des Historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der Marxistischen Soziologie, Hamburg 1922, S. 187.

31 Vgl. Karl August Wittfogel: Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft. Eine marxistische Untersuchung, Berlin 1922.

32 Vgl. hierzu Dieter Wittich, Horst Poldrack: Der Londoner Kongress zur Wissenschaftsgeschichte 1931 und das Problem der Determination von Erkenntnisentwicklung, Berlin 1990.

33 Vgl. Ludwik Fleck: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Basel 1935.

34 Vgl. Immanuel Kant an Johann Heinrich Lambert, 31. Dezember 1765, in: I. Kant, Briefwechsel, 3., erw. Auflage, Hamburg 1986, S. 43. Vgl. zu den Ausführungen über den Begriff »wissenschaftliche Revolution« auch: Dieter Wittich: Wie berechtigt ist die Metapher »wissenschaftliche Revolution«, in: Manfred Neuhaus und Helmut Seidel (Hrsg.): »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhält ...«, Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, Leipzig 1995, S. 197-202.

35 Vgl. etwa Wolfgang Stegmüller, a. a. O., S. 471.

36 So auch Karl Griewank: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung, Weimar 1955, S. 5 f.

daß in beiden Fällen ein Umbruch stattfindet. Kuhn fragte, was »angesichts der weitgehenden und wesentlichen Unterschiede zwischen politischer und wissenschaftlicher Entwicklung ... die Metapher zu rechtfertigen vermag, die in beiden Vorgängen Revolutionen sieht« (S. 128). Bei seiner Antwort auf diese von ihm selbst gestellte Frage verwies er auf eine Reihe von »Parallelitäten« zwischen beiden Prozessen, die vor ihm nicht thematisiert worden waren. Es handelt sich um folgende:

Erstens: Sowohl politische als auch wissenschaftliche Revolutionen würden nur von einem *Teil* der Menschen, deren Lebens- und Arbeitsweisen sie berühren, vorangetrieben (vgl. ebd.). Das heißt, sowohl bei politischen als auch bei geistigen Umwälzungen gibt es »revolutionäre Vorhuten«.

Zweitens: Bei diesen revolutionären Teilgruppen von Gemeinschaften dominiere sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft das »Gefühl«, daß die vorgefundenen politischen Institutionen bzw. das bislang geltende Paradigma einer *scientific community* nicht in der Lage seien, neu entstandene und von der jeweiligen Gemeinschaft für entscheidend angesehene Probleme lösen zu können. »Bei der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung ist das Gefühl des Nichtfunktionierens ... eine Voraussetzung für die Revolution« (S. 128). Denken wir nur an das Jahr 1989!

Drittens: In beiden Fällen seien die Zustände vor einer Revolution nicht mit jenen vereinbar, die durch die jeweilige Revolution angestrebt werden. »Wie die Wahl zwischen konkurrierenden politischen Institutionen erweist sich die zwischen konkurrierenden Paradigmata als eine Wahl zwischen unvereinbaren Lebensweisen der Gemeinschaft« (S. 130).

Viertens: Eine Spaltung von politischen wie von wissenschaftlichen Gemeinschaften in Vertreter des Hergebrachten und in solche seiner Überwindung sei deshalb gleichermaßen unvermeidlich (vgl. ebd.).

Fünftens: Da die politischen bzw. die wissenschaftlichen Konfliktparteien »keinen institutionellen Rahmen für die Beilegung der revolutionären Differenzen« anerkennen, müßten in beiden Revolutionsarten »Techniken der Massenüberredung« eine wichtige Rolle ausüben (vgl. ebd.).

Sechstens: Bis zur Etablierung einer neuen politischen Verfassung bzw. eines neuen Paradigmas in einer Wissenschaftlergemeinschaft komme es zu einer Art Doppelherrschaft zwischen beiden Konfliktparteien. Es gäbe eine »Zwischenzeit«, während der die Gemeinschaft von keiner Institution bzw. von keinem Paradigma »richtig regiert« wird (S. 129).

Solche Überlegungen Kuhns erweisen sich m. E. als theoretisch weit ergiebiger als das, was er zur Inkommensurabilität konkurrierender Paradigmen, zur Abwertung der Bedeutung von Wahrheitswerten oder zur Wahrnehmung von »Hasen« statt »Enten« nach einem Paradigmenwechsel zu sagen hatte. Doch letztere haben die Diskussion zu Kuhns Buch vor allem bestimmt, während seine eben genannten Überlegungen bestenfalls am Rande entsprechender Arbeiten, meist aber gar nicht zu finden sind.

Dabei ist das, was Kuhn bei den von ihm beachteten Arten von Umwälzungen an Analogien hervorhebt, wahrscheinlich weniger

gründlichen Studien als vielmehr zufälligem Wissen und glücklichen Einfällen zu verdanken. Hätte er nach solchen Parallelitäten gründlicher und subtiler gesucht, dann wären ihm zwischen den genannten beiden Typen von Umwälzungen weitere schwerlich verborgen geblieben.

So thematisiert Kuhn schon 1962 an verschiedenen Stellen seines Buches, wer denn die Initiatoren neuer Paradigmen eigentlich seien. Er verweist, was das Alter der Autoren eines neuen Paradigmas betrifft, darauf, daß diese »fast immer sehr jung waren oder auf dem Gebiet, dessen Paradigma sie änderten, sehr neu« (S. 125). Was aber ist für diese ihre Rolle nun ausschlaggebend, daß sie »sehr jung« oder daß sie auf ihrem Gebiet »sehr neu« sind? Sind es eher soziale oder eher biologische Gründe? Die biologistische Annahme nennt Kuhn »so weit verbreitet«, daß sie schon »ein Klischee« darstelle, und »ein Blick auf fast jede Liste grundlegender Beiträge zur wissenschaftlichen Theorie« bestätige auch »beeindruckend« dieses »Klischee« (S. 125 f.). Während er für seine erste Annahme nur ihren großen Verbreitungsgrad anführt, argumentiert er bei der zweiten sozialtheoretisch. Es seien nämlich Personen, die »auf dem von der Krise befallenen Gebiet so neu« wären, »daß ihre Arbeit sie weniger tief als die meisten ihrer Zeitgenossen den durch das alte Paradigma bestimmten Weltauffassungen und Regeln verbunden sein ließ« (S. 194). Doch diese Spur verfolgt Kuhn nicht weiter. Sie hätte ihn mit Sicherheit dahin geführt, daß es sich auch bei politischen Neuerern wie bei ihren Anhängern um Personen handelt, die weit weniger in eine vorgefundene Gesellschaft integriert sind oder auch sein wollen als ihre konservativen Gegner, um Menschen, die mit dieser Gesellschaft, wie es im Marxismus einmal drastisch formuliert wurde, nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Leider deutet Kuhn diese Analogie nur an, ohne sie näher zu verfolgen. Hätte er es getan, dann wäre ihm möglicherweise die Jugend vieler wissenschaftlicher Neuerer als sekundär gegenüber ihrer mangelnden sozialen Integriertheit in eine Paradigmagemeinschaft bewußt geworden. Ich verkenne dabei nicht, daß eine geringere soziale Integriertheit in wissenschaftliche Gemeinschaften auch in entgegengesetzter Weise, also im Interesse einer »retrograden Revolution«, wie Marx gelegentlich die Konterrevolution nannte³⁷, genutzt werden kann. Die gegen den erreichten wissenschaftlichen Fortschritt gerichtete »Deutsche Physik« war zumindest nach 1933 eine deutlich von jungen, rassistisch gesonnenen und karrieresüchtigen Wissenschaftlern getragene Bewegung.

Kuhn verweist 1962 weiter darauf: »Bei wissenschaftlichen Revolutionen gibt es Verlust und Gewinn, und Wissenschaftler neigen dazu, gegenüber dem Verlust besonders blind zu sein« (S. 219), Verlust etwa dadurch, daß theoretisch sinnvolle Probleme mit der Aufgabe des alten Paradigmas nicht länger verfolgt werden. Auch hier hätte Kuhn auf eine Analogie zu politisch-sozialen Revolutionen stoßen können. Schon bald nach der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland hatten marxistische Theoretiker über die »Unkosten der Revolution« nachgedacht. Der von Jürgen Kuczynski so hoch verehrte ungarische Ökonom Eugen Varga bemerkte dazu: »Wir gelangen ... zu dem Ergebnis, daß die Diktatur des Proletariats gerade den Ban-

37 Vgl. Karl Marx: Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: MEW, Bd.1, Berlin 1958, S. 260.

38 Eugen S. Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (1921), in: Ders.: Ausgewählte Schriften 1918-1964. Erster Band. Der Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Zweite, durchgesehene Auflage, Berlin 1982, S. 99.

39 Vgl. Nikolai Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode (1920), hrsg. von Günter Hillmann, Hamburg 1970, S. 95 ff., bes. S. 104 f.

40 Karl August Wittfogel: Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, a. a. O., S. 60.

41 Daß Analogien zwischen wissenschaftlichen und anderen Tätigkeiten sich keineswegs auf Phasen des Umbruchs beschränken, hatte Kuhn bereits 1969 betont. Allerdings hat er solche Parallelitäten nicht zu erklären versucht. Vgl. Thomas S. Kuhn: Postskriptum – 1969, a. a. O., S. 219 f.

nerträgern einer neuen Gesellschaftsordnung, dem industriellen Proletariat, vorerst nur eine moralische und kulturelle (Theater, Bibliotheken, Bäder usw.) Standarderhöhung bieten kann. In Bezug auf materielle Güter dagegen ist ein weiteres Sinken des Lebensniveaus unausweichlich.«³⁸ Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Nikolai Bucharin, wobei er die Ursache in der Vernichtung von »Produktionselementen«, im Zerfall des Zusammenhangs zwischen ihnen, in der Umgruppierung der Produktivkräfte sowie in der »ursprünglichen Unfähigkeit der Arbeiterklasse« sieht, »die Elemente der Produktion zu erfassen«, was »Fehlgriffe der Aufbauperiode« nach sich ziehe.³⁹

Ich kenne allerdings nur einen marxistischen Autor, der bereits in den 1920er Jahren diese Analogie zwischen politischer und sozialer Revolution einerseits und geistiger Umwälzung andererseits auch tatsächlich ausgesprochen hat: Wittfogel. Bei ihm heißt es: »Wie die materielle Produktion bei ihrer Umstellung (gemeint ist die von der kapitalistischen zur sozialistischen – D. W.) einer Reduktion der Ergiebigkeit vorübergehend unterworfen sein wird, so wird auch die Produktivität der geistigen Arbeit in den ersten Zeiten der Arbeiterdiktatur möglicherweise einer Depression nicht entgehen können.«⁴⁰ Besonders träfe das für die Geisteswissenschaften zu, da hier radikale Einschnitte vonnöten seien.

Die Vorgehensweise Kuhns unterstreicht, daß das Subjekt politischer und sozialer Revolutionen dieser seiner Tätigkeit nach kein geschichtlicher Robinson ist, sondern ihm funktionell verwandte Menschengruppen überall dort begegnen, wo menschliche Arbeitsbereiche umgestaltet werden. Und mit seinen Überlegungen zu Analogien zwischen politisch-sozialen und wissenschaftlichen Revolutionen läßt Kuhn zugleich deutlich werden, daß erstere auch dann Revolutionäre sein können und seine Gestalter auch dann Revolutionäre, wenn physische Gewalt einmal keine Rolle spielen sollte. Das dürfte allerdings in der Vorstellung vieler unserer Zeitgenossen eine »Anomalie« sein, nicht weniger überraschend und vermutbar als Kuhns »schwarze Herz 10«.

Doch sind mögliche Analogien zwischen Politisch-Gesellschaftlichem und Wissenschaftlichem keineswegs auf den revolutionären Abschnitt von Kuhns Theorienontogenese begrenzt.⁴¹ Auch das, was er zur Herrschaft eines Paradigmas zu sagen weiß, darüber, daß in der durch es bestimmten Normalwissenschaft einzig einzelne Wissenschaftler, nicht aber ihr Paradigma geprüft werden, findet Analoges in der Politik, etwa hinsichtlich des Innenlebens einer marxistisch-leninistischen Partei. Wenn sicher auch nicht nur dort. Verlangte »paradigmagemaße Lösungen« haben manches mit der »unerschütterlichen Treue zu den unsterblichen Ideen von X,Y oder Z« zu tun. Letztere standen dabei selten zur Debatte, die »Treue« des einzelnen Parteimitglieds zu diesen Ideen aber ständig.

Warum solche Analogien zwischen unterschiedlichen menschlichen Tätigkeitsbereichen, wie sie Kuhn gesehen hat, überhaupt möglich sind, bedarf weiterer Überlegungen. Das, was in der polnischen Philosophie von Tadeusz Kotarbinski einst als »Praxeologie« vorgestellt wurde, könnte dabei hilfreich sein.

Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED

Der Tod Stalins (5. März 1953) – ein Teufelskreis für die SED und die DDR? Die nachfolgend, erstmalig in dieser Art publizierten Dokumente (Dokument 2 bis 7), die vom Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, für immer gesperrt worden waren, belegen es. Wechselte der »Homunkulus« DDR, um an eine Charakterisierung durch den ehemaligen sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, zu erinnern, im deutschlandpolitischen Spiel Stalins auch zwischen den Rollen Provisorium, Spielball und Faustpfand, so blieb er dennoch immer an einen systemischen Stalinismus gefesselt.

Es war nur logisch, wenn das Zentralkomitee der SED bei seiner feierlichen Trauersitzung am 6. März im Namen der Partei und der Bevölkerung der DDR den unermesslichen Schmerz über den Verlust des »großen Führers der fortschrittlichen Menschheit« ausdrückte. In seinem Telegramm an das Zentralkomitee der KPdSU gelobte es, »der siegreichen Lehre J. W. Stalins stets die Treue zu wahren« (Dokument 1). Was in Moskau Machtkämpfe auslöste und in westlichen Regierungskreisen verhalten aufgenommen wurde, verstand der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, als Herausforderung auch für die Stärkung seiner persönlichen Macht. Sich auf eine »Kontinuität« vom »Manifest der Kommunistischen Partei« bis zu Stalins »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« berufend, war sich der Führungszirkel der SED einig, durch eine Stalinverherrlichung, die nun endgültig ins Absurde getrieben wurde,¹ »Revolution« künstlich durch Bevormundung und Administration voranzutreiben und sich zugleich auf eine neue Führerschaft im Kreml einzustellen (Dokument 3).

Feindbilder, die in Moskau ursprünglich für den Schauprozeß gegen den ehemaligen Chef der KP der Tschechoslowakei, Rudolf Slánsky, entworfen worden waren, wurden mit einem Beschluß unter Federführung Ulbrichts nun auch der SED verordnet. Sie wurden genutzt, um aus der SED-Spitze Konkurrenten zu entfernen (Dokument 2), um Verhaftungen zu legitimieren und um in der Partei eine »Fünfte Kolonne« zu konstruieren. Der Moskauer Ärzteprozeß löste in der DDR – auf sowjetischen Druck hin – ebenfalls eine antisemitische Welle aus. In diesem Sog mußte die überparteiliche »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« auf Beschluß des Politbüros ihre Tätigkeit als Organisation aufgeben, erfolgten schwere Anschuldigungen gegen Angehörige jüdischer Gemeinden und wurde Jugendpolitik der Kirchen ins Feindbildraaster gerückt.

Wilfriede Otto – Jg. 1933,
Dr. phil. Historikerin,
jüngste Monographie:
Erich Mielke – Biographie.
Aufstieg und Fall eines
Tschekeisten, Berlin 2000

1 Zur Ehrung: Selbstverpflichtungen in der Produktion; vollständige Herausgabe der Werke Stalins; Auswahlbände der Werke Stalins; Sondernummer der »Einheit«; Schaffung eines Lenin-Stalin-Museums; Erinnerungsstätte an Stalin in Potsdam; Namensverleihungen; Stalin-Kurse für SED-Mitglieder und parteilose Werktätige.

2 Jörg Fisch konstatierte, daß die »SBZ/DDR 1945 bis 1953 die mit großem Abstand höchsten Reparationsleistungen erbracht hat, die im 20. Jahrhundert bekannt geworden sind.« Neues Deutschland, 24. Mai 1993.

3 Heinrich Rau, Chef der Plankommission, zum Jahreswechsel 1952/53: »Die Einführung eines strengen Regimes der Sparsamkeit und die Verbesserung der Wirtschaftsführung werden die Lage erleichtern, aber keinesfalls die Erfüllung der Hauptaufgaben garantieren können.« SAPMO-BArch, NY 4090/473.

4 »Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.«

5 Zur Vorgeschichte des Dokuments: Elke Scherstjanoi: »In 14 Tagen werden sie vielleicht keinen Staat mehr haben«. Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv 31/1998, S. 917-23.

Auch gegenüber jenen Teilen der Gesellschaft, die nicht kriminalisiert wurden, blieb es bei den militanten Methoden, die seit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz für den sozialistischen Aufbau im Juli 1952 und der Forcierung des eingeschlagenen Weges im November 1952 praktiziert wurden, ja sie wurden sogar noch verschärft angewandt. Natürlich waren die historischen Umstände kompliziert.² Durch die Teilung des Landes, den Kalten Krieg und den oktroyierten militärischen Kurs Stalins in Reaktion auf die Ablehnung der Friedensvertragsnote vom 10. März 1952 und die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Mai 1952 wurden die Probleme potenziert. Bedenken³ wurden in dieser Situation nicht ernstgenommen.

Im Beschluß des Zentralkomitees über einen »Feldzug für strenge Sparsamkeit« (3. Februar 1953), in dem die Parteiführung mit dem Stalinschen ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus⁴ argumentierte und – zu Recht – die wirtschaftliche Rechnungsführung forderte, wurden letztlich die Grundzüge für einen Kampf gegen wichtige Teile der Gesellschaft umrissen. Der Druck auf Arbeitsnormen, Lohnfonds, angeblich ungerechtfertigte Steuervergünstigungen, Fahrpreisermäßigungen sowie auf Leistungen der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens führte seit März zu gravierenden sozialen Eingriffen. Vom Ausschluß beträchtlicher Bevölkerungskreise von der Versorgung auf Lebensmittelkarten über die Aufhebung von Fahrpreisermäßigungen bis zu Preisverdoppelungen bei damals so wichtigen Nahrungsmitteln wie Marmelade reichten die Maßnahmen.

Wesentlich verursacht war diese Entwicklung durch die Aufrüstung, die die sowjetische Seite seit Frühjahr 1952 der DDR verordnet hatte. Unter diesen Bedingungen trieben die sowjetischen Ansprüche sowohl in puncto Besatzungskosten als auch in puncto Reparationen die DDR-Wirtschaft endgültig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. In dieser schwierigen Situation glaubte die SED-Führung, die von ihr postulierte soziale Umgestaltung der DDR besonders schnell vorantreiben zu können, indem sie die sozialen Kosten von Besatzung und Aufrüstung auf bestimmte Gruppen der Gesellschaft abwälzte, ja sie sogar ausgrenzte und ihnen ihre soziale Existenz streitig machte. Maßnahmen wie die Aktion »Rose« an der Ostseeküste gegen Pensionsbesitzer, die rigide Anwendung des »Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums« vor allem gegen Arbeiter und die mit Sanktionen verbundene Steuereintreibung fallen in diese Zeit.

Auf dem 13. Plenum der SED am 13./14. Mai wurde beschlossen, an der bisherigen Grundlinie festzuhalten und die Arbeitsnormen um 10 Prozent administrativ zu erhöhen.

Wie Moskau über die deutsche Frage und über Sozialismus in der DDR dachte, der als Bezugspunkt über Nacht zurückgenommen werden mußte (Dokumente 5 und 6), demonstrierte die Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953⁵ (Dokument 4). Dieses Dokument enthielt die prinzipielle Kritik, daß Sozialismus nicht durch willkürliche Forcierung, mit den Instrumenten der Administration, der Ausgrenzung sozialer Schichten und des Strafrechts sowie ohne Beachtung der innen- und außenpolitischen Bedingungen verwirklicht werden könne. Den kritischen Reflex auf die sowjetischen Vorgaben an die SED blieb es allerdings schuldig. Der mar-

kante Satz über die Rücknahme der Zustimmung zum Beschluß der 2. Parteikonferenz über die »Schaffung der Grundlagen des Sozialismus« deutete auch auf ein Anknüpfen an die deutschlandpolitischen Überlegungen im Frühjahr 1952 hin. Das unterstrich nicht zuletzt das Tempo, das Semjonow für die Umsetzung der Verfügung als »Neuer Kurs« einforderte (Kommunique vom 9. Juni). Ein Plenum des ZK der SED (Dokument 7) und eine Verständigung in Partei und Gesellschaft wurden so verhindert. Was aus Unkenntnis aller Hintergründe als hausgemachte SED-Korrektur verstanden werden mußte, schloß letztlich den Stalinisierungsprozeß der Partei endgültig ab. Daß Erich Honecker im Februar 1989 diese sowjetische Verfügung seinem Panzerschrank entnahm (Dokument 4), zeigt, wie virulent der Alptraum 1953 bis zum Ende für die SED-Führung blieb.

WILFRIEDE OTTO

Dokumente*

1

Telegramm des ZK der SED anlässlich der Trauersitzung am 6. März 1953 an das ZK der KPdSU (Auszug)¹

... Teure Genossen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik trägt mit Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk den unermeßlichen Schmerz, der uns alle durch das Ableben des großen Führers der fortschrittlichen Menschheit, Josef Wissarionowitsch Stalin, betroffen hat.

Die Nachricht, daß das Herz des Mitkämpfers und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, unseres weisen Lehrers und Vaters, aufgehört hat zu schlagen, erfüllt alle Genossen, alle deutschen Friedensfreunde und Demokraten mit großer Trauer.

Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampfe um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt dahingegangen.

Das Lebenswerk J. W. Stalins wird auf Jahrhunderte die Entwicklung des Weltgeschehens beeinflussen ...

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelobt an der Bahre des großen, unsterblichen Führers:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich noch fester und geschlossener um das von Stalin geschmiedete Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zusammenschließen;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird der siegreichen Lehre J. W. Stalins stets die Treue wahren;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird auf der Grundlage der Stalinschen Lehren ihre Reihen ideologisch und organisatorisch festigen;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ihre Anstrengungen vervielfachen, um die Sache von Marx und Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege führen ...

* Die Abschrift der Dokumente folgt dem jeweiligen Original. Für die Lesbarkeit notwendige Ergänzungen sowie die Ausschreibung von abgekürzten Wörtern sind in eckige Klammern gesetzt. Handschriftliche Einfügungen im Original sind durch runde Klammern kenntlich gemacht. Auslassungen aus dem Original sind durch ... gekennzeichnet. Ausgestrichener Text folgt dem Original.

Zu Dokument 4: Halbfette Hervorhebungen geben Unterstreichungen wieder, die Walter Ulbricht 1953 in seinem Exemplar vornahm. Kursive Hervorhebungen geben Unterstreichungen wieder, die Otto Grotewohl 1953 in seinem Exemplar vornahm. Unterstreichungen geben Hervorhebungen wieder, die Erich Honecker im Februar 1989 auf der Abschrift vom Exemplar Walter Ulbrichts vornahm.

1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin 1954, S. 296, 298.

2

Politbüro des ZK der SED, 17. März 1953

Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 16/53 vom 17. März 1953(Abschrift)²Maßnahmen zur Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei und zur Erhöhung der Wachsamkeit2 SAPMO-BArch, DY 30/
J IV 2/2/270.

3 Franz Dahlem, 1892-1981, SPD, USPD, 1920 VKPD, Mitglied des EKKI, Spanienkämpfer, 1939-42 interniert, 1942-45 Gestapohaft und KZ Mauthausen, seit 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mai 1953 Ausschluß aus dem Politbüro und dem ZK, Januar 1954 strenge Rüge bzw. Rüge wegen angeblichen »Versuchs, die SED-Führung zu spalten«, 1956 rehabilitiert.

4 Noel H. Field, 1904-1972, Amerikaner, Mitglied der KP der USA, Spionage-Phantom in den seit 1949 inszenierten osteuropäischen Schauprozessen und stalinistischen Säuberungen, in Budapest von 1949-54 ohne Prozeß in Haft.

5 Mitglied des Politbüros: Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Walter Ulbricht, Wilhelm Zaisser. Kandidat des Politbüros: Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Erich Mückenberger, Elli Schmidt.

6 Helene Fischer, 1906-1985, kommunistische Jugendfunktionärin, 1935 Verhaftung und Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus, 1937 Emigration in die UdSSR, 1949-53 Mitglied der SED-Landesleitung Groß-Berlin, Mai 1953 wegen angeblichen »Verrats von Parteigeheimnissen an die Gestapo« Ausschluß aus der SED, 1958 rehabilitiert.

1) Das Politbüro beauftragt die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission, die Verbindungen des Genossen Dahlem³ zu Field⁴ und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu untersuchen.

Bis zum Abschluß der Untersuchung ruhen alle Funktionen des Genossen Dahlem.

2) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission erhält das Recht, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zu befragen.⁵

3) Lena Fischer,⁶ Mitglied des Zentralkomitees, wird wegen Verrat vor der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen.

4) Hans Lauter,⁷ Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees, wird wegen Verrat vor der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen.

5) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission wird beauftragt, die Untersuchung über die Verbindungen des Genossen Bartel⁸ zu Field durchzuführen. Die Funktionen des Genossen Bartel ruhen in dieser Zeit.

Genosse Matern wird beauftragt, Genossen Bartel mitzuteilen, daß ihm untersagt ist, irgendeinem Genossen über diese Untersuchung Mitteilung zu machen.

Genosse Bartel hat sich bis zur Beendigung der Untersuchung krank zu melden.

6) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission wird beauftragt, die Angelegenheit Gerhart Eisler⁹ zu untersuchen. Bis zur Beendigung der Untersuchung ruhen alle Funktionen des Genossen Eisler.

7) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission erhält den Auftrag, die Verbindungen einer Reihe von Funktionären (Professor Kuczynski,¹⁰ Professor Rompe¹¹ u. a.) zu untersuchen.

3

Politbüro des ZK der SED, 17. März 1953

(Abschrift)¹²

Vertrauliche 01 Verschußsache
Tgb. Nr.

15 Exempl.[are] je ... 1 ... Blatt

Anlage Nr. 5a zum Protokoll Nr. 16/53 vom 17. März 1953

1) Die sowjetischen Organe werden gebeten, uns das Recht zu geben, die Stalinbüste von Merkurow¹³ in mehreren Exemplaren herzustellen.

2) An die sowjetischen Organe ist die Bitte zu richten, dass wir von der in der Tretjakow-Galerie in Moskau ausgestellten Stalin-Statue von Merkurow, Y3 Lebensgröße, eine Kopie bekommen.

3) Die Abteilung Schöne Literatur und Kunst wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche Bilder des Genossen Stalin in Mehrfarbendruck zu reproduzieren sind.

4) Die Abteilung Schöne Literatur und Kunst wird beauftragt, einen Plan

auszuarbeiten, welche Künstler über welche Themen Aufträge zur Herstellung von Bildern und Statuen erhalten.

- 5) Es ist eine Broschüre mit kurzen biographischen Daten und wichtigen Arbeiten der Genossen Malenkov,¹⁴ Berija¹⁵ und Molotow¹⁶ herauszugeben.
- 6) Die Bilder der Mitglieder und Kandidaten des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU sind anzufertigen

/Kn.

4

Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, die noch am 2. Juni der kurzfristig angereisten SED-Delegation verlesen und übergeben wurde. (Abschrift nach der maschinenschriftlichen Übersetzung in Moskau)¹⁷

(Dokument Mo.)[skau]

Streng geheim

Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik

Infolge der Durchführung einer **fehlerhaften politischen Linie** ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden.

Unter den breiten Massen der Bevölkerung, darunter auch unter den Arbeitern, Bauern und der Intelligenz ist eine **ernste Unzufriedenheit zu verzeichnen** in bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der DDR durchgeführt werden. Das kommt am deutlichsten in der massenhaften Flucht der Einwohner der DDR nach Westdeutschland zum Ausdruck. So haben [sind] vom Januar 1951 bis April 1953 447 Tausend Personen nach Westdeutschland¹⁸ geflüchtet, darunter über 120 Tausend lediglich während der vier Monate des Jahres 1953. Einen bedeutenden Teil der Geflüchteten machen werktätige Elemente aus. Unter den 1953 geflüchteten befinden sich: Arbeiter – etwa 18 Tausend, mittlere und Kleinbauer[n], Handwerker und Rentner – etwa 9 Tausend, Angestellte und Angehörige der werktätigen Intelligenz – etwa 17 Tausend, Hausfrauen – über 24 Tausend. Von den Einheiten der kasernierten Polizei¹⁹ sind nach Westdeutschland 8 Tausend Mann geflüchtet. Es fällt auf, dass sich unter den innerhalb der vier Monate 1953 nach Westdeutschland geflüchteten 2.718 Mitglieder und Kandidaten der SED und 2.610 Mitglieder der FDJ befinden.

Als *Hauptursache* der entstandenen Lage ist es anzuerkennen, daß gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED²⁰, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU(B), **fälschlicherweise²¹ der Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.** Die sozial-wirtschaftlichen Maßnahmen, die in Verbindung damit durchgeführt werden, und zwar eine **Beschleunigung der Entwicklung der schweren Industrie**, die dabei auch keine gesicherte[n] Rohstoffquellen hat, eine **jähe Einschränkung der Privatinitiative**, die die Interessen einer breiten Schicht der nicht großen *Eigentümer in Stadt und Land* beeinträchtigt, und *Entzug der Lebensmittelkarten* für alle Privatunternehmer und Freischaffenden, besonders

7 Hans Lauter, Jg. 1914, kommunistischer Jugendfunktionär, 1935 verhaftet, verurteilt zu 10 Jahren Zuchthaus, 1950-53 Mitglied des ZK der SED und seines Sekretariats, Mai 1953 wegen angeblichen »Verrats von KJVD-Mitgliedern an die Gestapo« von den Funktionen enthoben, 1956 rehabilitiert.

8 Walter Bartel, 1904-1992, seit 1923 KPD, 1933 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet und zu 27 Monaten verurteilt, danach Emigration in die Tschechoslowakei, 1939 erneute Verhaftung und bis 1945 KZ Buchenwald, 1946-53 persönlicher Referent von Wilhelm Pieck, Funktionsenthebung.

9 Gerhart Eisler, 1897-1968, seit 1918 KPÖ, 1921 KPD, Funktionär der KI, Emigration in die USA, 1947 verhaftet und verurteilt 1949 Flucht aus den USA, 1949/50 Mitglied des Parteivorstandes der SED, bis 1952 Leiter des Amtes für Information bei der Regierung der DDR, Amtsenthebung und 1953-55 Funktionsverbot.

10 Jürgen Kuczynski, 1904-1997, 1930 KPD, 1936 Emigration nach Großbritannien, 1944/45 Oberst der US-Army, 1946 SED, 1946-56 ordentlicher Professor an der Univ. Berlin, einer der Nestoren der DDR-Geschichtswissenschaft.

11 Robert W. H. Rompe, 1905-1993, 1932 KPD, 1935-45 mehrfach inhaftiert und verhört, 1946-50 Mitglied des Parteivorstandes der SED, 1946 ordentlicher Professor und Direktor des II. Physikalischen Instituts an der Universität Berlin.

- 12 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/270.
- 13 Sergej Merkurow, Jg. 1881, sowjetischer Bildhauer.
- 14 Georgi M. Malenkow, 1902-1988, russisch-sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, 1953 Stellvertreter bzw. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.
- 15 Lawrenti P. Berija, 1899-1953, georgischer und sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, seit 1938 Geheimdienstchef bzw. Innenminister.
- 16 Wjatscheslaw M. Molotow, 1890-1986, russisch-sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, 1953 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR.
- 17 SAPMO-BArch, NY 4090/699, DY 30/J IV 2/2/286. Die Verfügung des Ministerrats der UdSSR wurde der SED-Delegation, bestehend aus Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner am 2. Juni 1953 gegen 23 Uhr im Kreml in Anwesenheit der Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU verlesen und übergeben. Am 6. Juni 1953 erfolgte ein regulärer Beschluß des Ministerrats der UdSSR.
- 18 Registrierte Abwanderung beim Ministerium des Innern der DDR: 1950 – 46 808 (ohne Thüringen); 1951 – 108 222; 1952 (bis Ende September) – 91 798. SAPMO-BArch, DY 30/3686. Nach sowjetischer Statistik vom Mai 1953: 1. Halbjahr 1952 – 57 234; 2. Halbjahr 1952 – 78 831; 1. Quartal 1953 – 84 034; bis Ende

eine *übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne eine dafür notwendige Grundlage auf dem Dorf[,] haben dazu geführt*, daß auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln ernste Schwierigkeiten entstanden, daß der *Kurs der Mark stark gefallen ist*, daß eine große Anzahl der kleinen Eigentümer wie Handwerker, Gewerbetreibende usw. ruiniert sind und haben bedeutende Schichten der Bevölkerung gegen die bestehende Macht gestimmt. Es ist so weit gekommen, daß zur Zeit über *500 Tausend Hektar Land verlassen [sind] und brachliegen*, und die haushälterischen deutschen Bauern, die sonst stark an ihrem Landstück hängen, begannen, massenhaft ihr Land und ihre Wirtschaft zu verlassen und sich nach Westdeutschland zu begeben.

Die politische und ideologische Arbeit,²² geführt unter der Lenkung von der SED, entspricht nicht den Aufgaben der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Insbesondere wurden *ernste Fehler in bezug auf die Geistlichen begangen*, die in einer Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, *in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien* ihren Ausdruck fanden.

Als ein *grober Fehler* ist auch die **Unterschätzung der politischen Arbeit unter der Intelligenz anzuerkennen**. Dadurch erklären sich teilweise die in einem *bedeutenden Teil der Intelligenz vorhandenen Schwankungen*, Unbeständigkeit und sogar ein feindliches Verhalten *zur gegenwärtigen Ordnung*.

Das alles schafft eine ernste Gefahr für die politische Beständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik.

Zur Verbesserung der entstandenen Lage ist es notwendig:

1. Unter den heutigen Bedingungen der Kurs auf eine Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, der von der SED eingeschlagen und vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) in seinem Beschluß vom 8. Juli 1952 gebilligt worden war, für nicht richtig zu halten.

2. Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen sowohl in Deutschland selbst, als auch in der Deutschlandfrage auf der internationalen Ebene und zur Sicherstellung und Ausbreitung der Basis einer Massenbewegung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands ist der Führung der SED und der Regierung der DDR die Durchführung folgender Maßnahmen zu empfehlen:

a) ein künstliches Aufbringen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich in der Praxis nicht bewährt haben und die eine Unzufriedenheit unter den Bauern hervorrufen, ist ¹⁾ einzustellen.

Alle bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind sorgfältig zu überprüfen und dieselben, die auf einer *unfreiwilligen Basis* geschaffen sind oder die sich als lebensunfähig gezeigt haben, sind ²⁾ *aufzulösen*. Es ist im Auge zu halten, daß unter den heutigen Bedingungen in der DDR *nur eine* ³⁾ *einfachere Form* der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne daß die Produktionsmittel vergesellschaftlicht werden, mehr oder weniger lebensfähig sein kann. Solche Genossenschaften können, wenn ihnen eine zustehende Hilfe gewährt wird, zu einem anziehenden Beispiel für das Bauerntum werden;

b) es sind die bestehenden *Maschinen-Ausleihstationen zu stärken* und die *neuen MAS nach Möglichkeit zu schaffen* als der wichtigste Hebel der Einwirkung im Dorfe und das Hauptmittel der Hilfeleistung an die werktätigen Bauern zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft.

Neben der Hilfe an die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens sollen die Maschinen-Ausleihstationen auch individuelle Bauernwirtschaften auf Grund der Ausleihverhältnisse bedienen;

c) die Politik der Einschränkung und der Ausdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals ist als eine vorzeitige Maßnahme zu verwerfen. Zur Belebung des wirtschaftlichen Lebens der Republik ist es notwendig, eine breite Heranziehung des Privatkapitals in verschiedenen Zweigen der kleinen und Gewerbeindustrie, in der Landwirtschaft sowie auch auf dem Gebiet des Handels für zweckmäßig zu halten, ohne dabei seine Konzentrierung in großem Ausmaß zuzulassen.

Bei der Verteilung der materiellen Ressourcen ist die Zuteilung von Rohstoffen, Heizmitteln, Elektroenergie und die Bereitstellung von Krediten an die Privatunternehmen vorzusehen. Das existierende System der Besteuerung der Privatunternehmer, das praktisch den Drang zur Beteiligung an dem Wirtschaftsleben tötet, ist in der Richtung einer Linderung der Steuerpraxis zu revidieren. Die Kartenversorgung mit Lebensmitteln für die Privatunternehmer sowie auch für die Freischaffenden ist wiederherzustellen.

c)²³ Der Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ist zu revidieren in der Richtung einer Lockerung des überspannten Tempos der Entwicklung der schweren Industrie und einer schroffen Vergrößerung der Produktion der Massenbedarfswaren und der vollen Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, um schon in der nächsten Zeit es möglich wäre, das Kartensystem der Versorgung mit Lebensmitteln zu liquidieren;

d) Notwendige Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsystems[,] zur Herabsetzung der administrativen und Sonderausgaben sowie zur Stärkung und Hebung des Kurses der Mark der DDR sind durchzuführen;

e) Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und Gewährung der Bürgerrechte zu treffen, von harten Strafmaßnahmen, die durch Notwendigkeit nicht hervorgerufen werden, abzusehen. Die Gerichtsunterlagen der bestraften Bürger wieder zu prüfen zwecks Befreiung der ohne genügende Gründe zur Verantwortung gezogenen Personen. Unter diesem Gesichtspunkt entsprechende Änderungen in der bestehenden Strafgesetzgebung vorzunehmen.

f) Eine breite Entfaltung der politischen Arbeit unter allen Volksschichten bei entscheidender Ausrottung der Elemente von nackter Administrierung ist als eine der wichtigsten Aufgaben der SED zu betrachten. Es ist eine solche Lage zu erreichen, daß die Regierungsmaßnahmen vom Volke verstanden werden und unter der Bevölkerung selbst Unterstützung finden.

Besondere Aufmerksamkeit ist der politischen Arbeit unter der Intelligenz zu widmen, um zu gewähren, daß die Hauptmasse der Intelligenz sich der aktiven Teilnahme an der Durchführung der Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Ordnung zuwendet.

Zur Zeit und in der nächsten Zukunft ist es notwendig sowohl in der DDR, als auch in Westdeutschland die Aufgaben des politischen Kampfes für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zur Abschließung eines Friedensvertrages zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der breiten Massen des deutschen Volkes zu machen. Dabei ist es notwendig, die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR zu berichtigen und zu stärken und den Einfluß der SED unter den breiten Arbeitermassen und anderen demokratischen Schichten in Stadt und Land bedeutend zu vergrößern.

Die bis zu dieser Zeit durchgeführte Propaganda über die Notwendigkeit des Übergangs der DDR zum Sozialismus als unrichtig zu betrachten, da sie die Parteiorganisationen der SED zu unzulässig vereinfachten und

April – 120 000. George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 204 f.

19 1. Juli 1952 offizielle Umbildung der Hauptverwaltung Ausbildung in die Kasernierte Volkspolizei.

20 9.-12. Juli 1952.

21 Von »fälschlicherweise« bis »Voraussetzungen« durch einen seitlichen Anstrich von Ulbricht zusätzlich hervorgehoben.

22 Am gesamten Absatz ein seitlicher Anstrich von Ulbricht.

23 Der Buchstabe »c« ist doppelt angeführt.

hastigen Schritten sowohl auf dem politischen als auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet treibt.

24 Dazu gehörten die SED, die CDU, die DBD, die LDPD, die NDPD, der FDGB, die FDJ, der DFD, der Kulturbund.

25 Seit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 ein Bündnis der Parteien und Organisationen sowie von Persönlichkeiten.

26 Verschiedene Formen evangelischer Jugendarbeit innerhalb der Kirche. Insbesondere seit Anfang 1953 als »Agententätigkeit« denunziert und Repressionen unterworfen.

27 Wladimir S. Semjonow, 1911-1992, Generaloberst, Botschafter, 1945-53 Politischer Berater des Chefs der SMAD bzw. des Vorsitzenden der SKK, seit Mai 1953 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland; Andrei A. Gretschnko, 1903-1976, Armeemoffizier, 1953 Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Dabei ist die bedeutende Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien und Massenorganisationen²⁴ sowie der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands²⁵ im Staats- und Gesellschaftsleben der DDR als notwendig zu betrachten.

g) **Einem nackten Administrieren in bezug auf die Geistlichen ist Schluß zu machen und die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten der Kirche ist einzustellen. Alle Maßnahmen, die [die] direkten Interessen der Kirche und der Geistlichen einengen, sind aufzuheben, und zwar: Beschlagnahme der karitativen Kirchenanstalten (Alten- und Waisenhäuser), Abnahme durch lokale Behörden brachliegender kirchlicher Bodenfläche, Entziehung der für die Kirche festgelegten Subventionen u.s.w. Die Verfolgung der einfachen Teilnehmer der kirchlichen Jugendorganisation »Junge Gemeinde«²⁶ ist einzustellen und die politische Arbeit unter ihnen zum Schwerpunkt zu machen.** Es ist im Auge zu halten, daß Repressalien gegenüber der Kirche und den Geistlichen nur dazu beitragen können, den religiösen Fanatismus der rückständigen Schichten der Bevölkerung zu stärken und ihre Unzufriedenheit zu vergrößern, darum muß als Hauptkampfmittel gegen den reaktionären Einfluß der Kirche und der Geistlichen eine tüchtig durchdachte Aufklärungs- und Kulturarbeit sein. Als Grundform der antireligiösen Propaganda ist eine weite Verbreitung der wissenschaftlichen und politischen Kenntnisse unter der Bevölkerung zu erkennen.

3. Die Gewährung der wirtschaftlichen Hilfe an die DDR seitens der UdSSR, insbesondere auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, ist als notwendig zu erkennen.

4. Der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland Genosse Semjonow und der Befehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen Genosse Gretschnko²⁷ sind verpflichtet, die bestehenden Mängel in der Ausübung der Besatzungsregime durch sowjetische Truppen zu beseitigen. Maßnahmen zu treffen, um zu gewähren, daß das Dasein der sowjetischen Besatzungstruppen möglichst weniger die direkten Interessen der Zivilbevölkerung [be]einträchtigt, insbesondere sind alle durch sowjetische Truppen besetzte Räume der Bildungsanstalten, Krankenhäuser und Kulturstätten freizumachen.

5. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die politische und wirtschaftliche Lage der DDR ein(er) der wichtigsten Faktoren nicht nur in der Lösung der allgemeinen Deutschlandfrage, sondern auch in der friedlichen Regelung (der friedlichen Regelung und – Wiederholung) der internationalen Grundprobleme ist, ist es in der Zukunft bei der Bestimmung der gesamten politischen Linie für diese oder jene Zeitperiode und bei der Durchführung jeder konkreten Maßnahme zur Stärkung der DDR, streng die realen Bedingungen innerhalb der DDR wie auch die Lage in Deutschland in ganzem und die internationale Lage zu berücksichtigen.

6. Da zur Zeit die Hauptaufgabe der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist, müssen die SED und die KPD, als Bannerträger im Kampf für die Nationalen Bestrebungen und für die Interessen des ganzen deutschen Volkes, die Durchführung einer elastischen, auf maximale Splitterung der Kräfte ihres Gegners und Ausnutzung jeglicher oppositionellen Strömungen gegen die käufliche Clique Adenauers gerichtete Taktik gewährleisten. Deshalb, da die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands, der noch bisher bedeutende Massen

der Werktätigen folgen, gegen die Bonner Verträge²⁸, wenn auch ungenügend konsequent, auftritt, ist die total feindliche Position gegenüber dieser Partei für die heutige Periode zu verwerfen[,] und es ist zu versuchen, wo und wenn es möglich ist, gemeinsame Aktionen gegen die Adenauersche Politik der Spaltung und der imperialistischen Knechtung Deutschlands zu organisieren.

6-lp./rl.²⁹

5

Niederschrift Walter Ulbrichts des in Moskau abverlangten Telegramms auf Grund der Verfügung des Ministerrats der UdSSR »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« vom 2. Juni 1953.
(Abschrift)³⁰

Wir bitten zu veranlassen, daß Gen.[osse] Orlow³¹ an Gen.[nossen] Axen³² mitteilt:

1. Die wissenschaftliche Session der Parteihochschule ist zu verlegen.
2. Der Druck und die Auslieferung aller Schriften, die sich auf die II. Parteikonferenz und ihre Auswertung beziehen ist aufzuhalten.
3. Die Konferenz der Vertreter landwirtschaftlicher Genossenschaften soll sich beschränken auf die Vorbereitung der Ernte und die innere Festigung der Genossenschaften. Es soll keine Propagierung des Übergangs zu Stufe 3 erfolgen.

6

Außerordentliche Sitzung des Politbüros des ZK der SED nach der Übergabe des Telegramms aus Moskau durch Orlow an Axen, 3. Juni 1953
(Abschrift)³³

Mitteilung der Genossen Grotewohl und Ulbricht

- 1) Die wissenschaftliche Session an der Parteihochschule »Karl Marx« ist zu verschieben.³⁴
Verantwortlich: Abteilung Propaganda
- 2) Der Druck und die Herausgabe aller Bücher, Broschüren usw. über die II. Parteikonferenz und die Verwendung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz sind sofort einzustellen.
- 3) Die vom Genossen Axen an die 1. Bezirkssekretäre gegebene Information wird bestätigt.
(Anlage Nr. 1)³⁵
Die Referenten³⁶ für die Kreisparteiaktiv-Tagungen und die Kreis-Leitungssitzungen sind entsprechend der Mitteilung des Genossen Axen zu informieren. Bei der Behandlung der Fragen des 13. Plenums³⁷ ist auszugehen von den Fragen des 5-Jahrplanes. Die führenden Genossen der Massenorganisationen sind entsprechend zu informieren.
- 4) Die Beratung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist auf die Fragen der Erntevorbereitungen, der organisatorisch-wirtschaft-

28 Der Bundestag billigte am 19. März 1953 den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten vom 26. Mai 1952 und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952.

29 Russische Abkürzungen.

30 SAPMO-BArch,
DY 30/J IV 2/2/285.

31 Alexandr L. Orlow, Leiter der Informationsabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission.

32 Hermann Axen, 1916-1992, kommunistischer Jugendfunktionär, 1934 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1938 Flucht nach Paris, 1940 interniert und nach Auslieferung an die Gestapo 1942 bis 1945 KZ Auschwitz und Buchenwald, seit 1949 Mitglied des Sekretariats und bis 1953 Sekretär des ZK der SED, Mitglied des ZK der SED.

33 SAPMO-BArch,
DY 30/J IV 2/2/285.

34 Vermutlich eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem 60. Geburtstag Ulbrichts am 30. Juni 1953.

35 Die Anlage bezieht sich auf die Organisation eines straffen, täglichen Systems der Parteiinformation über die »politische Massensstimung«, wurde aber erst am 9. Juni endgültig verabschiedet.

36 Durch eine Anstreichung am Seitenrand im Original hervorgehoben.

37 13./14. Mai 1953. Das Plenum hielt an dem Kurs des beschleunigten sozialistischen Aufbaus fest und beschloß, die Arbeitsnormen pauschal um 10 Prozent zu erhöhen.

38 6./7. Juni 1953 Konferenz des ZK der SED und der Regierung der DDR mit Vertretern aller Zweige der Landwirtschaft.

39 Max Reimann, 1898-1977, Vorsitzender der KPD in der BRD.

40 6. September 1953: Termin für die Bundestagswahlen.

41 Otto Schön, 1905-1968, KPD-Funktionär, 1933 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, 1936/37 KZ Sachsenburg, bis 1942 Metallarbeiter, 1942/43 Wehrmacht, seit 1950 Mitglied des ZK der SED, seines Sekretariats und Leiter des Büros des Politbüros.

42 SAPMO-BArch, NY 4090/699. Der bei der handschriftlichen Vorbereitung der Stellungnahme gemeinsam von Grotewohl, Ulbricht und Oelßner niedergelegte Satz: »Wir anerkennen, daß die in dem uns am 2. Juni 1953 überreichten Dokument enthaltene Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der DDR richtig ist.«, wurde den Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU von Grotewohl am 3. Juni nur mündlich vorgetragen.

lichen Festigung der Produktionsgenossenschaften zu beschränken. Eine Propaganda für den Übergang zur dritten Stufe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hat nicht zu erfolgen.³⁸

- 5) Das Referat des Genossen Neu auf der Konferenz landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften über die Viehhaltung wird von der Tagesordnung gestrichen.
- 6) Genossen Reimann³⁹ ist mitzuteilen, daß die Wahlkonferenz des Parteivorstandes verschoben werden soll.⁴⁰ Wenn das nicht mehr möglich ist, ist über diese Konferenz vorläufig nichts zu veröffentlichen. Der Wahlauf Ruf der KPD wird noch ergänzt.
- 7) Genosse Schön⁴¹ wird beauftragt, die Bücher und Broschüren, die zum 60. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht vorbereitet sind bzw. sich in Druck befinden, zu überprüfen.

7

Stellungnahme der SED-Delegation zu der Verfügung des Ministerrats der UdSSR »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik«, die am 3. Juni 1953 in Moskau verfaßt wurde (Abschrift nach dem maschinenschriftlichen Exemplar Grotewohls)⁴²

(Mo.)[skau]
- E n t w u r f .

Beschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Der Beschluss der II. Parteikonferenz der SED hat zu einem Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR geführt, der mit den realen aussen- und innenpolitischen Voraussetzungen dafür nicht in Einklang steht. Es ist offensichtlich, dass nach der Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris der Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Erhaltung des Friedens mehr denn je die zentrale Frage ist. Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Zeit ist der Kampf um die (nationale) Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert, auch die ökonomischen und politischen Massnahmen in der DDR dieser zentralen nationalen Aufgabe unterzuordnen.

Die Verknennung dieser Aufgabe führte zu ersten Fehlern, durch die eine ~~äußerst unbefriedigende~~ (durchaus ungünstige) politische und wirtschaftliche Lage in der DDR entstand. Solche wirtschaftlichen Massnahmen wie die Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie über den Plan hinaus, die Einschränkung der Privatinitiative, der teilweise Entzug der Lebensmittelkarten, das schnelle Tempo der Schaffung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und der zu frühe Übergang zu Typ III⁴³ haben ernste Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln geschaffen. Die von der SED-Führung durchgeführte politische (wirtschaftliche)⁴⁴ und ideologische Arbeit entspricht nicht den Aufgaben der Stärkung der DDR. Es ist ein ernster Fehler, dass die politische Arbeit unter der Intelligenz noch immer unterschätzt wird.

Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen im Kampf um die nationale Wiedervereinigung Deutsch-

lands und um die Erhaltung des Friedens sind folgende Massnahmen durchzuführen:

1. *Angesichts⁴⁵ des Zurückbleibens der inneren Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist es notwendig, die Hauptarbeit auf die innere wirtschaftlich-organisatorische Festigung der Genossenschaften zu konzentrieren. Es ist zu beachten, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Regel nur Produktionsgenossenschaften in der einfachen Form des Typs I lebensfähig sind. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Gründung der LPGs und die strenge Einhaltung der im Statut vorgesehenen inneren Demokratie muss unter allen Umständen gewährleistet werden.*

Die MTS sind besser auszurüsten, damit sie ~~sowohl~~ die Produktionsgenossenschaften ~~als auch~~ (und) die individuellen Bauernwirtschaften bedienen können.

2. Die Politik der Einschränkung und Verdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals ist unzulässig. Zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens ist eine breite Heranziehung des Privatkapitals im Handwerk, in der gewerblichen Industrie und im Kleinhandel durchzuführen. Dementsprechend ist es notwendig, alle wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Massnahmen so zu treffen, dass die private Initiative gefördert wird. Die Zuteilung von Lebensmittelkarten ist im alten Umfange wieder herzustellen.

3. Die gegenüber dem Fünfjahrplan vorgenommene Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie ist zu revidieren, soweit dies mit den Exportverpflichtungen der Republik zu vereinbaren ist. Die Produktion von Massenbedarfsartikeln ist ~~dann~~ in bedeutendem Masse zu steigern und die volle Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gewährleisten, damit das Kartensystem in absehbarer Zeit abgeschafft werden kann.

4. Es sind Massnahmen zur Festigung des Finanzsystems und zur Senkung der Verwaltungsausgaben und Sonderausgaben durchzuführen.

5. Es sind Massnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und zur Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger zu treffen. Dementsprechend dürfen Verhaftungen nur unter strenger Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Unbegründet harte Strafmassnahmen sind ~~zu unterlassen~~ (unzulässig). Strafen, die wegen geringfügiger Vergehen ausgesprochen wurden, sind zu erlassen. Urteile, in denen übermässig harte Strafen ausgesprochen wurden, müssen überprüft werden. Ein neues Strafgesetzbuch ist vorzubereiten.

6. Es ist eine breite Demokratisierung des öffentlichen Lebens durchzuführen. ~~wobei~~ (D)ie Methode der formalen, bürokratischen Tätigkeit (ist) in schärfster Weise zu bekämpfen. Die Regierungsmassnahmen sind so durchzuführen und zu erläutern, dass sie von der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden. Dabei ist der Gewinnung der Intellektuellen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

*

In der gegenwärtigen Zeit wie in der nächsten Zukunft ist es notwendig, in der DDR und in Westdeutschland den Kampf um die Wi[e]rderherstellung der nationalen Einheit und um den An[b]schluss eines Friedensvertrages zur Hauptaufgabe zu machen und den breiten Massen dies zu Bewusstsein zu bringen. Dabei ist es ~~notwendig~~ (erforderlich), die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR zu ~~berichtigen~~ (korrigieren), die DDR zu stärken und den Einfluss der SED unter den breiten Arbeitermassen und anderen demokratischen Schichten in Stadt und Land bedeutend zu vergrössern.

43 LPG Typ III sollte die genossenschaftliche Viehhaltung einschließen.

44 Diese handschriftliche Einfügung stammt von Wilhelm Pieck, der sich in der Sowjetunion aufhielt und dem die Stellungnahme zur Kenntnis gebracht wurde.

45 Diese wie andere im Dokument kursiv hervorgehobenen Textstellen wurden von Grotewohl durch einen Anstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

Die vereinfachte Propaganda ~~über den~~ (des) Übergang(s) zum Sozialismus in der DDR führt zu überhasteten Schritten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und erschwert die Gewinnung der breitesten Schichten. Daraus ergibt sich:

a/ die Notwendigkeit der bedeutenden Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien und Massenorganisationen sowie der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands im staatlichen und gesellschaftlichen Leben der DDR.

b/ das kirchliche Eigenleben ist nach den Bestimmungen der Verfassung zu gewährleisten. Um den durch das Verhalten einer Reihe von Kirchenführern geschaffenen Zustand zu ändern und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu normalisieren; ist es zweckmässig, die charitativen Anstalten in die frühere Verwaltung zurückzugeben, und die Zuweisungen an die Kirche wieder aufzunehmen. Die ~~Verfolgung~~ (Maßnahmen gegen) die einfachen Teilnehmer der »Jungen Gemeinde« ~~ist einzustellen~~ (sind zu unterlassen) und das Hauptgewicht auf die politische Arbeit unter ihnen zu legen.

c/ im Interesse ~~des~~ (der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands ist) der Zusammenschlusses aller gegen das Bonner Regime in Opposition stehenden Kräfte ~~ist es~~ notwendig ~~eine~~. (Dies erfordert eine offene und) elastische Politik gegenüber der SPD und anderen politischen Parteien und Richtungen. ~~durchzuführen~~. Dabei ist die Hauptaufmerksamkeit auf weitere gemeinsame Aktionen mit der SPD zu lenken.

*

~~Ausgehend von der Erkenntnis dass~~ (D)ie wirtschaftliche und politische Lage der DDR (ist) einer der wichtigsten Faktoren ~~nicht nur~~ in der Lösung der ~~allgemeinen Deutschlandf~~ (deutschen) (F)rage, ~~sondern auch~~ in (und) der friedlichen Lösung der internationalen Grundprobleme ~~ist~~. (D)as Zentralkomitee der SED (ist daher) der Auffassung, dass bei der Bestimmung der gesamten politischen Linie und bei der Durchführung jeder konkreten Massnahme zur Stärkung der DDR die realen Bedingungen in der DDR wie auch die Lage in ganz Deutschland und die internationale Lage zu berücksichtigen sind. Nur so können die SED und die KPD die Bannerträger im Kampf um die nationalen Bestrebungen und für die Interessen des ganzen deutschen Volkes sein.

LOTHAR SCHRÖTER

Streitkräfte gegen Terroristen?

Wer künftige Massenmorde wie die vom 11. September 2001 verhindern will, muß die Ursachen für den Terrorismus ergründen. Ich möchte nur den militärischen Strang herausgreifen. Dabei ist meine Ausgangsthese, daß der gegenwärtige militärische Feldzug des Westens gegen den Terrorismus nur eine Entäußerung des modernen militärischen Interventionismus darstellt, welcher nach dem Ende der Blockkonfrontation zum Hauptauftrag der Streitkräfte der NATO und ihrer Mitgliedsländer wurde. Zu meiner These gehört, daß der »Kampf gegen den Terrorismus« ebenso wie die »Friedens erzwingung« oder der militärische »Kampf gegen humanitäre Katastrophen« die eigentlichen geostrategischen und machtpolitischen Ziele jener verschleiern, die diese edlen Motive vorgeben.

Die Konfliktvielfalt, auf die der Westen vorgibt, sich auch militärisch einstellen zu müssen, hat er zum großen Teil selbst hervorgerufen. Die andere Seite, und dies ist ebenfalls meine These, wird asymmetrisch reagieren. Die andere Seite sind jene, die in Not und Elend leben, die durch die reichen Industriestaaten ausgebeutet werden und für sich kaum mehr eine Zukunft sehen, die die Aufrüstung des Westens nur als Drohung dafür begreifen, daß alles beim alten bleiben soll – notfalls auch mit brutaler militärischer Gewalt. Es sind 80 bis 85 Prozent der Weltbevölkerung.

Welche asymmetrischen Antworten auf die inakzeptable und maßlose Vorrüstung des Westens, auf die ungehemmte Ausbeutung und die permanente Verletzung existentieller Interessen der Schwächeren und Schwächsten sind zu erwarten?

(1) Es wird zu einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen kommen. Chemische und biologische Waffen sind relativ leicht und mit überschaubaren finanziellen Aufwendungen herzustellen und zum Einsatz zu bringen. Bereits heute verfügen mehrere Staaten zumindest über chemische Waffen. Auch die Produktion biologischer Waffen stellt für halbwegs organisierte Gruppierungen kaum ein Hindernis dar. Das dokumentieren auf drastische Weise die Angriffe mit Milzbrandregnern, einem klassischen biologischen Kampfstoff, in den USA. Der Rückgriff auf andere, noch viel wirksamere biologische Kampfstoffe wie das Botulinusgift ist künftig nicht unwahrscheinlich. Ein Schutz gegen chemische und biologische Waffen, gerade in den hochempfindlichen Industriestaaten und bei dem besonders ausgeprägten Schutzvertrauen der Menschen dort in ihre Staatsführungen, ist nicht möglich. Auch nicht durch Streitkräfte.

Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr. sc. phil., Major a. D. der Nationalen Volksarmee der DDR; 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent und Dozent sowie Fachgruppenleiter Militärgeschichte der BRD und zuletzt Abteilungsleiter Militärgeschichte der NATO und der BRD am Militärgeschichtlichen Institut der DDR Potsdam. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Bundeswehrreform. Der Krieg ist der Ernstfall, Heft 138 (April 2002).

Weitere Länder werden sich überdies in den Besitz von Kernwaffen bringen. Heute gibt es außer den fünf traditionellen Nuklearmächten (bzw. Nachfolgestaaten der UdSSR) mit Israel, Pakistan und Indien wenigstens drei inoffizielle Nuklearmächte. Schwellenländer wie Brasilien, Argentinien und einige arabische Staaten sind materiell und ingenieurtechnisch in der Lage, Kernwaffen zu entwickeln und zu bauen. Wer sich auf das Äußerste in seiner Existenz bedroht sieht, könnte vor seinem eigenen Untergang auch bereit sein, andere mit in das Verderben zu stürzen. Jedem verantwortungsbewußten Politiker sollte bewußt sein, was die Äußerung eines indischen Generals 1999 bedeutete, den Krieg der NATO auf dem Balkan hätte es nicht gegeben, wenn Jugoslawien eine Nuklearmacht gewesen wäre. Und die USA haben nach 1945 ein verheerendes Beispiel gegeben, denn sie haben bereits alle drei Arten von Massenvernichtungswaffen zum Einsatz gebracht.

Doch auch ohne Nuklearwaffen, wie wir sie alle kennen, ist eine Nuklearkriegführung möglich, durch Terroristengruppen. Durch die Verbreitung spaltbaren Materials könnte eine flächendeckende nukleare Verseuchung herbeigeführt werden. Gegen sie gibt es keine Schutzmöglichkeiten, jedenfalls keine flächendeckenden.

(2) Ein Rüstungswettlauf gegen die hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten 1 zu 1 kann von niemandem gewonnen werden. Doch militärisch heißt das noch lange nicht, sofort die weiße Flagge hissen zu müssen: Auch der Schwächste weiß, und der Westen sollte es wissen, was die Militärgeschichte lehrt: »Das Sine Qua Non des Sieges im modernen Krieg ist die bedingungslose Unterstützung durch die Bevölkerung«.¹

Die Armeen des Westens sind Armeen von Wohlstandsländern. Zunehmend werden sie in Freiwilligenarmeen umgewandelt. Deren Wehrmotiv, das sich ganz überwiegend aus pekuniären Interessen und solchen zumindest zeitweiliger sozialer Sicherheit speist, ist insofern nicht durchweg stabil. Freiwilligenarmeen büßen rasch an Kampfkraft ein, wenn für die überwiegende Mehrheit der Soldaten die Gefährdungen im Krieg, die Verluste durch Tod, Verheertheit und Gefangenschaft und ausbleibende Kriegserfolge in keinem Verhältnis mehr zur ursprünglichen Dienstmotivation stehen. Und Wehrpflichtarmeen sind bei Interventionen im scharfen Schuß kaum einsetzbar: Zinksärge von Berufssoldaten und Zeitsoldaten – bei letzteren schon viel weniger – kann eine Gesellschaft über eine gewisse Zeit verdauen. Zinksärge und Krüppel von dienstverpflichteten 18- bis 25jährigen, wenn sie in die Tausende gehen, nicht. Solange alles gut geht, wird das Volk zu einem Krieg schweigen oder ihn kritisieren, ihm vielleicht sogar zustimmen, wie ein Drittel der Deutschen beim Krieg gegen Afghanistan. Wird man sich spürbarer Verluste bewußt, dringen Schmerz und Tod in die Familien und das persönliche Umfeld ein, dann wird der hohe Preis des Interventionismus, darunter auch der militärischen »Terrorismusbekämpfung«, erfahrbar, verfangen oktroyierte Bedrohungsszenarien immer weniger, wird immer mehr insistiert, warum die Soldaten in Kampf und Tod geschickt werden. Dies sicher besonders in Deutschland, wo die Kriegskatastrophe bei den Alten noch ebenso unmittelbar ist wie die unübertriffenen Kriegslügen des Hitlerfaschismus. »Vaterlandsverteidigung«

1 Zitiert nach Frank Kitson: Im Vorfeld des Krieges. Abwehr von Subversion und Aufruhr, Stuttgart 1974, S. 52.

in allen Ecken der Welt? Eine Massenbewegung, zum Beispiel »Mütter gegen den Krieg«, wäre auch mit noch mehr »Sicherheitspaketen« Innenminister Otto Schilys nur schwer niederzuhalten.

Die Gegner der High-tech-Armeen aber, darunter gerade auch Terrorgruppen, sind in der Regel hochmotiviert. Sie fühlen sich im Recht oder wissen, wofür sie kämpfen, oder beides. Dauernde Benachteiligung und Diskriminierung durch die reiche erste Welt kann bewaffnete Zusammenstöße mit ihnen rasch zu einem Verteidigungs-, mitunter auch zu einem Volkskrieg machen, wenn die Mehrheit der Menschen auf die High-tech-Armeen als Vollstrecker ihres Elends und ihrer Ungerechtigkeit schaut. In der Rolle des David gegen Goliath werden von Rebellen oder auch von Terroristen Niederlagen schneller verarbeitet, und auch noch so kleine Erfolge setzen neue Kräfte frei. Nationale Identitäten oder soziale Grundüberzeugungen von einer besseren Welt ohne Ausbeutung zum einen oder religiöse und nationalistische Verwurzelungen zum anderen oder alles zusammen in bunter Mischung entfalten eine hohe Bindewirkung. »Terroristische Netzwerke«, schreibt G. John Ikenberry, Professor an der Georgetown-Universität, in der außenpolitischen Zeitschrift *Foreign Affairs* der USA, können »nicht abgeschreckt werden, denn sie sind entweder bereit, für ihre Sache zu sterben, oder sie schaffen es, Vergeltungsmaßnahmen zu entgehen.«²

Der Schwache ist also dem scheinbar militärisch Übermächtigen meistens durch die Motivation überlegen – ein militärisch enormer Vorteil, der um so mehr ins Gewicht fällt, wenn mörderische Rundumschläge des Goliath gegen unschuldige Kinder, Frauen und Männer die Weltöffentlichkeit mehr und mehr sensibilisieren. Der Schwache wird diesen kaum kompensierbaren Vorteil nicht aus der Hand geben, sondern er wird unentwegt an ihm arbeiten – eine asymmetrische Antwort.

Alle diese »weichen« sind den »harten« Faktoren auf Dauer ebenso überlegen wie das Wasser dem Stein. Kleine Länder wie Grenada oder Panama konnte man mit Bodentruppen niederkämpfen und besetzen, zumal wenn starke Kräfte im Innern dieser Staaten die Invasion unterstützten. Doch schon bei Nikaragua haben die USA in voller Kenntnis der unübersehbaren Risiken das schmutzige Geschäft den Contras überlassen – mit durchwachsenem Erfolg. Das »Ärgernis« Kuba besteht noch immer, und der NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg stand kurz vor der Niederlage. Für die »Neoimperialisten«, wie sie Ikenberry bezeichnet, prophezeit er deshalb, daß ihr neoimperialer Ansatz nicht durchzuhalten ist.³

(3) Wer im hochtechnisierten Schießkrieg, wie ihn der Westen möglichst einseitig führen möchte, weil er ihn gewinnen würde, unterlegen ist, wird den Charakter des Krieges zu ändern versuchen. Der Krieg war bisher ein mit organisierter bewaffneter Gewalt geführter Kampf zwischen Klassen, Völkern, Nationen, Staaten oder Staatenkoalitionen zur Erreichung von politischen und ökonomischen Zielen. Er galt als Kombination militärischer, politischer, ökonomischer, ideologischer und psychologischer Kampfformen mit dem bewaffneten Kampf als Hauptform.⁴ Solche Kriege wird es zweifellos auch künftig geben. Wer sich darauf einläßt, wird ein Desaster erleben. Das heißt, um auch das klar auszusprechen: Solche

2 G. John Ikenberry: Amerikas neue imperiale Gelüste, in: *Rheinischer Merkur*, 17. Oktober 2002, S. 10.

3 Siehe ebenda.

4 Siehe Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, 2. Aufl., Bd. 1, Berlin 1987, S. 401 f. Ähnlich das Internationale Friedensforschungsinstitut Oslo (PRIO). Für PRIO ist der Krieg »ein bewaffneter Konflikt um Macht oder Gebietsansprüche mit zentral organisierten Kämpfern und Kampfhandlungen sowie fortlaufenden kriegerischen Aktivitäten.« (Dan Smith: *Der Fischer Atlas. Kriege und Konflikte*, Frankfurt/M. 1997, S. 13.)

5 Siehe Rüdiger Moniac: Die neue Art des Krieges. Szenarien künftiger Terroranschläge, in: *loyal*, Heft 10/2001, S. 4 f.

Kriege werden auch in Zukunft durch den Westen gewonnen, weil die Streitkräfte den Zielen und dem Charakter des Krieges angemessen sind. Doch mehr und mehr zeigt sich, daß Gegenwehr gegen bewaffnete Übermacht auch andere Wege geht.⁵ Ein im linearen Rüstungsvergleich mit dem Westen Unterlegener wird seine Streitkräfte und breite Teile der Bevölkerung mit relativ einfachen Waffen ausrüsten, wird zur Dezentralisierung seiner Kräfte zum Partisanenkampf, zum »kleinen Krieg« übergehen. Er wird vermeiden, Ziele zu bieten. Wie soll der hochtechnisierte Goliath computergestützte, hochkomplizierte Führungssysteme von David bekämpfen, wenn dieser solche Systeme gar nicht hat? Wie soll er Massierungen von Kampftechnik bombardieren, wenn es solche Massierungen gar nicht gibt? Wir alle haben gesehen, daß den USA in Afghanistan die Ziele bald ausgegangen waren. Und wie soll er einen Gegner ausschalten, der sich in der zivilen Urbanität eingerichtet hat? Einfache Mittel der Tarnung und Täuschung, wie wir sie, durch die jugoslawische Armee mit Bravour angewandt, 1999 erlebt haben, bewirken ein übriges. Moderne militärische Kampfmittel wirken nur dann, wenn jene Ziele vorhanden sind, für die sie geschaffen wurden. Je weiter sich Militärtechnik über alle möglichen Gegner erhebt, um so weniger liegt diese Bezogenheit vor. Modernste Waffenkonstruktionen können durch viel einfachere Gegenmittel häufig so weit paralytisiert werden, daß der Gesamterfolg eines Waffengangs in Frage gestellt wird. Militärtechnischer Fortschritt stößt dort an seine Grenzen, wo ihm das Medium zur Entfaltung seiner Wirksamkeit abhanden kommt. Und im übrigen können sich bewaffnete Gruppierungen im Einzelfall durchaus auch hochmodernes Gerät besorgen.

(4) Aber wir erleben auch beachtliche Erfolge in Auseinandersetzungen, die vom Unterlegenen weitgehend ohne militärische Ausrüstung geführt werden. Die zwei Intifadas der Palästinenser wurden bzw. werden mit sozialem Protest, Nationalismus und Steine werfenden Jugendlichen geführt. Israel wird der zweiten Intifada auf Dauer nicht standhalten können. Doch werden wir wohl bald auch regelrechte waffenlose Gewalt erleben. Sie wird nicht viel kosten, aber außerordentlich wirksam sein. Wir werden den Angriff auf die vernetzte, durchprogrammierte, prozessorgestützte Informationsgesellschaft erleben.⁶ Es gibt sogar schon einen Namen dafür: Cyber War. »Zwölf gut ausgebildete und ausgerüstete Panzerdivisionen aufzustellen und siegreich einzusetzen, kann bestimmt nicht jedes Land; aber zwölf Computerhacker zu rekrutieren, dürfte demgegenüber kein unüberwindliches Problem sein.«⁷ Wir sehen: Es wird sich neben dem Land, der Luft, der See und dem Weltall eine fünfte Sphäre für den Krieg der Zukunft öffnen: Der Raum der elektronischen Information und Desinformation. Die elektronische Kampfführung, die sich bislang auf die elektronischen Systeme des militärischen Gegners gerichtet hatte, wird zur elektronischen Kriegführung, weil sie umfassend auch die zivile Informationstechnik und damit eine Säule der hochtechnisierten Welt angreift.

Dabei ist die Informationstechnologie nur ein, wenn auch strategischer Bestandteil der Infrastruktur hochtechnisierter Gesellschaften. Energieanlagen, Chemiewerke, Transportwege mit ihren Brücken, Paßstraßen, Luft- und Seeterminals sowie Finanzstränge oder Not-

6 Siehe Reinhard Hutter: »Cyber-Terror«: Risiken im Informationszeitalter, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8. März 2002, B 10-11, S. 31-39.

7 Holger M. Mey: »Information Warfare«: Chancen und Risiken. Informationsoperationen als neue militärische und sicherheitspolitische Herausforderung, in: *Der Mittler-Brief*, Bonn, Nr. 3/2001, S. 2.

dienste – sie alle gehören dazu. Abstrahiert von den menschlichen Tragödien hatten die Terrorangriffe in den USA einen auf 150 Milliarden Dollar geschätzten wirtschaftlichen Einbruch zur Folge. Die hochspezialisierten, diversifizierten, doch dabei auch in höchstem Maße integrierten Industrie- und Informationsgesellschaften des Westens reagieren überaus empfindlich auf Störungen jedweder Art. Sie sind extrem verwundbar. Mechanismen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses könnten leicht aus den Fugen geraten, erst recht, wenn einmal durch Angriffe, zum Beispiel auf Kernkraftwerke oder Chemiestandorte, zigtausende Opfer zu beklagen sein sollten. Selbst die Aktienmärkte, die bei Kriegen sonst immer eine Hausse erleben, stürzen ab. Jedenfalls eine Zeitlang. Der Terrorismus in seinen diversesten Varianten könnte in einer Weise gesteigert werden, daß die westlichen Gesellschaften pausenlos in Atem oder im Belagerungszustand gehalten werden. Gegenmaßnahmen würden Unsummen verschlingen. Gegenpotentiale könnten zersplittert werden. Vernetzter internationaler Terrorismus könnte zu einer Verzettlung des NATO-Militärs in mehreren Kriegen und anderen Einsätzen führen. Die gesamte Funktionsfähigkeit großer Regionen, ja ganzer Gesellschaften könnte gelähmt werden mit sogar systemdestabilisierenden Folgen.

(5) Eine weitere Form der asymmetrischen Reaktion auf die Übermacht und den Hegemonismus des Westens werden Bündnisse verschiedener Qualität und Quantität zwischen denen sein, »die nicht dazu gehören«. Überall in der Welt versuchen Staaten, durch die Gestaltung ihrer Beziehungen untereinander sich Zwängen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und hegemonialem Druck zu entziehen. Mit wechselndem Erfolg sicherlich, weil der Westen sofort »regulierend« eingreift. Die Regionen an der Peripherie sind es, »in denen sich vertiefte Formen der Kooperation und vertiefte Grade des Konsenses herausbilden, die wahr- und ernstgenommen werden wollen.«⁸ Und Czempiel sieht darin das Interesse, »innerhalb der regionalen Zusammenarbeit und mit ihrer Hilfe den Machtanspruch der Groß- und Supermächte einzudämmen.«⁹ Die Tendenz also ist unverkennbar. Eine Reform der UNO, die die Organisation der Vereinten Nationen zu einem Wurmfortsatz der USA und der NATO degradieren soll, ist bislang nicht zustande gekommen. Regionale Organisationen wie die Arabische Liga oder die frühere Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) versuchen, ihren Bedeutungsverlust nach dem Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus aufzuholen. Doch das signifikanteste Signal für diese Tendenz in der internationalen Arena war zweifellos der *Vertrag über Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit* zwischen Rußland und der VR China, der auf höchster Ebene am 16. Juli 2001 unterzeichnet worden ist. Es entstand eine strategische Allianz zweier gedemütigter nuklearer Großmächte, an denen vorbei Politik im Zeitalter der Globalisierung nur schwer gemacht werden kann. Militärtechnisch durchaus noch leistungsfähig der eine, wirtschaftlich potent der andere Partner. Wie die Entwicklung – vielleicht in der Ergänzung und im Austausch – in den nächsten Jahren ist, wird sich herausstellen.

Für Deutschland zeichnet sich über kurz oder lang eine Entscheidungssituation ab. Auf Dauer kann es sich nicht jener Erkenntnis

8 Ernst-Otto Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München 2002, S. 34.

9 Ebenda, S. 35.

10 Samuel Huntington: Die einsame Supermacht, in: *Rheinischer Merkur*, 30. April 1999, S. 6.

11 Dieter S. Lutz: Frieden durch Angriffskriege? Das zivilisatorische Projekt (des Westens) steht am Scheideweg, in: *Neues Deutschland*, 9./10. November 2002, S. 10.

12 Die EKD betonte den Vorrang nichtmilitärischer Instrumente bei der Friedenssicherung, wobei sie folgende hervorhob:

- Politische Einflußnahme und präventive Diplomatie;
- Bemühungen um gerechtere weltwirtschaftliche Verhältnisse und den Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens;
- Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation;
- Etablierung ziviler Formen des Konfliktaustrags und der Konfliktregelung mit dem Ziel verfassungsmäßig gesicherter Koexistenz;
- Aufbau und Einsatz von Friedensdiensten zur Ergänzung und Weiterführung friedenssichernder Aktivitäten über den militärischen Beitrag hinaus;
- Fortschritte bei der Abrüstung und der Begrenzung des Waffenhandels;
- Verhängung von friedensverträglichen und friedensdienlichen Sanktionen und Embargomaßnahmen.

(Friedensethik in der Bewährung. Ein Positionspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: *Frankfurter Rundschau*, 25. Oktober 2001.)

entziehen, die Samuel Huntington, Autor des viel diskutierten Buches *Kampf der Kulturen*, schon 1999 in *Foreign Affairs* niedergeschrieben hat. Die USA, so Huntington, verfolgten »eine Politik der »globalen Einseitigkeit«. Sie setzen ihre eigenen spezifischen Interessen ohne große Rücksicht auf die anderer durch.«¹⁰ Entweder folgt nun Deutschland diesem Kurs. Dann gewinnt es zweifellos Freiräume gegenüber Washington, verliert sie aber gegenüber *allen*, die sich den USA mehr oder weniger verweigern. Die Nibelungentreue würde Berlin gänzlich zum Satelliten des großen Bruders in Übersee machen. Oder es gewinnt Selbstbewußtsein und schließt bewußt mit den Europäern und anderen die langfristige Alternative – den Bruch – nicht aus, wenn ansonsten nur der Vasallenstatus bliebe. Der vor kurzem verstorbene Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, Dieter S. Lutz, empfahl sogar schon, »stets und beharrlich nach neuen Bündnispartnern (zu) suchen ...«¹¹.

Ein Trend zu einem politischen Zusammengehen derjenigen, »die nicht dazu gehören«, könnte sich aber auch darin widerspiegeln, der geballten Nachrichtenmacht des Westens etwas entgegenzusetzen. Seit dem Golfkrieg 1991 gibt es eine Fülle von Literatur, die sich mit der neuen Qualität der Manipulation von Milliarden von Menschen über die elektronischen Massenmedien auseinandersetzt. Hier geht es nicht um Nachrangiges, sondern um einen strategischen Faktor. Die Nachrichtenkartelle der USA, aber auch ihrer Verbündeten und dabei gerade auch Deutschlands, haben die Menschen in den zurückliegenden zehn Jahren bei Krieg und Frieden in einem Maße in die Irre geführt, wie dies kaum vorstellbar war. Der Kampf um die Hirne wird ein Kampf darum werden, ob Kriege mit Aussicht auf Erfolg geführt und damit überhaupt begonnen werden können. Darin liegt seine strategische Natur. Ist es gänzlich ausgeschlossen, daß es künftig noch mehr solcher Anstalten wie die des arabischen Fernsehsenders *Al-Dshasira* gibt, der viele Wahrheiten zum Afghanistankrieg verbreitete und damit das westliche Informationsmonopol antastete?

Wer sich dieses Spektrum erfolgrter oder noch möglicher asymmetrischer Antworten auf die Politik des Westens vor Augen führt, kann nur zu einer Schlußfolgerung kommen: Zur Gefahrenabwehr, darunter auch zur Abwehr menschenverachtenden Terrorismus, kann es nur *politische* Lösungen geben, wozu von seiten der Friedensforschung schon lange geeignete Vorschläge vorliegen. Erst im Oktober 2001 hat das Papier *Friedensethik in der Bewährung* der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) solche wiederholt.¹²

Doch nun – nach den asymmetrischen Antworten auf Vorrüstung und Ausbeutung – zum Thema Kriegsbild und moderner Interventionismus, das heißt zur militärischen Logik. Dabei ist zunächst nach dem Charakter von interventionistischen Aktionen und Kriegen zu fragen. Denn nur das kann zu halbwegs tragfähigen Aussagen über ein eventuelles Pro oder Kontra zu Kriegen gegen den Terrorismus führen. Gleich am Anfang stoßen wir auf ein noch eher politisches Problem. Die Kriege und Konflikte nach 1945 entsprangen zu 90 % ökonomischen Ursachen. Bei Aktionen gegen den Terrorismus oder zur »Friedens erzwingung« müßte man also erst einmal sicherstellen, daß die eingesetzten Streitkräfte keine unmittelbaren ökonomischen

oder machtpolitischen Interessen der Entsendestaaten durchsetzen sollen. Von Terrorismusbekämpfung und Friedenserzwingung reden aber zuallererst die kapitalistischen Industriestaaten, obwohl doch vom Terrorismus »die gesamte zivilisierte Welt« betroffen sei. Und gerade die hochentwickelten kapitalistischen Staaten vertreten das geballte wirtschaftliche Potential in dieser Welt. In allen möglichen Koalitionen handeln sie entsprechend mit roher militärischer Gewalt – der Golf, Irak, Jugoslawien und Afghanistan sind die markantesten Exempel der zurückliegenden zehn Jahre, stets begründet mit hehren Absichten. Doch warum sollte man heute gerade jenen Staaten die hehren Absichten abnehmen, sie wollten sich für Freiheit und Demokratie und gegen Völkermord, Terrorismus und andere Menschenrechtsverletzungen engagieren, die wirtschaftlich weltweit die egoistischsten Interessen verfolgen und die den Rest der Welt schon heute mit dem nichtmilitärischen Mittel des ungerechten Weltwirtschaftssystems skrupellos ausbeuten, die in der Geschichte die Träger des rabiatesten Kolonialismus und Neokolonialismus waren und die ihre Bereitschaft zur Verfolgung ihrer globalen ökonomischen Interessen auch mit militärischen Mitteln sogar in Grundsatzdokumenten der Militärdoktrin, wie gerade in der neuen NATO-Militärstrategie vom April 1999¹³ oder in den deutschen Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992¹⁴, offen zum Ausdruck bringen? Warum sollte man gerade jenen glauben, die die allermeisten Massenvernichtungswaffen angehäuft haben und diese, wie die USA, auch schon eingesetzt haben, wenn gerade sie verkünden, sie wollten notfalls auch mit militärischer Gewalt die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern? Tatsache ist, daß diese Staaten seit 1945 noch nie in einen Krieg der Moral, des Friedens, der Bekämpfung des Terrorismus und der Menschenrechte wegen eingetreten sind. Es verbietet sich also politisch, bei Erwägungen zur Terrorismusbekämpfung und »Friedenserzwingung« an die kapitalistischen Industriestaaten zu denken. Die Schlußfolgerung daraus kann nur lauten: Mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder zur »Friedenserzwingung« können nicht jene beauftragt werden, die sich selbst anbieten. Und andere werden sich nicht finden. Friedenserzwingung und Kampf gegen Terroristen mit »Schießkrieg« scheiden also schon unter diesem politischen Aspekt praktisch aus.

Nun zur militärischen Argumentation. Sie ist mir wichtig, um auch von dieser, häufig nicht beachteten Seite Argumente gegen Waffengewalt abzuleiten. Denn in der Politik und bei vielen Menschen gilt: Streitkräfte können alles, wenn es gilt, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Ich will zu zeigen versuchen: Streitkräfte können eben nicht alles. Sie können sogar sehr wenig.¹⁵ Sie können eigentlich nur das, was der Artikel 51 der UNO-Charta vorsieht: Selbstverteidigung gegen Angriffe, ergänzt um Friedenssicherung durch Blauhelme.

Begeben wir uns also direkt in die militärische Logik und unterstellen, es fänden sich doch Staaten, die mit ihren Streitkräften uneigennützig für hohe politische und moralische Ziele einzugreifen bereit wären.

Zunächst: In fast 70 % der knapp 300 Kriege und Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es nicht, die erklärten politischen

13 Laut Ziffer 24 dieser Militärstrategie können die Sicherheitsinteressen der NATO auch durch »Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« (Zit. nach: Das neue Strategische Konzept der NATO, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift *Information für die Truppe*, Bonn, VIII., Ergänzungslieferung 6/1999, Teil II, S. 133.) berührt werden.

14 In Ziffer 8 formulieren die Richtlinien als eines von zehn »vitalen Sicherheitsinteressen« die »Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.« (Zit. nach: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/1993, S. 1139)

15 Der britische Spezialist für Antiguerrilla- und Antiterrorkriegführung Brigadegeneral Frank Kitson beklagte in diesem Sinne: »Der Slogan, daß ein gut ausgebildeter Soldat mit einem Gewehr in der Hand alles, was verlangt wird, machen kann, ist leider bis zum heutigen Tag aktuell. ... Aber leider ist die oben erwähnte Auffassung bei Offizieren auf beiden Seiten des Atlantik sehr eingefleischt.« (Frank Kitson, a. a. O., S. 269).

16 Siehe Hans-Werner Deim: Strategisches, operatives und taktisches Denken, in: Walter Jablonsky, Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001, S. 131. Ein Autor aus dem konservativen Umfeld betont deshalb zu Recht: »Der Einsatz militärischer Mittel bewirkt, für sich alleine genommen, nur in seltenen Fällen eine unmittelbare Problemlösung ...«. »Ohne eine an den militärischen Erfolg anknüpfende diplomatische Fortführung und Umsetzung – und eine daraus resultierende grundlegende und auch von der unterlegenen Seite akzeptierte Veränderung der politischen Ausgangslage – sind Militäreinsätze als Mittel der Politik im 21. Jahrhundert weder sinnvoll noch zu verantworten.« (Martin Hoch: Krieg und Politik im 21. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11. Mai 2001, B 20, S. 25.) Das Positionspapier der EKD »Friedensethik in der Bewährung« betont: »Viele Anzeichen deuten ... darauf hin, daß die Veränderung der politischen Verhältnisse heute zu einer Situation geführt hat, in der faktisch der Einsatz militärischer Macht durch eingeschränkte Erfolgsaussichten charakterisiert ist. ... Die nachhaltige, friedenschaffende Leistungsfähigkeit herkömmlicher militärischer Mittel in einer veränderten politischen Landschaft ist es, die in Frage steht.« (Friedensethik in der Bewährung, a. a. O.)

17 Zit. nach: Kurt Pätzold: Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000, S. 31 f.

Anfangszielstellungen zu erreichen.¹⁶ Anders ausgedrückt: Der Krieg hat bald drei Viertel seiner Bedeutung als Instrument zur Durchsetzung erklärter politischer Ziele eingebüßt. Es gibt nur wenige Beispiele für einen im Sinne des Fortschritts und der Freiheit sinnvollen Einsatz von Militär als Instrument der Politik.

Welche Ergebnisse hat man nun zu gewärtigen, wenn Streitkräfte wirklich im scharfen Schuß eingesetzt werden? Welche Ergebnisse also für die Ziele der Konfliktbewältigung und der Terrorismusbekämpfung, für eine dauerhafte Friedenssicherung, für die betroffenen Menschen in den Kampfgebieten und für die Truppen selbst?

Erstens: Wer Streitkräfte einsetzen will, muß ihren Auftrag mit ihren eigenen Möglichkeiten und mit denen des Gegners in ein Verhältnis setzen. Lange vor Clausewitz schon betonte der Kriegskommissär Kaiser Karls V., Lazarus von Schwendi: »Es soll im Krieg nur Mögliche und Erreichbare unternommen werden, zu dessen Ausführung und Vollendung man im Besitz der nötigen Mittel und Wege ist oder diese aller Wahrscheinlichkeit nach besitzen wird.«¹⁷ Moderne Streitkräfte werden folglich einen symmetrischen Krieg, wenn man so will: die offene Feldschlacht, gewinnen, weil sie darin haushoch überlegen sind. Sie können auch Schlachten in asymmetrischen Kriegen gewinnen oder sogar einseitig verkünden, sie hätten sich in einem asymmetrischen Krieg durchgesetzt, wie in Jugoslawien 1999. Die klassische Frage, wer die Niederlage erlitten und wer den Sieg errungen hat, ist damit aber noch nicht beantwortet. Was bedeutet das für die Terrorismusbekämpfung?

Durch Spezialeinheiten moderner Streitkräfte am Boden, und nur sie kommen dafür in Betracht, lassen sich bewaffnete Kontingente, Terroristen oder andere in der Tat ausschalten. Die Militärgeschichte kennt genügend solcher Kommandoaktionen. Man denke nur an die bewaffneten Einsätze zur Befreiung von Flugzeuggeiseln, so 1977 durch die westdeutsche Grenzschutzgruppe (GSG) 9 in Mogadischu/Somalia. Militärische Kommandoaktionen können durchaus erfolgreich sein, aber nur, wenn

- der Gegner im Zentrum der Aktion klar unterlegen ist. Ob das klassische Kräfteverhältnis, das mindestens 1 zu 3 beträgt, vorhanden sein muß, oder ob eine technische Überlegenheit anderes zuläßt, ist nebensächlich;

- der Gegner umfassend aufgeklärt ist. Die Aufklärung ist das A und O moderner Kriegführung, darunter auch und gerade gegen den terroristischen Gegner, da der immer gedeckt operieren wird;

- der Gegner sich nicht in der Fläche verteilt, sondern genau zu bezeichnende Punkte besetzt hat;

- die Aktion überraschend, blitzartig und höchst präzise durchgeführt wird, weil nur so die Vorteile des Gegners, besonders die Orts- und Geländekenntnis, ausgeglichen werden können und weil nur so der Waffeneinsatz begrenzt bleiben kann und Unschuldige nicht betroffen werden;

- der Gegner keine oder kaum Unterstützung aus der Bevölkerung erhält. Anderenfalls werden militärische Schläge ins Leere gehen, und die gegnerischen Kontingente werden sich bei Gefahr im Verzuge im Meer der Zivilbevölkerung rasch dezentralisieren. Sie sind

dann nicht mehr zu fassen, sondern werden aus diesem Meer heraus eigene gefährliche Übergriffe starten;

- der Antiterror- oder ein anderer vergleichbarer Kampf räumlich und zeitlich klar eingegrenzt ist. Eine Kampfführung in der Fläche und zeitlich überdehnt kann durch Spezialtruppen nicht durchgehalten werden, da sie sonst personell und logistisch bald an ihre Grenzen stoßen;

- der Antiterror- oder andere Kampf auch deshalb zeitlich, räumlich und im Waffeneinsatz begrenzt wird, weil nur so die Verhältnismäßigkeit der Mittel – ein Grundprinzip rechtsstaatlichen Handelns – gewahrt und damit die Chance auf eine nachfolgende politische Lösung bewahrt wird.

Wenn militärische Kommandoaktionen nur *punktuell* realistisch sind, bedeutet dies: Um in der Fläche zu wirken, müßte man ganze Streitkräfte völlig neu organisieren, was aber aus politischen, militärischen und finanziellen Gründen kaum durchführbar ist. Beispiel Afghanistan: Der Krieg dort ist durch den Westen erst einmal gewonnen worden, weil er die Luftkriegführung für die talebanfeindliche Nordallianz übernommen hatte. Hätte es diese Nordallianz nicht gegeben, hätte er diesen Krieg womöglich gar nicht geführt. Seine eigenen Spezialtruppen hätten nicht auch nur annähernd ausgereicht.¹⁸ Der »Antiterrorkrieg« in Afghanistan führt uns so auf die politische Kernfragestellung zurück: Wenn die USA den Krieg am Boden führen ließen, ihn aus der Luft unterstützen und nun selbst mit anderen wie den Briten und den Deutschen mit Landstreitkräften in Afghanistan Präsenz zeigen, dann muß es sich um alles andere, aber nicht um die Ausschaltung des Terrorismus handeln. Selbst wenn Terroristen im Krieg, ja selbst wenn Osama bin Laden oder der Talebanführer Mohammed Omar doch noch gefaßt oder getötet werden sollten. Aus der Analyse des militärischen Kräfteansatzes in Afghanistan bereits ergibt sich, was sich dort abspielt und worum es dort geht: Es kann sich nur um große Strategie und nicht um die nachgeordnete Frage des Kampfes gegen den Terrorismus handeln, denn sonst hätte man in der Tat zeitnah eine zwar höchst gefährliche, aber doch am ehesten Erfolg versprechende militärische Kommandoaktion zur Ergreifung der Führer des Terrors unternommen oder einen großen Landkrieg mit eigenen Verbänden starten müssen. Das Beispiel des sowjetischen Afghanistanabenteuers vor Augen, schreckte man davor aber zurück. So wurde der afghanische Bürgerkrieg forciert mit dem Ziel, eine willfährige Regierung in Kabul einzusetzen und das ganze Land unter die Kontrolle des westlichen Globalisierungs-Kolonialismus zu stellen.

Warum aber hat man nicht von Anfang an mit eigenen Landstreitkräften in den Krieg eingegriffen, sondern hat anderen das opferreiche Kämpfen am Boden überlassen – in Afghanistan der Nordallianz, im Kosovo der UÇK und im Irak demnächst einer zersplitterten Opposition (wenn das dort überhaupt funktioniert)? Weil die heutigen modernen Armeen einzig und allein auf den bewaffneten Kampf mit ihresgleichen vorbereitet sind. In ihrer Ausbildung, Ausrüstung und Motivation taugen sie nicht für Interventionen, wo ein Bürgerkrieg tobt und ein Guerillakrieg zu erwarten ist. Sie taugen auch nicht zum längeren Einsatz gegen Terroristengruppen. Staaten und

18 Die Spezialkräfte der USA umfassen gegenwärtig etwa 30 000 Mann plus 10 000 Mann Reserve. Die EU-Mitgliedstaaten verfügen über 10 000 Mann, davon etwa 3 000 in den Einsatzkräften. (Thomas Fritsch: Militärische Spezialkräfte für die Europäische Union, in: *Der Mittler-Brief*, Bonn, Nr. 3/2002, S. 6, 4.

19 Martin Hoch, a. a. O., S. 23.

20 Als wichtige Vorteile der Kämpfer in »kleinen Kriegen« nannte Clausewitz das Operieren mit kleinen Truppenkörpern von 20 bis 400 Mann, ihre Versorgung aus dem Lande heraus, ihr leichteres Verbergen im Lande, die hohe Manövrierfähigkeit, besonders im Gefecht, eine rasch mögliche Aufnahme von Gefechts-handlungen und die rasche Reaktion auf veränderte Gefechtslagen. (Siehe Werner Hahlweg, Hrsg.): Carl von Clausewitz. Aufsätze, Studien, Briefe, Bd. 1, Göttingen 1966, S. 231-234.) Untergrundkämpfer müssen die gegnerischen Truppen nicht vollständig vernichten. Ihr Ziel ist der moralische Sieg, der am Ende auch den politisch-militärischen Sieg verspricht. Dazu werden die regulären Truppen des Gegners mit gezielten militärischen Nadelstichen, durch Überfälle auf kleine Einheiten, auf Versorgungs-linien und -fahrzeuge, durch die Vernichtung von Versorgungsgütern oder die Unterbrechungen von Nachrichtenverbindungen in einem Zustand ständiger Anspannung gehalten, fortlaufend zu Kräftezersplitterungen gezwungen, verunsichert, verwirrt, zermürbt und ermattet. Eine gewisse Unorganisiertheit ist für Guerillas sogar von Vorteil. Der »kleine Krieg« hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er sich auf die Unterstützung eines nen-nenswerten Teils der Bevölkerung stützen kann.

reguläre Streitkräfte haben »trotz ihrer überlegenen militärischen Machtmittel prinzipiell große Schwierigkeiten... , sich in asymmetrischen Konflikten gegen nichtstaatliche Akteure durchzusetzen«¹⁹. Auch neue sogenannte Krisenreaktionsstreitkräfte ändern daran nichts Wesentliches, weil auch sie ganz überwiegend auf den Kampf gegen geschlossene Formationen gut ausgerüsteter militärischer Kontingente, in der Regel von Staaten, ausgerichtet werden. Streitkräfte können nur für den Zweck eingesetzt werden, für den sie sich eignen. Sonst scheitern sie. Wenn man sich aber umschauf, dann handelt es sich bei den bewaffneten Zusammenstößen in der Welt zu etwa 90 % um innerstaatliche bzw. Bürger- bzw. Guerilla- bzw. »kleine Kriege«, ein Begriff von Clausewitz, der sich mit dieser höchst effektiven Kriegsform als erster wissenschaftlich auseinandersetze.²⁰ In solchen Kriegen gilt, was Henry A. Kissinger schon 1969 erkannt hatte: »Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt.«²¹ Kämpfe gegen Terroristen können hier vollauf mit eingerechnet werden. Terroristengruppen und Guerillas, die im übrigen viel schwerer aufzuklären und zu identifizieren sind als reguläre Truppen von Staaten, sind in »kleinen Kriegen« deshalb im Vorteil, weil sie ihren Krieg asymmetrisch führen. Sie führen ihn mit anderen Motiven, mit anderen Ideologien und Feindbildern, mit anderen Waffen, mit anderen Regeln und mit anderen Zeitvorstellungen über die Länge der militärischen Auseinandersetzungen. Innenpolitische Differenzen in Ländern, in denen interveniert wird, können sich abschwächen, wohingegen solche Differenzen in den intervenierenden Staaten meist zunehmen. Von außen Soldaten in derartige Kriege zu schicken, ohne daß, wie in Haiti 1994 oder in Osttimor 1999, die Gewähr für einen kampfflosen Einmarsch besteht, lassen hohe Opferzahlen schon bei den Interventionstruppen erwarten. Dies um so mehr, als diese Kriege von ihrer Natur her von allen Beteiligten besonders grausam geführt werden. In Afghanistan und vorher schon im Kosovo hatten Washington und die NATO dies begriffen. Was im Irak passiert, wird man sehen. Recht hat deshalb Ernst-Otto Czempiel mit seiner Feststellung, daß das Militär als Instrument der Terrorismusbekämpfung (nicht nur – L. S.) deutliche Schwächen zeigt.²² Es soll eben weiterhin andere Aufgaben wahrnehmen. Und deshalb war das Militär auf die Abwehr des politischen Terrorismus nicht nur nicht vorbereitet – »auf sie wollte es sich auch nicht einstellen«²³.

Beachten wir ferner: Rasch kommt man in solche Konflikte hinein, hinaus – und das ist politisch und militärisch gemeint – um so schwerer. Wer nach den Desastern der USA in Vietnam und der Sowjetunion in Afghanistan dafür noch Beweise braucht, sollte fragen, warum die USA Kuba noch nicht angegriffen haben. Und warum die NATO 1999 eben den Landkrieg gegen Jugoslawien überhaupt nicht und gegenwärtig in Afghanistan faktisch nicht eröffnet hat, sondern warum sie ihn von anderen hat führen lassen. Und warum sie im Kosovo alles unternahm, um sich auf keinen Fall in Scharmützel mit den Bürgerkriegsparteien verwickeln zu lassen.

Zweitens: Ein *neutrales* gewaltsames militärisches Eingreifen in Guerilla- und Bürgerkriege, um Terroristen zu jagen oder Frieden zu erzwingen, ist so gut wie unmöglich. Bei der militärischen Verfol-

gung eigener Ziele kann man nicht beide Parteien solcher Kriege auf gleicher Distanz halten. Man würde sich beide zum Feind machen. Also muß man auch militärisch Partei nehmen, was man im Kosovo und in Afghanistan ja auch getan hat, ganz bewußt, in Erkenntnis dessen und vor allem, um eigene Truppen zu schonen. »... Eingreifen heißt Durchgreifen, und Durchgreifen bedeutet Partei ergreifen, um eine bestimmte politische Lösung des Problems durchzusetzen.«²⁴ Im Kosovo und in Afghanistan gab bzw. gibt es also von vornherein ein klares einseitiges Freund- und Feindbild. Wird auf der Basis einer solchen Begünstigung nur einer Seite der »Frieden« hergestellt oder ein staatlicher Umsturz wie in Afghanistan herbeigeführt, mit welchem vorgeblichen Ziel auch immer, so kann dies nur ein Diktat sein. Es wird von der anderen Konfliktpartei niemals akzeptiert werden. Der Konflikt im Lande besteht weiter. Mehr noch: Neuer politischer und militärischer Sprengstoff wird angehäuft. So auch in Afghanistan, wo das westliche Militär es vielleicht doch noch mit Guerillas aus den Bergen zu tun bekommen könnte. Denn es ist noch lange nicht entschieden, wie sich die Kämpfer der Nordallianz und die wieder aufgetauchten Mudschaheddin zur westlichen Militärpräsenz im Lande stellen werden und was aus den versprengten Taleban geworden ist.²⁵

Wer in Terrorismusbekämpfung durch Krieg oder in gewaltsamer militärischer Friedenserzwingung eine realistische Möglichkeit sieht, muß sich zudem über die Auswirkungen moderner Gefechts-handlungen ein klares Bild machen: Zunehmend verwischen sich die Grenzen zwischen Front und Hinterland. Die Reichweite der Waffen erhöht sich immer mehr. Die Bedeutung des Orts- und Stadtkampfes (schon 40 % der Kampfhandlungen in Europa während des Zweiten Weltkrieges) wächst folgerichtig an, während der Prozeß der Urbanisierung jährlich um drei bis fünf Prozent fortschreitet. Bald ein Drittel der Weltbevölkerung lebt heute schon in großen städtischen Agglomerationen. Bei Kampfhandlungen unter diesen Bedingungen leidet niemand mehr als die Zivilbevölkerung. Häufig ist Terror gegen die Zivilbevölkerung sogar Methode der Kriegführung. Betrug das Verhältnis der Verluste Soldaten zu Zivilisten im Ersten Weltkrieg noch 95 zu 5 %, im Zweiten Weltkrieg 55 zu 45 %, so dürften »peaceenforcement-Aktionen« oder ein »Anti-Terror-Krieg« zivile Opfer in einer Größenordnung von 75 % (wie bei den Bürgerkriegen der letzten Jahrzehnte) ergeben, wenn nicht gar eine ähnliche Relation wie im Korea- bzw. Vietnamkrieg erreicht wird, wo sie bei 16 zu 84 bzw. 10 zu 90 % zuungunsten der Zivilisten lag.²⁶ Der Landtagspräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Hinrich Küssner, sprach es aus: »Die Ereignisse in Afghanistan zeigen, daß Krieg kein Mittel zur Lösung von internationalen Konflikten ist. Ein Krieg vergrößert das Leid unschuldiger Menschen und bringt neuen Terror hervor.«²⁷

Die verbrecherischen Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 waren nicht die Ursache des Krieges in Afghanistan. Sie waren der schlimmste Anlaß. Schon in den 80er Jahren machten die Militärstrategen der USA im Becken des Indischen Ozeans – von den Ostküsten Afrikas bis nach Mittel- und Südasien – einen »Krisenbogen« aus. Am 3. April 1984 erließ USA-Präsident Reagan

21 Zit. nach: Thomas M. Wandering: Ursachen von Konflikten und Kriegen im 21. Jahrhundert. Konsequenzen für die westlichen Industriestaaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11. Mai 2001, B 20, S. 7.

22 Siehe Ernst-Otto Czempel, a. a. O., S. 153.

23 Ebenda, S. 161.

24 Lothar Rühl: Die NATO und ethnische Konflikte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11. Mai 2001, B 20, S. 4.

25 Siehe Christoph Hörstel: Das Experiment droht zu scheitern, in: *Neues Deutschland*, 30. November/1. Dezember 2002, S. 7.

26 Mit diesem Verhältnis rechnete bei einer UNO-Konferenz zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten auch Dieter Kastrup, der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen. (Siehe *Deutschlandfunk*, Köln, 23. Februar 1999, Informationen am Morgen, 6.15 Uhr.) Siehe Hans-Werner Deim, a. a. O., S. 128 f.; siehe Martin Hoch, a. a. O., S. 21.).

27 Zit. nach: Wolfgang Rex: Entschieden, in: *Neues Deutschland*, 16. November 2001, S. 4.

die »Nationale Sicherheitsdirektive 138«. Sie bezog sich auf den Kampf gegen den Terrorismus und sah Präventiv- und Vergeltungsschläge in allen Teilen der Welt vor. Das strategische Konzept nannte sich »low intensity conflicts« – Konflikte bzw. Kriege geringer Intensität. Danach sollten schon damals einerseits als Freiheitskämpfer bezeichnete Insurgenten, zum Beispiel die Contras in Nicaragua, unterstützt, andererseits solche Befreiungsbewegungen wie der ANC Südafrikas als auch die SWAPO Namibias bekämpft werden. Nicht zufällig wurde deshalb Anfang 1983 das CENTCOM, des Zentralkommando der USA-Streitkräfte mit dem Hauptquartier auf der Luftwaffenbasis MacDill in Tampa/Florida gebildet, dessen Verantwortungsbereich sich auf heute 25 Staaten des Indischen Ozeans, des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas erstreckt. Nicht zufällig auch wurde gerade unter diesem Kommando ein Teil der USA-Spezialtruppen zur »Joint Unconventional Task Force« zusammengefaßt. Schon sind neue Konfliktherde ausgemacht. »Neuer Unruheherd Nr. 1: Asien« war ein Titelthema der bundesdeutschen Reservistenzeitschrift.²⁸ Am 23. November 1998 wurde ein Strategiedokument des USA-Verteidigungsministeriums veröffentlicht. Danach sollen die USA-Streitkräfte in Korea nordkoreanische Angriffe nicht nur aufhalten und zurückwerfen, sondern »in das nordkoreanische Territorium eindringen, Pjongjang einnehmen, die Koreanische Volksarmee zerschlagen und das Regime von Kim Jong Il zerstören.«²⁹ Im März 2001 ging durch die Presse, daß in der USA-Militärstrategie Asien und speziell die VR China stärker gewichtet werden sollen.³⁰ Im November 2001 legte Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld einen Katalog von Staaten vor, die die Interessen der USA gefährdeten: Nordkorea, Iran, Irak, Syrien, Kuba und Kolumbien.³¹ Heute bilden sie die »Achse des Bösen« von Präsident Bush. Wen wundert es da, wenn sich immer mehr Staaten bedroht fühlen. In der brasilianischen Militärzeitschrift *Poder* wurde Anfang 2000 vor einer Intervention auch in Südamerika gewarnt. Anlässe werde man suchen und finden, weshalb man sich wappnen müsse. In der Analyse hieß es: »Weil aber der vorrangige Grund der NATO die Sicherung der amerikanischen Vorherrschaft in Europa war und ist, wuchs das Bündnis noch, anstatt sich aufzulösen ... und zeigt nun (im Zusammenhang mit dem NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg – L. S.) sein wahres Gesicht – den bewaffneten Arm der nordamerikanischen Macht.«³²

Den Weg, nicht der blinden Gewalt, sondern der Vernunft zu gehen, hat nichts mit Angst, Feigheit oder Zurückweichen vor dem Bösen, ja nicht einmal etwas mit Pazifismus zu tun, sondern mit wohlverstandener Rationalität und Humanismus. Schließen wir deshalb mit Clausewitz. Er schrieb 1819: »Nichts ist in der Welt, besonders in Staatssachen, so gefährlich, als das Kleine mit dem Großen zu verwechseln, sich von dem ersten anziehen zu lassen und es darüber zu versäumen, mit dem Großen vertraut zu werden.«³³

28 Siehe *loyal*, Bonn, Heft 10/1999.

29 Zit. nach: Wilfried A. Herrmann: Neuer »Verteidigungsplan« der US-Streitkräfte in Korea, in: *Soldat und Technik*, Heft 3/1999, S. 172. Siehe auch Adventurous »Operation Plan 5027-98«, in: *Korea Today*, Pjongjang, Heft 10/1999, S. 41.

30 Siehe Weichenstellung für neue Militärstrategie. Asien und speziell China werden stärker gewichtet, in: *Neues Deutschland*, 26. März 2001, S. 6.

31 Siehe Rainer Tampert: Die ungehaltene Rede eines Ungehaltene, in: *Neues Deutschland*, 24./25. November 2001, S. 10.

32 Zit. nach: Horst Prayon: Die NATO als Feindbild in Brasilien, in: *loyal*, Heft 9/2000, S. 24.

33 Carl von Clausewitz: Unsere Kriegsverfassung, in: Gerhard Förster/Dorothea Schmidt/Christa Gudzent (Hrsg.): Carl von Clausewitz. Ausgewählte militärische Schriften, Berlin 1980, S. 323.

WOLFGANG TRIEBEL

Staat, Kirchen und Militär Hand in Hand zum Kriegseinsatz. Militärseelsorge in der Bundeswehr

Am 7. November 2002 hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine einheitliche Regelung der Militärseelsorge in Ost- und Westdeutschland beschlossen.¹ Das Zusammenwirken von Staat, Kirchen und Militär muß im Kontext des im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen für 2002 bis 2006 beschriebenen »künftigen Aufgabenspektrums der Bundeswehr« als einer »Armee im Einsatz« im Rahmen der von den USA willkürlich geführten »internationalen Anti-Terror-Koalition«² zu denken geben. Diese Bedenken sind berechtigt, seit in den Jahren der Jahrhundert- und Jahrtausendwende die Führung von Kriegen zur Bekämpfung von »Diktatoren« und »Terroristen« als legitim erklärt worden ist, obgleich hundertfach weltweit nachgewiesen ist, daß Krieg als Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus unzweckmäßig ist, weil er unangemessenes Leid über Unschuldige bringt, ohne den Terrorismus zu beenden und die Terroristen auszuschalten. Die Erfahrungen des Krieges in Afghanistan haben das hinreichend belegt. Unter diesen Aspekten lautet die Frage hinsichtlich des Bündnisses von Staat, Kirchen und Militär in Deutschland nicht nur, welche Aufgaben sollen Militärseelsorger schlechthin bekommen, sondern welcher Gesinnungswechsel wird Geistlichen als Repräsentanten christlicher Ethik hier abverlangt?

Kerngedanken christlicher Ethik sind das Friedensgebot und das Tötungsverbot. Wie sollen Militärseelsorger den Soldaten den offensichtlichen Widerspruch begründen, daß Kriegführung nicht erst seit heute Unrecht von Anfang an ist, sie aber dennoch im Auftrag der Bundesregierung und mit Billigung von Kirchenoberen in Kriege ziehen sollen, weil dadurch in »Diktaturen« oder »Schurkenstaaten« angeblich Frieden, Freiheits- und Menschenrechte gewaltsam durchgesetzt werden sollen? Die deutschen Kirchen klagen seit längerem darüber, daß ihnen die Gläubigen davonlaufen, eine Ursache könnte sein, daß ihrem Glauben Unzumutbares zugemutet wird.

Durch den von der USA-Regierung seit dem 11. September 2001 verkündeten »Kreuzzug« gegen den Terrorismus von Taleban, bin Laden und Al Quaida, die gegen den Irak sowie andere Völker und Staaten gerichteten Kriegsdrohungen sowie die NATO-Doktrin von 1999 mit der Anmaßung, durch Kriegseinsätze Frieden schaffen zu wollen, steht nicht nur die arabische Welt vor gewachsenen Gefahren neuer Kriege. Da die Verstrickung Deutschlands in jüngste militärische Abenteuer unübersehbar ist, ist es angemessen, kritische Fragen nach Sinn und Zweck der nunmehr in allen Einheiten der

Wolfgang Triebel – Jg. 1930; Prof. Dr. sc. phil.; Politikwissenschaftler und Historiker; bis 1990 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, ab 1991 Grotewohl-Forschung und Mitarbeit in der AG Friedenspolitik. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Terrorismus und die internationalen Beziehungen (zus. mit Ingomar Klein), Heft 136 (Februar 2002).

1 Es ist nicht unwichtig zu wissen, daß laut Art. 140 GG in Hinsicht auf Religionsgesellschaften der Wortlaut der Art. 136 bis 141 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 »als Bestandteil« des GG übernommen wurde. Der Art. 141 WV lautet: »Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder anderen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religions-

gesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.« (Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1995, S. 81 und 85; Artikel 141 WV legitimiert den Einsatz von Militärgeistlichen, wobei allerdings offen bleibt, von wem das »Bedürfnis« nach ihrer Einstellung ausgeht.

2 Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen 2002-2006 vom 16. Oktober 2002, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Berlin, S. 62.

3 Z.B. in: *Gott mit uns. Ein Gruß aus der Heimat*, 1914; *Das Himmelreich ist nahe*, Antrittspredigt am 1. August 1915 in Berlin-Schöneberg; *Nationale Erhebung*, Berlin 1919; *Kraft in der Not!* Predigt am 11. Mai 1919 nach Veröffentlichung des Versailler Friedensvertrages. Vgl. dazu ausführlich: Ingomar Klein/Wolfgang Triebel: »Helm ab zum Gebet!« Militarismus und Militarisierung – ein deutsches Schicksal?, Berlin 1999, S. 39 ff.

4 GG Art. 140 mit Berufung auf Art. 137 (1) Weimarer Verfassung: »Es besteht keine Staatskirche.«

Bundeswehr eingesetzten Militärseelsorger innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes aufzuwerfen. Offensichtlich soll die bundesdeutsche *Armee im Einsatz*, so lautet die von der neuen Bundesregierung bevorzugte verharmlosende Umschreibung deutscher Militäreinsätze im Ausland, mit Hilfe der beiden Großkirchen Deutschlands »*geweiht*« werden, denn wie ist es sonst zu erklären, daß neben den ordentlich bestallten Militärseelsorgern die neue Vereinbarung zwischen Kirchen und Bundesverteidigungsministerium vorsieht, zusätzlich nebenamtliche Pfarrer für die Seelsorge der Soldaten zu gewinnen.

In der Öffentlichkeit spielen Militärseelsorger bisher keine besonders beachtete Rolle. Nur wenige denken darüber nach, wie auf diese Weise politischer Verstand eines Volkes militaristisch manipuliert wird, wenn von der Kanzel herab Argumente nicht gegen den Krieg, sondern zu seiner Verteidigung verbreitet werden. Von manchen Bürgern werden Militärseelsorger im Sinne, das ist nun einmal so, hingenommen oder sogar als sinnvoll angesehen, um den Soldaten im Einsatz fern von Deutschland moralisch zur Seite zu stehen. Andere vertreten die Meinung, die Militärseelsorge sei eine Tradition, die nun einmal übernommen worden sei.

Der vorliegende Artikel will als Anstoß verstanden sein, nicht alles hinzunehmen, was von Regierungen und Medien und auch von den Kirchen in Fragen von Krieg und Frieden angeboten wird. Meine Kritik richtet sich gegen die Einführung staatlich gesteuerter kirchlicher Strukturen in der Bundeswehr und damit gegen die Möglichkeit der militärpolitischen Instrumentalisierung des Glaubens von Soldaten. Die Kritik ist an militante Kirchenfürsten gerichtet, die in Gemeinschaft mit dem Staat die Militärseelsorge zu einem Werkzeug der Politik machen und den Militärseelsorger bewußt in Gewissenskonflikte stürzen.

Bei jedweder übernommenen Tradition stellt sich zwangsläufig die Frage nach ihrer Bedeutung in der bisherigen Geschichte und ob sich daraus für die spätere Gesellschaft sinnvolle geistige o. ä. Werte ableiten lassen. Das gilt grundsätzlich auch für die Wiedereinführung von Militärgeistlichen in die Bundeswehr 1957 sowie für das Festhalten an dieser *Tradition*. Im Jahre 1957 war neben Franz-Josef Strauß und Militärbischof Kunst der Berlin-Brandenburgische Bischof Otto Dibelius einer der Unterzeichner dieses Vertrages. Dibelius hatte bereits 1914 als Oberpfarrer von Lauenburg und danach in Predigten und Büchern den Krieg zu »*heiligen*« versucht.³ Die den Militärseelsorgern in Deutschlands Armeen des 1. Weltkrieges auferlegte Rolle war verhängnisvoll und trug zur Verbreitung nationalistischen Größenwahns bei, der in der Hitlerwehrmacht während des 2. Weltkrieges seine rassistische Perversion erfuhr. Damit wird nicht ausgeschlossen, daß es in der Hitlerwehrmacht evangelische und katholische Militärpfarrer gegeben hat, die sich aus christlicher Überzeugung heraus politisch nicht haben korrumpieren lassen. Es geht jedoch nicht um den einzelnen Geistlichen, sondern um den politisch-moralischen Sinn der Existenz von Militärseelsorgern und ihre Funktion in der Struktur der Bundeswehr in unserer demokratischen Gesellschaft, in der Staat und Kirche laut Verfassung getrennt sind, das heißt, in der eine Staatskirche keine Berechtigung hat.⁴

Militärseelsorge – ein Widerspruch zur Trennung von Staat und Kirche in der Demokratie

Als die evangelische Synode vom 3. bis 8. März 1957 in Westberlin vor die vollendete Tatsache des bereits von Adenauer, Strauß, Bischof Dibelius und dem Leiter der Kirchenkanzlei Brunotte am 22. Februar unterzeichneten Seelsorgevertrages gestellt wurde, fragte Martin Niemöller: »Haben wir ein Recht, dem für Atomwaffen auszubildenden Soldaten ein gutes Gewissen zu machen für das, was er zu tun sich anschickt?«⁵ Unter den Synodalen gab es eine heftige Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern des Vertrages. Die Befürworter des Militärseelsorgevertrages setzten sich zum Schluß mit Unterstützung der Synodalen aus der DDR mit Zweidrittelmehrheit durch, weil sich die DDR-Kirchenvertreter nicht der Stimme enthielten, obgleich der Vertrag für sie und die NVA nicht zuträfe.⁶

Als nach der Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 die Bundeswehr in den nunmehr neuen Bundesländern stationiert wurde, lehnte die ostdeutsche evangelische Kirche die Übernahme des 1957 zwischen Bundesregierung und den Kirchen der alten Bundesrepublik besiegelten Militärseelsorgevertrages ab. Die Vertreter der ostdeutschen evangelischen Landeskirchen begründeten diese Ablehnung mit ihren in der DDR gewonnenen Erfahrungen der Trennung von Staat und Kirche und der unter ihren Gläubigen verbreiteten pazifistischen Überzeugung. Zudem gäbe es Skepsis gegenüber der staatlichen Verstrickung von Militärpfarrern, da deren Personalkosten aus dem Bundeshaushalt bestritten werden. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein schlug sogar vor, nicht die westdeutsche Regelung auf den Osten auszudehnen, sondern die ostdeutsche Trennung von Staat und Kirche im Westen zu übernehmen. Damit wären die jetzt beamteten Militärseelsorger aus der Bindung an staatliche Verpflichtungen herausgelöst und blieben ausschließlich den Kirchen zugeordnet.

Die Oberen der katholischen Ostkirche akzeptierten die Übernahme des westdeutschen Militärseelsorgevertrages von 1957 ohne jede Kritik. Für die deutsche katholische Kirche gilt noch immer das am 20. Juli 1933 vom Vatikan durch Nuntius Kardinal Pacelli (1939-1958 Papst Pius XII.) und Hitlerdeutschland durch Vizekanzler Franz von Papen unterzeichnete Reichskonkordat, das eigenständige katholische Militärpfarrer vorsieht.⁷

Kritiker der bisherigen Militärseelsorgeregelung, darunter die Politologin Inés-Jaqueline Werkner, vertreten den Standpunkt, die Trennung von Kirche und Staat sollte ein Bestandteil der Bundeswehrreform sein.⁸ Dieser Vorschlag fand weder bei der Regierung noch bei Kirchenoberen der alten Bundesländer Anklang. Außerdem müßte die evangelische Kirche die Gehälter der Militärseelsorger bei ihrer Herauslösung aus dem Staatsdienst selbst zahlen, was für sie jährlich zweistellige Millionenkosten bedeuten würde. Um diesen Kosten zu entgehen, haben die evangelischen Landeskirchen der neuen Bundesländer nach zwölf Jahren langer ideologischer Debatten im Juni 2002 schließlich doch noch ihre Zustimmung zur Übernahme des Militärseelsorgevertrages gegeben, dessen jetzt modifizierte Fassung über den Status der Militärseelsorger, statt Beamte

5 Zit. nach Annelies Feurich, Ernst Woit: Christliches Friedensengagement und Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit. Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Heft 56/2001, S. 27.

6 Auf der Grundlage der verfassungsrechtlichen Trennung von Staat und Kirche gab es in der NVA der DDR (ebenso wie in den Armeen des Warschauer Vertrages) keine Militärseelsorger.

7 In Artikel 27 heißt es: »Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Armeebischof. Seine kirchliche Ernennung erfolgt durch den Heiligen Stuhl, nachdem letzterer sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt hat, um im Einvernehmen mit ihr eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen ... Die Regelung der beamtenrechtlichen Verhältnisse erfolgt durch die Reichsregierung«, was bedeutet, daß Militärgestliche durch den Staat zu bezahlen sind. (Zitiert nach dem Wortlaut des Konkordates, veröffentlicht in *Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung*, 25. 7. 1933.)

8 Siehe hierzu u.a.: *Neues Deutschland*, 28. 5. und 1./2. 6. 2002, jeweils S. 5.

nun Angestellte, nun 2004 in Kraft tritt. An Auftrag und Tätigkeit der Militärseelsorger ändert sich dadurch nichts. Das Geld überwindet in Deutschland am Ende eben auch religionsbedingte Vorbehalte.

Ein Brandenburger Synodaler trat daraufhin im Juni 2002 aus friedensethischen Gründen von seinem Amt zurück. Sein Protest richtete sich außerdem gegen eine Aussage des evangelischen Militärbischofs Löwe aus dem Jahre 1999, Militärseelsorger hätten nicht darüber zu urteilen, ob Militäreinsätze der Bundeswehr außerhalb deutscher Grenzen richtig oder falsch seien. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wozu werden Militärseelsorger gebraucht, wenn sie zu Militäreinsätzen keine eigene Meinung haben sollen und ihnen damit de facto untersagt ist festzustellen, ob solche Einsätze mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten übereinstimmen? Tatsache ist, der bisherige Einsatz deutscher Soldaten im Auftrag der NATO oder zur Durchsetzung US-amerikanischer Ziele bedeutet Anwendung militärischer Gewalt oder Krieg als Mittel von Politik. Militäraktionen dieser Art verdienen grundsätzliche Ablehnung, mögen sie auch mit Friedens- oder humanitären Zielen begründet werden. Es gibt weder moralisch noch rechtlich zu begründende Positionen für den Einsatz deutscher Soldaten in anderen Ländern, weil unter den gegebenen weltpolitischen Konstellationen politische Konflikte nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können und zudem im Widerspruch zum gültigen Völkerrecht stehen. Das ist die staatsbürgerliche Seite des Problems. Welche *Seelsorge* betreiben sie – das wäre die religiöse, glaubensmäßige Seite –, wenn ein Soldat sie danach fragt, ob in dem Militäreinsatz das christliche Gebot »Du sollst nicht töten« aufgehoben ist? Staat und Kirchenobere bringen Militärseelsorger bei deutschen Truppen im Auslandseinsatz – nolens volens – in Konflikt mit dem christlichen Friedensgebot und dem Tötungsverbot, wenn sie Militäreinsätzen zustimmen und möglicherweise sogar die Waffen segnen sollen.

Vom »Feldprediger« zum »Militärgeistlichen« – was für eine Tradition?

Seit dem Mittelalter wurden Landsknechtsarmeen von »Feldpredigern« begleitet, die in der Regel zur Verbreitung der Konfession ihrer Landesfürsten oder Heerführer unter den Soldaten zu sorgen hatten.⁹ Keiner der damals Krieg führenden Potentaten hatte die Freiheit des eigenen Volkes oder anderer Völker im Sinn und die Kriegführung war bekanntlich keinesfalls »Gott wohlgefällig«.

Nach Einführung stehender Heere hießen die Militärpfarrer »Feldgeistliche« und waren organischer Bestandteil der Armeen. Als Preußen 1701 Königtum geworden war und ihre Herrscher sich besonders um den Aufbau eines Heeres sorgten, haben der »Soldatenkönig« Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn Friedrich II., »der Große«, nach Fertigstellung der Potsdamer Garnisonkirche nicht nur bei ihrer Privatgarde der »langen Kerls«, sondern grundsätzlich in jedem Regiment einen Feldgeistlichen eingesetzt. »Die Feldgeistlichen sollten den Soldaten ins Gewissen reden und ihnen den Militärdienst als eine unvermeidliche, für den Bestand des preußischen Staates wichtige Sache erscheinen lassen.«¹⁰ Laut preußischem *Unter=Officers=Reglement* von 1726 hatten die Unteroffiziere

9 Bert Brecht hat einem Feldprediger des Dreißigjährigen Krieges ein »Denk«-mal gesetzt: »In dem Krieg fallen ist eine Gnad' und keine Ungelegenheit, warum? Es ist ein Glaubenskrieg. Kein gewöhnlicher, sondern ein besonderer, wo für den Glauben geführt wird, und also Gott wohlgefällig ... Unser König hat nur die Freiheit im Aug' gehabt.« (Bertolt Brecht: *Mutter Courage und ihre Kinder – Eine Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg*, 3. Bild.

10 Karl Gass: *Der Militärtempel der Hohenzollern*, Berlin 1999, S. 82.

dafür zu sorgen, daß selbst die Wachen »in wählender Bet-Stunde im Gewehr stehen bleiben« und die Soldaten sich nicht »im wählenden Gottes-Dienste auf die Erde legen und ihre Possen treiben, sondern wie christlichen Soldaten gebühret, Gottes Wort mit Devotion anhören...«.¹¹ Seit dieser Zeit gibt es in deutschen Armeen Militärgeistliche. Eine grundsätzliche Kritik an der Einführung von Militärseelsorgern müßte also bei Friedrich II. einsetzen, das aber würde hier den Rahmen sprengen.

Mit Bezug zur Bundeswehr und angesichts der gegenwärtig wieder drohenden Gefahr neuer Kriege, die sich zu einem Weltbrand ausweiten könnten, scheint mir der Beginn des letzten Weltkrieges, der 1. September 1939, der von der weltweiten Friedensbewegung zur Mahnung an den Beginn dieses Völkermordens alljährlich als Weltfriedenstag begangen wird, der geeignete Ansatzpunkt für eine Kritik an der Wiedereinführung und Tätigkeit von Militärseelsorgern in der Bundeswehr zu sein. In der Bundestagsdebatte am 7. November 2002 um die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan forderte der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger die Bundesregierung auf, ihre »Totalverweigerung« deutscher Mitwirkung bei einem USA-Krieg gegen den Irak aufzugeben, denn nach dem Marxismus-Leninismus und dem Nationalsozialismus sei der Angriff des Terrorismus auf die westliche Zivilisation »die dritte große totalitäre Herausforderung, die die freiheitlichen Demokratien zu bestehen haben«¹². Die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Marxismus-Leninismus soll suggerieren, daß auch Marxismus und Leninismus totalitäre Angriffe auf die westliche Zivilisation gewesen seien, gegen die Krieg geführt werden mußte, so wie heute Krieg gegen die als »Terroristenstaaten« eingestuften Länder geführt wird, woran sich Deutschland nach Meinung von CDU/CSU aktiv beteiligen sollte.

Am Tag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, an eben diesem 1. September 1939, schrieb der katholische Feldbischof Rakowski: »In ernster Stunde, da unser deutsches Volk... zum Kampf um seine natürlichen und gottgewollten Lebensrechte angetreten ist, wende ich mich ... an euch Soldaten, die ihr ... die große und ehrenvolle Aufgabe habt, die Sicherheit und das Leben der deutschen Nation mit dem Schwerte zu schützen und zu verteidigen...«¹³ So kann man es auch in Reden Hitlers und Goebbels' und anderer Nazigrößen jener Zeit nachlesen. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 schrieb derselbe militante Feldbischof einen »Hirtenbrief« an die deutschen Soldaten, in dem es u. a. heißt: »...Viele europäische Staaten ... wissen es, daß der Krieg gegen Rußland ein europäischer Kreuzzug ist ...«. Als christlicher Priester hätte Rakowski wissen und den Soldaten sagen müssen, was in der Bibel steht: »Stecke dein Schwert an seinen Ort; denn wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen.«¹⁴ Mit derselben Diktion wie Rakowski predigte im August 1941 der vatikanische Erzbischof Constantini: »Gestern auf spanischem Boden (im Krieg Francos gegen die republikanische Regierung Spaniens 1936-1939 – W. T.), heute im bolschewistischen Rußland ..., wo Satan in den Oberhäuptern der Republiken seine Stellvertreter und besten Mitarbeiter gefunden zu haben schien ... Wir wünschen von ganzem

11 *Unter=Officers=Reglement, vor die Königlich Preußische Infanterie, gegeben und gedruckt, Potsdam, den 2. Martii 1726, S. 119.*

12 Zit. nach *Neues Deutschland* vom 8. 11. 2002, S. 6.

13 Aus: Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht, 3. Jahrgang (1939), S. 5. Zit. nach Reinhard Kühnl: *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 2002, S. 296.

14 Matthäus Evangelium, 26. Kapitel, 52. Vers.

15 Reinhard Kühnl: *Der deutsche Faschismus...*, a. a. O., S. 300.

16 In der UdSSR war das geschehen, in der DDR war Kircheneigentum besonders geschützt.

17 G. A. Wetter: *Der dialektische Materialismus – Seine Geschichte und sein System in der Sowjetunion*. Erschienen in Turin 1948, in Wien 1952, in Freiburg 1956. Das Buch verstand sich als Widerlegung des Marxismus. Siehe dazu Georg Klaus: *Jesuiten – Gott – Materie*. Des Jesuitenpaters Wetter Revolte wider Vernunft und Wissenschaft, Berlin 1958. Siehe hierzu auch Alighiero Tondi: *Vatikan und Neofaschismus*, Berlin 1956 und *Der Vatikan und die Monopole*, Berlin 1957. Tondi war Professor und stellv. Direktor des *Instituts für höhere religiöse Bildung* an der Päpstlichen Gregorianischen Universität beim Vatikan und mit der Widerlegung des Marxismus beauftragt. Er kam jedoch zu einem anderen als dem geforderten Ergebnis, verließ 1952 die *Gesellschaft Jesu* und wurde Mitglied der IKP.

18 Zur Diffamierung der Jugendweihe wurde der dubiose Verein *Maiglocke* gegründet, dessen Präsident der bisherige stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Günter Nooke, ist und zu dem auch der Theologe Richard Schröder (SPD) gehört, beide ehemalige Bürgerrechtler der DDR. (*Rheinischer Merkur*, 12. 1. 2001, S. 24)

Herzen ... den Untergang des auf Verneinung und Umsturz gerichteten Bolschewismus ...«¹⁵. Über USA-Präsident Reagans »Welt des Bösen« bis zu Bushs »Schurkenstaaten« eine nahezu gerade Linie.

Maßgebliche Vertreter beider Kirchen befürworteten Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre den Krieg gegen die UdSSR und unterstützten den Kampf gegen Kommunismus und Bolschewismus auch aus speziellen eigenen Interessen, u. a. aus Angst vor Verstaatlichung von Kirchenländereien.¹⁶ Vor allem erhofften sie durch einen deutschen Sieg die Beseitigung des politischen Brückenkopfs des Atheismus in Europa. Die Kirchen fürchteten um ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf den Staat, wenn weitere Länder den Weg zum Sozialismus beschreiten würden, dessen seit 1917 gewachsenes Ansehen und Einfluß in der Arbeiterbewegung als weltanschauliche Konkurrenz zu dem in den abendländischen Gesellschaften bestehenden christlichen Weltbild angesehen wurde. Daran hat sich auch nach 1945 nichts geändert. Im Gegenteil: Die Vorlesungen des Jesuitenpaters Wetter am Päpstlichen Orientalischen Institut in Rom und sein Buch über den Marxismus (1948) bestimmten in jenen Jahren das antikommunistische Denken nicht nur der katholischen Kirche, sondern einer ganzen Generation philosophisch gebildeter Kreise in Westeuropa.¹⁷ Jüngstes Beispiel für unchristliche Intoleranz gegenüber Nichtchristen ist, daß die in der Bevölkerung der neuen Bundesländer nach wie vor beliebten atheistischen Jugendweihen bestimmten CDU- und Kirchenkreisen der alten Bundesländer noch immer ein Dorn im Auge sind, den militanten Balken im eigenen Auge übersehend.¹⁸ Wider besseres Wissen wird behauptet, die Jugendweihen seien kommunistischen Ursprungs. Mit der Geschichte nehmen es bestimmte Politiker nicht sehr genau.¹⁹

Theologieprofessor und Militärbischöfe über Militärseelsorge

Der Theologieprofessor Richard Schröder setzte sich unlängst mit der Trennung von Staat und Kirche und dem deutschen Staatskirchenrecht auseinander, das zuvor von Christian Bommarius heftig kritisiert worden war.²⁰ Nicht um diese mit aufschlußreichen Fakten begründete Kritik von Bommarius geht es hier, sondern um die verschwommenen Begründungen Schröders über die Trennung von Kirche und Staat und für den Einsatz von Militärseelsorgern.²¹ Eigentlich spricht er sich – gewollt oder ungewollt – gegen diese Trennung aus, denn in Deutschland habe »es nie eine einheitliche Kirche gegeben, die als Macht dem Staat gefährlich werden konnte«. Das war in Deutschland nie der Grund für die Trennung von Staat und Kirche. Im übrigen sei, so Schröder, durch die bei den Ländern liegende Kultushoheit und durch »sechzehn verschiedene Staat-Kirche-Verträge auf evangelischer Seite« das wenigste auf Bundesebene geregelt, bis auf den »Militärseelsorgevertrag«.²² Und dann gibt er Antwort auf seine selbst gestellte Frage: »Aber warum soll es überhaupt Militärseelsorger geben? Weil der Staat das Recht auf Religionsausübung auch dann gewähren muß, wenn er die Freizügigkeit von Bürgern einschränkt, wie bei Soldaten. Das ist die rechtliche Seite. Die praktische Seite ist nicht weniger wichtig: weil es für die Soldaten gut ist, wenn für persönliche Probleme ein neutraler Ansprechpartner in der Nähe ist, der nicht ihr Vorgesetzter ist.«²³

Schließlich wird behauptet, die Militärseelsorge in der Bundeswehr sei »ein Zeichen von Liberalität dieses Staates«. Schröder geht mit der deutschen Geschichte recht großzügig um, wenn er schreibt, die Trennung von Staat und Kirche »entsprang einer Verlegenheit beim Ende des Staatskirchentums 1919«, als die Weimarer Verfassung ausgearbeitet wurde. Von »Verlegenheit« kann nun wahrlich keine Rede sein. Hugo Preuß, der Hauptautor der Weimarer Verfassung, ein engagierter Demokrat und erklärter Gegner des alten Obrigkeitsstaates, ging von einer republikanischen Verfassung aus, in der Grundrechte verankert sind, was nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs mit der Forderung der Sozialdemokratie, Eberts und des Vorsitzenden des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte, Robert Leinert, übereinstimmte. Die heute noch im Grundgesetz geltenden Artikel der Weimarer Verfassung über das Verhältnis von Staat und Kirche sind auf Betreiben von Vertretern der Zentrumsparterie, die sich damals *Christliche Volkspartei* nannte, in die Verfassung eingefügt worden. Von »Verlegenheit« also keine Spur.

Tatsächlich ist die Militärseelsorge Teil der politisch-ideologischen Erziehung der jungen Soldaten. Dem Satz von Martin Niemöller aus dem Jahre 1957 wäre einzufügen: »Haben wir ein Recht, dem für Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen auszubildenden Soldaten ein gutes Gewissen zu machen für das, was er zu tun sich anschickt?« Dieser Satz hat gegenwärtig vielleicht noch mehr Gültigkeit als damals, seit militärische Interventionen, die heute als »Armee im Einsatz«²⁴ bezeichnet werden, wieder salonfähig gemacht worden sind. Wenn Schröder davon ausgeht, »in jedem Mitmenschen ein Kind Gottes zu sehen«, wie wollen Militärseelsorger dann Bushs »Kampf gegen das Böse« erklären? Pfarrer Galley schreibt, ob man es will oder nicht, der Militärseelsorgevertrag »predigt..., daß die Soldaten ›Mit Gott‹ in den Krieg ziehen. Ich behaupte nicht, daß das die Militärseelsorger predigen, mir ist nicht zweifelhaft, daß von manchen Segensreiches getan wird. Aber wie Menschen aus prächtigen Kirchengebäuden ... auf eine reiche Kirche schließen, mit demselben Recht schließen sie darauf, daß die Kirche ›auch für den Krieg ist‹. Da mag der einzelne Seelsorger sagen und tun was er will.«²⁵ In der Tat ist es so: Der Militärseelsorgevertrag untergräbt das christliche Friedensgebot. Nutznießer ist allein der Staat, der seine Militäreinsätze nach außen moralisch legitimieren will. Der Militärseelsorger hat die gleiche Funktion wie einst der Feldprediger, nur mit geschliffeneren Argumenten.

Der Militärbischof Löwe besuchte 2002 das deutsche Truppenkontingent in Afghanistan, auch um die Tätigkeit der dort eingesetzten Militärpfarrer zu inspizieren. Der Bericht über seine Reise nach Kabul ist überschrieben: »Reise in eine andere Welt«. In Gesprächen mit Soldaten und seinen Militärpfarrern stellte Löwe fest, daß er den Dienst der Soldaten der ISAF-Truppe für unverzichtbar halte. Er wird zitiert: »Afghanistan darf nicht allein gelassen werden. Der auf dem Petersberg bei Bonn begonnene Prozeß muß politisch und militärisch abgestützt werden.« In einer Predigt vor den Soldaten warb er mit einem Bibelwort um Vertrauen auf Gott: »Mit meinem Gott kann ich über Mauern springen.«²⁶ Nichts gegen Bibelworte, aber wenn sie als Hilfsmittel eingesetzt werden, um völkerrechtswidrige

19 Jugendweihen entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus Protest gegen die orthodoxen Großkirchen als »freireligiöse Konfirmationen«, erstmalig am 9. April 1846 in Breslau. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat dann die bürgerlich-liberale Bewegung der Freidenker und nach dem Erlaß des Bismarckschen Sozialistengesetzes 1878 schließlich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die Jugendweihen übernommen, um ihren Kindern den Weg ins Erwachsenenleben ohne Kirchen zu ebnen. (Manfred Isemeyer, Klaus Sühl (Hrsg.): *Feste der Arbeiterbewegung: 100 Jahre Jugendweihe*, Berlin 1989, S. 11 ff.)

20 Richard Schröder: Kein Platz für Teufeleien, in: *Berliner Zeitung*, 5./6. 10. 2002, Magazin, S. 1 f.; Entgegnung auf den Artikel »Kirche ohne Schatten« von Christian Bommarius im Magazin der *Berliner Zeitung*, 31.8./1. 9. 2002.

21 Das kritisiert auch Pfarrer Klaus Galley in der *Berliner Zeitung* vom 12./13. 10. 2002, S. 32: »Es ist schon erstaunlich, wie man mit lauter richtigen Feststellungen ein so einseitiges und daher falsches Bild unserer kirchlichen Wirklichkeit malen kann, wie Richard Schröder es tut.«

22 Schröder bezieht dann noch die Kirchensteuer als »Amtshilfe des Staates« ein und schreibt: »Daß die Kirchensteuer vom Staat kommt, ist genau so richtig wie der Satz, daß die Eier aus der Kaufhalle kommen.« Eine echt professorale Begründung. Bommarius' kritisiert, daß die Kirchen in Deutschland vom Staat

ausgehalten werden, damit bekommt dieser Vergleich Schröders einen besonderen Aspekt, denn die Kaufhallen sind meist Selbstbedienungs-läden.

23 Auf diese Begründung geht Bommarius direkt ein: »Daß religiöse Handlungen als Staatsfunktion das Verbot der institutionellen Verbindung von Staat und Kirche verletzen, ziehen die Experten des Staatskirchenrechts kaum in Betracht. Aber ist es wirklich so abwegig, in der Militärseelsorge »einen späten Nachhall der in Preußen bis 1811 bestehenden Militärkirche« zu erkennen?« In: *Berliner Zeitung*, a. a. O.

24 Vgl. u. a. Peter Struck vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, in: *aktuell – Zeitung für die Bundeswehr*, 2. 9. 2002, S. 5.

25 Klaus Galley, *Berliner Zeitung*, a. a. O.

26 »Reise in eine andere Welt.« Evangelischer Militärbischof besucht deutsche Soldaten und Militärpfarrer im afghanischen Kabul, in: *aktuell – Zeitung für die Bundeswehr*, 6. 5. 2002, S. 3.

27 Zit. nach: »Für jeden neuen Tag«. Biblische Texte, Gebete und Betrachtungen, Heft 19, Stuttgart 1990, S. 15; Martin Buber (1878-1965), jüdischer Religions- und Sozialphilosoph, lehrte von 1923 bis 1933 an der Universität in Frankfurt/Main, von 1938 bis 1953 an der Hebräischen Universität in Jerusalem, erhielt 1953 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und 1963 den niederländischen Erasmuspreis.

Kriege zu rechtfertigen bzw. zu beschönigen und die Soldaten in Gottesdiensten anzuhalten, in einem solchen Einsatz auf Gott zu vertrauen, dann ist das Mißbrauch von Religion und Religiosität. Ich stimme dagegen Martin Buber zu: »Wenn einer zu dir kommt und von dir Hilfe fordert, dann ist es nicht an dir, ihm mit frommem Munde zu empfehlen: »Habe Vertrauen und wirf deine Not auf Gott«, sondern dann sollst du handeln, als wäre da kein Gott, sondern auf der ganzen Welt nur einer, der diesem Menschen helfen kann, du allein.«²⁷ Hilfe für die christliche und nicht christliche Welt wäre, wenn alle ordinierten Vertreter der christlichen Kirchen – jeder allein und alle zusammen – Krieg als Mittel von Politik öffentlich als unchristlich und jeden Bruch des geltenden Völkerrechts durch militärische Gewaltanwendung als unsittlich und amoralisch verurteilen würden.

Kein Gott hat mit irgendeinem Krieg etwas zu tun oder kann auf seinen Verlauf oder seine Ergebnisse Einfluß nehmen. Auch wenn jemand noch so fest in seinem mit Respekt zu begegnenden Glauben an einen (seinen) Gott ist: Kein Gott keiner Religion hat je etwas über Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit von Kriegen gesagt. Dazu haben sich immer nur Menschen geäußert, die sich als Sprecher einer Religion verstanden (oder selbst ernannt) haben bzw. auch heute verstehen. Begriffe wie »Gotteskrieger« oder »Glaubenskrieg« sind ebenso wie das »Gott mit uns« auf Koppelschlössern früherer deutscher Soldaten von staatlichen Machthabern in Gemeinschaft mit Kirchenoberen geschaffene politische Begriffe, die unter Mißbrauch des Glaubens zur Vertuschung der eigentlichen Kriegsziele beitragen sollen. Alle heutigen Weltreligionen gebieten »du sollst nicht töten« und machen damit Achtung und Schutz des Lebens zum Inhalt der Religionen und zum Kredo²⁸ jedes Glaubensbekenntnisses. Behauptungen wie »Gott liebt« oder »Gott straft« sind Unterstellungen, von Menschen erfunden, um andere Menschen für eine bestimmte Sache zu gewinnen oder gefügig zu machen. Den heutigen Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Terrorismus mit dem Begriff »Kreuzzug« adeln zu wollen, bedeutet, die im Auftrage der Kirche geführten Kreuzzüge des Mittelalters nicht als Raubzüge aus Machtinteressen und somit Unrecht und Kriegsverbrechen anzusehen, sondern sie moralisch zu rechtfertigen und für heutige Kriege in ihr Gegenteil umzukehren.

Im Auftrag des katholischen Militärbischofs wird in Würzburg die Monatszeitschrift *kompass – Soldat in Welt und Kirche* herausgegeben. In ihr berichtet ein Militärdékan unter anderem darüber, wie er in den neuen Bundesländern den meisten atheistischen und wenigen religiös gebundenen Soldaten erklären wollte, was »Kirche der Soldaten« bedeutet. Wenn es eine Kirche der Soldaten geben sollte, dann müßte es auch eine »Kirche der Zivilisten« und vielleicht auch noch eine »Kirche der Kinder und Jugendlichen« usw. geben.²⁹ Worin soll deren Unterschied bestehen? In der DDR hat es in den siebziger Jahren eine lange und heftige Diskussion darüber gegeben, ob sich die Kirchen hier als »Kirche des Sozialismus« oder als »Kirche im Sozialismus« verstehen müßten. Bei letztgenannter Formulierung ist es dann geblieben; alles andere wäre Ausdruck für eine Staatskirche gewesen. Eine »Kirche der Soldaten« wäre eine Mi-

litärkirche wie im alten Preußen zum Beispiel die *Garnisonkirche* in Potsdam, die jetzt wieder aufgebaut wird – *nomen est omen*. Dieser Militärdekan³⁰ stellte fest, in Diskussionen über den »Sinn des Lebens, die Zukunft und den Tod« konnte man »mit sogenannten Atheisten mehr und tiefere Gespräche führen als mit den eigenen Pfarreiangehörigen, ... (denn) sie stellen grundsätzliche Fragen, die einen schwer in Verlegenheit bringen können«³¹. Er sagt leider nicht, welche Fragen ihn in Verlegenheit gebracht haben.

Als der katholische Militärbischof Mixa im Februar 2002 an der Offiziersschule des Heeres in Dresden über »Krieg und Moral – Ethische Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt« einen Vortrag hielt und sich über humanitäres Völkerrecht äußerte, das »auch gegenüber dem Gegner zu respektieren« sei, nannte er die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 »sowohl nach den Prinzipien des Naturrechts als auch nach katholischer Lehre ›sittlich nicht gerechtfertigt‹...«, weil sich die Bombardierung gegen die Zivilbevölkerung richtete. Er zog daraus den Schluß: »Zu den Opfern des Angriffs gehören in gewisser Weise auch die Flugzeugbesatzungen, die damals Befehle ausführen mußten, deren Unrechtsgehalt sie nicht erkannten.«³² Hatten sie bei der *Royal Air Force* keine Militärseelsorger, die den Piloten den Unrechtsgehalt ihres Tuns, die unmenschliche wie militärisch sinnlose Bombardierung der Zivilbevölkerung und zum Weltkulturerbe gehörender Denkmäler hätten erklären können? Oder haben britische Priester den Piloten vor dem Start im Auftrag ihrer Regierung Gottes Segen mit auf den Weg gegeben? Was sagen Militärseelsorger heute, wenn amerikanische oder britische Flugzeuge auf zivile Objekte in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak oder anderswo Bomben abwerfen? Sind diese Piloten vielleicht auch Opfer? Dann müßte zumindest gefragt werden, für wen oder wofür werden sie »geopfert«?

Mixa sagte nach Gesprächen mit konfessionslosen Offiziersanwärtern aus den neuen Bundesländern: »Ich glaube, auch diese Personen haben ethische Grundhaltungen, weil sie Teil unserer Gesellschaft sind.«³³ Mit den ethischen Grundhaltungen konfessionsloser Offiziersanwärter hat er bestimmt recht, ob seine Begründung jedoch als intoleranter Dogmatismus, Arroganz oder Ignoranz zu deuten ist, will ich dem Leser überlassen.

Offene Fragen und zwiespältige Antworten

Wie können oder dürfen katholische oder evangelische Militärseelsorger den Soldaten vor einem Angriff begründen, daß sie sich nun über das christliche Gebot des Nicht-Tötens hinwegsetzen müssen? Was haben Militärseelsorger zum Beispiel bei der nachgewiesenen Verletzung des Völkerrechts gegenüber Jugoslawien bzw. über die Anwendung unangemessener Kampfmethoden und international verbotener Kampfmittel gegenüber Afghanistan zum Einfangen bin Ladens und seiner Kumpane gesagt? Welche Position beziehen sie in Kenntnis der weltweiten Proteste gegen den geplanten Krieg gegen den Irak? Was erklären sie in Hinsicht auf das amerikanische Stillhalten zu den Bombardements palästinensischer Gebiete durch Israel und die in dieser Region eskalierende Gewalt? Welche persönliche Stellung beziehen Militärseelsorger zu diesen Tatsachen und

28 Das Apostolische Glaubensbekenntnis lautet: »Credo in unum deum« (Ich glaube an den einen Gott).

29 Sicher ist es möglich und gerechtfertigt, für bestimmte Personengruppen spezielle Gottesdienste durchzuführen, so wie z. B. für Kraftfahrer die Möglichkeit besteht, bei Bedarf eine Autobahnkirche aufzusuchen. Aber diese Kirchen heißen nach ihrem Standort (Autobahnkirche), nicht nach ihren Besuchern, weil das wie bei »Kirche der Soldaten« die gläubigen Kirchengänger aus den allgemeinen Kirchengemeinden ausschließen würde.

30 Man achte auf die Hierarchie: Militärseelsorger, Militärdekan, Militärbischof.

31 *Kompass – Soldat in Welt und Kirche*, Heft 3, März 2002, S. 12.

32 Ebenda, S. 15.

33 Ebenda.

was erläutern sie in diesen und ähnlichen Fällen den Soldaten über den Rechts- oder Unrechtsgehalt der erteilten Befehle? Welche Wahl haben sie zwischen dem für sie geltenden christlichen Friedensgebot und ihrer Gehorsampfpflicht als Gehaltsempfänger des Staates zur Begründung der von ihrem Arbeitgeber praktizierten militärischen Gewalt und Krieg? Wie vereinbaren sie es mit der christlichen Moral, wenn sich christlich nennende Politiker militärische Aktionen erwie-senermaßen durch Lügen über den vermeintlichen Feind begründen? Was sagen Militärseelsorger dazu, daß das gewalttätige Aufbegehren von Völkern der Dritten Welt weitgehend aus dem unsagbaren Elend der dort lebenden Menschen resultiert, wofür meist die industriellen Großmächte verantwortlich sind?

In einer der vom Bundesministerium für Verteidigung herausge-gbenen Zeitschrift wurde eine Seelsorgerin für 6000 Soldaten in-terviewt. Befragt, wie sich ihre Aufgaben zusammensetzen, teilte sie mit, »etwa 25 % kümmere ich mich um so genannte Rüstzeiten«. Damit sind Veranstaltungen zu bestimmten Themen gemeint, die sich die Teilnehmer erarbeiten und über die diskutiert wird. Sie stellte ausdrücklich fest, daß es sich nicht nur um Bibelstunden han-delt. »Rund 20 % entfallen auf lebenskundlichen Unterricht ... Dabei werden alltägliche Themen auf ihre sittliche Dimension hin abge-klopft und diskutiert. Politische Bildung gehört auch dazu.« Die übrige Zeit ist mit kirchlichen Amtshandlungen, Sozialdienst u. ä. m. ausgefüllt. Dann stellte der Interviewer die Frage, was sie antworte, wenn sie mit dem fünften Gebot »Du sollst nicht töten« konfrontiert werde. Ihre Antwort lautete: »Zwischen töten und morden gibt es in meinen Augen einen Unterschied. Meine ganz persönliche Sicht-weise ist die: Wer zuläßt, daß ein anderer, Schwächerer ermordet wird, macht sich im Sinne der Menschenrechtsverletzung schuldig. Ethisch wäre es für mich unerträglich, dann nichts zu tun. Wir leben nun mal in dieser Welt, in der es keinen gewaltfreien Raum gibt. Letztendlich ist das eine Gewissensentscheidung, die jeder selbst treffen muß, und meine Kollegen und ich helfen gern dabei.«³⁴

Dieser jungen Frau soll nichts unterstellt werden. Es geht um ihre Denkweise. Beide Verben *töten* und *morden* sagen aus, daß der/die davon Betroffene nicht durch Krankheit, Alter, Unfall o. ä. zu Tode kommt, sondern durch gewaltsamen Einfluß von außen, durch einen anderen Menschen oder von Menschen angewendete Mittel, jeman-den als Einzelperson oder viele massenhaft umzubringen. Wenn Ter-roristen unschuldige Menschen umbringen, dann ist das Mord, so wie es Mord ist, wenn aus Flugzeugen Bomben auf Wohngebiete ab-geworfen werden und ebenfalls unschuldige Menschen in den Tod reißen. In beiden Fällen handelt es sich um *Schwächere*, die gegen diese Art von Gewalt keine Gegenmittel einsetzen können, also Menschenrechtsverletzungen das eine wie das andere. Diese Militär-seelsorgerin unterscheidet also zwischen dem möglichen Tötungs-auftrag an die Soldaten, der von Offizieren erteilt werden kann, den sie ethisch zu vertreten bereit zu sein scheint, von anderen gewaltsa-men Tötungen von Menschen, die nicht von Regierungen sanktio-niert sind. Wenn Regierungen Tötungsaufträge erteilen, soll das ethisch vertretbar sein? Wie ist es aus christlicher Ethik zu vertreten, daß zwei Drittel der Menschheit in Not und Elend leben, täglich Tau-

34 Stefan König: Seel-sorgerin für 6000 Soldaten, in: *Infopost* Nr. 2/2002, S. 12/13.

sende Kinder sterben, weil ihnen die lebensnotwendigen Voraussetzungen entzogen werden? Es ist bekannt, wer dafür die Ursachen geschaffen hat. Keine Regierung hat die auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 beschlossene und von der UNO in ihr Entwicklungsprogramm (UNDP) aufgenommene Verpflichtung eingehalten, 0,7 % des Bruttosozialprodukts³⁵ zur Beseitigung dieses Elends einzusetzen, zumal der Reichtum der Industriestaaten vielfach aus der Plünderung der Bodenschätze dieser armen Länder resultiert. Ist unterlassene oder unzureichende Hilfeleistung nicht auch eine Form der Tötung oder Mord? Wie ist es da mit der Gewissensentscheidung? Was wird diese Militärseelsorgerin im Unterricht zur politischen Bildung dazu sagen?

Von ihr wissen wir aus berufenem Munde, daß die Militärseelsorger an der politischen Bildung der Soldaten beteiligt sind, und genau darum geht es. Wenn Militärseelsorger die Art und Weise der Kriegführung gegen Terroristen, die von den USA und ihren Verbündeten als angeblich alternativlos angesehen wird, mittragen, dann machen sie sich mitschuldig am Bruch des Völkerrechts, an Kriegsverbrechen und Verletzung von Menschenrechten – ob sie das subjektiv wollen oder nicht. Mit Krieg kann keine der Ursachen für Kriege beseitigt werden. Wir werden so lange in einer Welt leben, »in der es keinen gewaltfreien Raum gibt«, so lange Menschen Gewalt, die von Regierungen einzelner oder mehrerer Staaten ausgeht, abheben von der Gewalt, die gewöhnliche Verbrecher, und Terroristen sind Verbrecher, mit welchem Ziel auch immer, begehen. Wo ist der Platz von Geistlichen aller Religionen, die von sich behaupten, ihrem Gott zu dienen und Frieden auf Erden zu wollen?

Sinn und Zweck von Militärseelsorgern kann nur als *Mißbrauch* von christlichem Glauben, Kirche und Religion zur Begründung militärischer Gewalt und Krieg als Mittel von Politik gegen andere Staaten oder Völker erklärt werden. Die Versuche der o. g. Zeitschrift, eine neue »christliche Friedensethik« zu erfinden, »Abschied vom Kriegsbegriff« zu nehmen und durch »humanitäre Intervention« oder sonst wie zu ersetzen, laufen darauf hinaus, militärische Aggressionen zu bemänteln, so wie es die einschlägigen Minister der Bundesregierung vorgeben. Wenn Vertreter christlicher Kirchen darüber klagen, daß »der neue Streitkräfteauftrag für die Bundeswehr und die neue NATO-Strategie MC 14/5 vom April 1999 friedensethisch«³⁶ noch immer nicht gewürdigt worden sei, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Wie sollte und durch wen könnte die in der neuen NATO-Doktrin verankerte aggressive Außen- und Militärpolitik aus christlicher Sicht »friedensethisch« akzeptierbar gemacht werden, wenn doch jede Art von Aggressivität höchst unchristlich ist? Wenn an anderer Stelle behauptet wird, der Soldat brauche bei Auslandseinsätzen den Militärseelsorger, der ihm über die Trennung von Heimat und Familie hinweghelfen soll und ihm zur Seite steht, »um mit Grenzsituationen fertig zu werden, die überall dort entstehen, wo Gewalt auftragsgemäß ausgeübt, verhindert oder vom Gegner erduldet werden muß«³⁷, dann ist das blanker Zynismus, weil den Soldaten das Bewußtsein des Unrechtmäßigen ihres Einsatzes von Militärseelsorgern durch Hinweise auf Gottes Segen verschleiert wird. Die Kirchen müßten gegen »auftragsgemäße Gewalt« auftre-

35 Laut *Harenberg-Jahrbuch* »aktuell« 1999 zahlten die Industrieländer 1997 im Durchschnitt 0,25 % ihres BSP an Entwicklungshilfe (S. 41), die Regierung Schröder/Fischer verpflichtete sich in ihrer Koalitionsvereinbarung, bis zum Jahre 2006 ihre Entwicklungshilfe auf 0,33 % zu erhöhen.

36 Gerhard Arnold: Abschied vom Kriegsbegriff. Die christliche Friedensethik vor der Herausforderung begrifflicher Klarheit der Gewaltfrage, *Offizierbrief*, in: *Aktuell*, S. 23 ff.

37 *kompass – Soldat in Welt und Kirche*, Nr. 2, Februar 2002, S. 18.

ten und die Auftraggeber anklagen. Wenn sie das nicht tun, dann sind Militärseelsorger eine höchst zweifelhafte Einrichtung, sie sollten als Anachronismus unserer Tage abgeschafft werden, weil die »Seelsorge der Soldaten« nicht auf Frieden, sondern auf Krieg gerichtet ist.

Besinnung auf christliche Friedensethik der Ökumene des 20. Jahrhunderts

Christliche Friedensethik ist wie jeder weltanschaulich anders begründete Friedenswille auf den Abbau stehender wie schlagkräftiger mobiler Heere gerichtet und fordert Abrüstung und Konversion der Rüstungsindustrien, verlangt Unterstützung der Völker, die in Not und Armut leben und keinen Anteil am Reichtum unserer Welt und an den Werten menschlichen Lebens haben. Dazu leisten wie andere humanistische Kräfte und Bewegungen auch die christlichen Kirchen seit Jahrzehnten einen hervorragenden Beitrag, obwohl die Kirchen gleichzeitig einige ihrer Vertreter beauftragen, als Militärseelsorger in Armeen militärische Aggressionen zu verteidigen oder gar zu segnen.

Die Geschichte der Ökumenischen Bewegung des 20. Jahrhunderts begann mit der Weltmissionskonferenz in Edinburgh im Jahre 1910 und war seitdem stets eine Friedensbewegung, eine Bewegung der Gerechtigkeit und der Menschenrechte.³⁸ Ihre hervorragenden Repräsentanten setzten und setzen sich undogmatisch und uneigennützig für diese große Sache des menschlichen und sozialen Fortschritts und damit zur Schaffung einer weltumspannenden Friedensgesellschaft ein. Erinnert sei an die Tradition der Bekennenden Kirche im faschistischen Deutschland und an Dietrich Bonhoeffers Aufforderung zur Schaffung eines allgemeinen christlichen Friedenskonzils. Zurückzurufen sind die Mahnungen Karl Barths von 1947, Deutschlands historische Verpflichtung in einer friedlichen Brückenfunktion zwischen Ost und West zu sehen und Niemöllers Proteste gegen die Wiederaufrüstung in der BRD. Von der 1958 in Prag als Widerstandsbewegung gegen die weltweite Atomrüstung unter anderem durch Martin Niemöller gegründeten Christlichen Friedenskonferenz (CFK), über die Theologie der Befreiung in Lateinamerika, den Ökumenischen Rat der christlichen Kirchen (ÖRK), das Ökumenische Forum Europäischer Katholiken (ÖFEK) und andere christliche Friedensinitiativen bis zu jüngsten Erklärungen der katholischen Deutschen Bischofskonferenz des Jahres 2000 sowie der Evangelischen Kirche vom Oktober 2001 gibt es eine gerade Linie der Ablehnung von Krieg und militärischer Gewalt als Mittel von Politik aus christlicher Überzeugung. In keinem dieser Dokumente ist von einer besonderen »Kirche der Soldaten« oder einem seelsorgerischen Auftrag für in den Krieg ziehende Truppen die Rede. Die zuletzt genannten Dokumente sprechen sich unzweideutig gegen jede militärische Gewalt nach dem Muster des NATO-Krieges gegen Jugoslawien aus und bezweifeln auch die Übereinstimmung von »humanitärer Intervention« mit dem gültigen Völkerrecht.³⁹ In diesem Sinne sind die Kirchen neben den Gewerkschaften bedeutender Bestandteil der deutschen Friedensbewegung, was bis jetzt von den großen Parteien leider nur mit großen Einschränkungen gesagt werden kann.

Für einen Atheisten ist es nicht selbstverständlich, sich auf eine päpstliche Enzyklika zu berufen, noch dazu, wenn es sich um die

38 Vgl. Rundbrief 3/1998 der Christlichen Friedenskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland.

39 »Ist die Kirche als Sakrament des Friedens erkennbar? Zur Gewaltfreiheit in einer Welt der Gewalt.« Auszüge aus dem Friedenspapier der katholischen Deutschen Bischofskonferenz. Dokumentation, in: *Frankfurter Rundschau*, 19. 10. 2000. Militärische Gewalt hat nur eingeschränkte Erfolgsaussichten. Die evangelische Kirche diskutiert die Rechtfertigung von Krieg. Auszüge aus dem Positionspapier zur *Friedensethik in der Bewährung*, in: *Frankfurter Rundschau*, 25. 10. 2001.

Centesimus Annus genannte des Papstes Johannes Paul II. vom 1. Mai 1991 handelt, die an die antisozialistischen Grundpositionen der Römischen Kirche in der hundert Jahre zuvor erschienenen Enzyklika *Rerum Novarum* des Papstes Leo XIII. erinnern, in ihrer politischen Substanz bestätigen und fortsetzen will.⁴⁰ Mögen die antikommunistischen Positionen Johannes Paul II. kritisierenswert sein, seine lebenslange antifaschistische Grundhaltung und sein Friedensengagement sind konsequent und über grundsätzliche Zweifel erhaben. Abschließend sei ausdrücklich auf seine Gedanken über Wege zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in unserer Zeit hingewiesen, weil sie für alle friedenswilligen Kräfte Bedeutung haben, vor allem aber für Christen gerade in sich christlich verstehenden Parteien, noch mehr aber von Militärseelsorgern beider Kirchen in der Bundeswehr unbedingt zu beachten wären.

»Der wahre Friede ist niemals das Ergebnis eines errungenen militärischen Sieges, sondern besteht in der Überwindung der Kriegsursachen und in der echten Aussöhnung unter den Völkern ... Viele Völker verlieren die Möglichkeit, über sich selbst zu verfügen. Sie werden in die bedrückenden Grenzen eines Machtblocks eingeschlossen, während man darauf hinarbeitet, ihr Geschichtsbewußtsein und die Wurzeln ihrer jahrhundertealten Kultur auszulöschen ... Ein irrsinniger Rüstungswettlauf verschlingt die Mittel, die nötig wären, um eine Entwicklung der eigenen Wirtschaft zu sichern und den am meisten benachteiligten Nationen zu helfen. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt, der zum Wohlergehen der Menschheit beitragen sollte, wird zum Instrument für den Krieg. Man gebraucht Wissenschaft und Technik, um immer vollkommeneren Waffen zur Massenvernichtung zu produzieren, während eine Ideologie, die eine Perversion echter Philosophie darstellt, die theoretische Rechtfertigung für den neuen Krieg liefern soll. Dieser Krieg wird nicht nur erwartet und vorbereitet, er wird geführt mit ungeheurem Blutvergießen in verschiedenen Teilen der Welt. Aber der Krieg kann ohne Sieger und Besiegte im Selbstmord der Menschheit enden, und deshalb muß man die Logik, die dazu führt, radikal zurückweisen, nämlich die Idee, daß der Kampf zur Vernichtung des Feindes, die Gegnerschaft und der Krieg zur Entwicklung und auch zum Fortschritt der Geschichte beitragen.

Es geht darum zu beweisen, daß die umfassenden Probleme jener Völker auf dem Weg des Dialogs und der Solidarität eher gelöst werden können als durch die Vernichtung des Gegners und durch Krieg ... Gewalt muß sich immer mit der Lüge rechtfertigen. Sie gibt vor, auch wenn der Anschein trügt, die Verteidigung eines Rechts oder die Abwehr einer Bedrohung im Auge zu haben.«⁴¹

Ich kann keine prinzipiellen Divergenzen zwischen dieser päpstlichen Friedensposition und den Friedenspositionen atheistischer Organisationen oder nicht christlich bzw. religiös gebundener Menschen feststellen. Angesichts der gegenwärtigen Gefahren neuer Kriege muß das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt werden, ohne theoretische oder ideologische Unterschiede in angrenzenden politischen oder anderen Fragen zu verwischen. Das gilt natürlich immer für beide Seiten. In einer solchen Haltung voranzugehen, das steht demokratischen Sozialisten besonders gut zu Gesicht.

40 *Rerum Novarum – Rundschreiben über die Arbeiterfrage* vom 15. Mai 1891 erschien zwei Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1889, reagierte darin auf den damit verbundenen Aufschwung der Sozialdemokratie und war die erste Auseinandersetzung des Vatikans mit der Arbeiterbewegung und dem Marxismus, der als untaugliches Mittel (»Pest des Sozialismus«) im Kampf für die Rechte der Arbeiterbewegung dargestellt wurde. Einzig die Kirche wurde als kompetenter Vertreter der Volksinteressen bezeichnet. Daran knüpft die *Centesimus Annus* von 1991 an. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus 1989 ging es für die katholische Kirche unter den heutigen sozialpolitischen Bedingungen um die Fortführung der 1891 geprägten katholischen Soziallehre, die missionarisch in ein neues christliches Europa führen müsse.

41 Papst Johannes Paul II.: *Enzyklika Centesimus Annus* vom 1. Mai 1991. Zum hundersten Jahrestag von *Rerum Novarum*, Leutersdorf 1991, S. 45 ff und S. 56 f.)

DIETER KIRCHHÖFER

Neue Lernkultur – Realprozeß oder ideologische Konstruktion?

»Arbeitskultur«, »Unternehmenskultur«, »Organisationskultur« – die Inflation von Kulturbegriffen hat nun auch das Lernen erreicht und signalisiert das Erkenntnisbedürfnis, inmitten chaotischer Bildungsverhältnisse und unüberschaubarer Reformanstrengungen Orientierung zu finden. In einer Zeit wachsender Inkonsistenz und Unübersichtlichkeit scheint der Kulturbegriff ordnende und normierende Wirkungen zu verheißen. Offensichtlich wird mit dem Begriff kein vereinzelt stehendes pädagogisches Konzept gefaßt, sondern es werden auffällige Erscheinungen eines sich entgrenzenden Lernens reflektiert, die seit längerer Zeit auch mit solchen Begriffen wie »lebenslanges« oder »lebensumspannendes«, »informelles« oder »selbstgesteuertes (self-directed) Lernen« bezeichnet werden und weit über Veränderungen des schulischen Lernens hinausgehen.

Seit Anfang der 90er Jahre vollzieht sich eine massenhaft wirkende schicht- und regionenübergreifende Veränderung des Lernens und seiner Formen. Die Individuen sind gezwungen, sich in einer ständig verändernden Produktion und einem entsprechend fluiden Arbeitsmarkt neue Verfahren, Technologien und Arbeitsmittel anzueignen. In den letzten Jahrzehnten haben sich Millionen selbstorganisiert Kenntnisse im Umgang mit dem Computer angeeignet und sie haben in ihren alltäglichen Lebensführungen Haushaltsgeräte bedienen gelernt, sich neue Freizeitformen selbstlernend erschlossen oder neue Kompetenzen des Umgangs mit verschiedenen Formen des Rechts oder mit Verwaltungen erworben. Vielfach ohne Erwerbsarbeit haben sie in ihren Regionen Kompetenzen zur Lebensbewältigung erworben, ohne daß sie je institutionell darauf vorbereitet oder unterstützt worden wären. Insofern ist die Herausbildung der neuen Lernkultur – vielleicht sollte man besser sagen der Lernkulturen – ein Realprozeß der zeitlichen, räumlichen, sozialen und medialen Entgrenzung des Lernens, und es wäre realitätsfern, sich einer solchen Bewegung zu verweigern oder darin nur eine Perfektion des Herrschaftsinstrumentariums einer entfesselten Marktwirtschaft bzw. dessen ideologische Konstruktion zu sehen. Aber diese Veränderungen des Lernens lassen in ihren objektiven Ambivalenzen auch soziale Optionen und ideologische Deutungen zu, die einer sorgfältigen Analyse bedürfen.

Inhalte und Optionen neuer Lernkulturen

Lernkulturen bilden sich in gemeinsamen Handlungs- und Erfahrungszusammenhängen menschlicher Tätigkeiten heraus und dienen den Menschen dazu, ihr Lernen zu orientieren, zu ordnen und zu

Dieter Kirchhöfer – Jg. 1936; Prof. Dr., Erziehungswissenschaftler. Forschungen und Veröffentlichungen zur Transformationstheorie, Bildungsentwicklung, Kinder- und Jugendsoziologie. Arbeitsgebiete: Kindheit in der DDR, Wandel von Kindheit und Jugend im Transformationsprozeß. Wichtige Veröffentlichung: *Aufwachsen in Ostdeutschland* (1998).

»Man kann den Menschen nichts lehren. Man kann ihm nur helfen, es sich selbst zu entdecken.« (Galileo Galilei)

regeln. Der Begriff »Lernkultur« bezeichnet danach strukturierte Gesamtheiten von Institutionen, Tätigkeiten, Mentalitäten und Traditionen, deren wesentliche Funktion darin besteht, in Gemeinschaften gleichgelagerte handlungsleitende Orientierungen des Lernens zu vermitteln, kollektiv erzeugte und geteilte Haltungen und Wahrnehmungen zum Lernen anzubieten und mit Systemen von Ordnern (Werte, Normen) Lernen zu organisieren.

Mit Schmidt (1994) könnte man Lernkulturen als »sinn- und deutungsgeprägte Ausführungsprogramme von Sozialität auf der kognitiven, kommunikativen und soziostrukturellen Ebene« fassen, was die Vergegenständlichung von Kulturen einschließt. In Deutschland hat sich seit dem 19. Jahrhundert in allen Bildungsbereichen eine Lernkultur herausgebildet, die durch einen hohen Grad an Institutionalisierung (Verschulung), hierarchisierte Bildungskarrieren, Zertifizierungs- (und Bewertungs-)streben und eine differenzierte Professionalisierung des Lehrens charakterisiert war und in den Gymnasien, dem frontalen Klassenunterricht und dem Abitur eine symbolische Repräsentation fand. Die deutsche Lernkultur ist bis auf den heutigen Tag nationalstaatlich und obrigkeitsstaatlich organisiert und trägt Merkmale *schulischen Lernens*. Dieses Modell erodiert unter dem Einfluß der Entgrenzungen in der Arbeitsgesellschaft. Der millionenfache Umbruch von Lebensführungen in Ostdeutschland beschleunigte diese Erosion und erzwang neue Lernformen, worin sich die »Umriss des gesamtdeutschen Schul- und Bildungssystems der Zukunft abzeichnen« (Zymek 1996, S. 42). Ostdeutschland hat gerade auf dem Gebiet des Lernens einen Erfahrungsfundus erzeugt, der diese Region zum Experimentierfeld, zum Vorreiter für die Entwicklung von Zukunftslösungen im Bildungswesen werden ließ. Die gegenwärtigen Veränderungen in den Lernkulturen verweisen – wie international schon lange diskutiert (Faure 1973, Delors 1997) – auf

- den Übergang von der zertifizierten Wissensvermittlung zur Aneignung von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen;
- die Ressourcen des Lernens in neuen Lernfeldern wie zum Beispiel in der Bürger- oder Gemeinwesenarbeit, der Hausarbeit, der Freizeittätigkeit oder in Initiativen im Nonprofit-Bereich und auf den Kompetenztransfer zwischen diesen Feldern;
- neue Lernformen wie zum Beispiel dss selbstgesteuerte informelle Lernen und dessen Zertifizierungs- und Bewertungserfordernisse;
- die Möglichkeiten des mediengestützten Lernens und individueller Lernarrangements;
- die veränderte Funktion von Bildungsinstitutionen als Lerndienstleister und die Herausbildung neuer Institutionen mit intermediären Akteuren/Agenturen;
- die erweiterten Funktionen der Lehrenden im Sinne individueller Lernbegleitung, -beratung und -unterstützung;
- die Vernetzung der Bildungsakteure und -institutionen (Bildungsnetzwerke, regionale Kooperationsverbände, bürgernahe Lernzentren, Lernhäuser).

In der Gegenüberstellung von traditioneller und zukunftsorientierter Lernkultur ergeben sich folgende Beziehungen, die nicht als Versuskonstruktionen, sondern eher als Koexistenzen verstanden werden sollten:

»Lernkultur bezeichnet Systeme von Tätigkeiten, mit denen individuelle oder kollektive Subjekte die geistige Aneignung sozialer Wirklichkeiten vollziehen. Das System, seine Formen und Normen, bildet sich in den gemeinsamen Handlungs- und Erfahrungszusammenhängen selbst heraus.« (Dieter Kirchhöfer in: QUEM report 56/1998, S. 67)

Schmidt, S. J. : Kognitive Autonomie und soziale Orientierung. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur, Frankfurt am Main 1994, S. 243. »Lernen bezeichnet die Veränderung von Verhalten und Strukturen eines individuellen oder kollektiven Subjekts, die durch die Differenz zwischen verfügbarer Kompetenz und Anforderungen der Umwelt aufgelöst wird.« (Dieter Kirchhöfer in: QUEMreport 56/1998, S. 44)

| Element der Lernkultur | traditionell | zukunftsorientiert |
|--------------------------------------|--|---|
| Stellung des Individuums zur Bildung | fremdbestimmt - fremdorganisiert | selbstorganisiert und individuell verantwortet |
| Inhalt der Bildung | Qualifikation | Kompetenz |
| Lernkanon | zentrale Curricula | individuelle Lernarrangements |
| Bereich | bereichsspezifisch separierend (politisch, beruflich, allgemein) | bereichsübergreifend (lebensweit - lebenslang - lebensnah) integrierend-ganzheitlich |
| Aneignungsform | formell, instruktorell | informell, konstruktiv-reflexiv |
| Einordnung in den Lebenslauf | phasenorientiert | lebenslang |
| Lernkooperation | institutionell segregiert | fluide Netzwerkstrukturen |
| Zertifizierung | abschlußorientiert | offen, permanent |
| Lehrkultur | vermittelnd Lehrkraft hierarchisiert | Aneignung unterstützend Lernberater/Dienstleistung demokratisch-partnerschaftlich |

Unabhängig von den einzelnen Bereichen und Formen steht im Zentrum der neuen Lernkultur – wie auch das Forum Bildung in seinen Empfehlungen zur »Individualisierung« (1) und »Verantwortung übernehmen« (2) formuliert, um die *Kompetenz und Bereitschaft des Individuums zur Selbstorganisation seines Lernens und die Aufgabe des Lehrens zu erhöhen* –, dafür *lernförderliche Bedingungen zu schaffen*. Das Individuum soll Ziele, Niveau, Inhalte, Organisationsformen, Zeitpunkte und Zeitbedarf seines Lernens bestimmen und eigenverantwortlich steuern, es soll seine Lerninhalte selbst auswählen und zu Lernarrangements zusammenfügen, es soll die Lernfolge selbst kontrollieren, es soll zum »Unternehmer seiner Bildung« werden, der sowohl für den Erwerb, die Reproduktion, die Aktualisierung und die Vermarktung seines Lernens Verantwortung trägt.

Eine solche Orientierung schließt sich nahtlos an das Konzept von der Entgrenzung des Arbeitens und der Herausbildung eines neuen Typus des Lohnarbeiters – des Arbeitskraftunternehmers – (Voß/Pongratz 1998) an, der frei von eingrenzenden zeitlichen, räumlichen, sozialen und medialen Rahmenbedingungen seine Arbeitskraft verwertet und in diesem Zusammenhang auch seine Bildung selbst organisiert. Die auf diese Weise offerierte neue Lernkultur führt dazu, daß der Arbeitnehmer nicht nur seine Arbeitskraft verkaufen muß, sondern seine ganze Person dem Verwertungsinteresse unterordnet, was mit den Vorstellungen einer Diffundierung von Arbeits-

und Privatleben, von Arbeit, Lernen und Lebensführung, von Arbeitszeit und Freizeit durchaus heute schon arbeitsmarktpolitische Entsprechungen findet und den Verdacht entstehen läßt, daß mit dem Konzept des Arbeitskraftunternehmers Ideologie produziert worden ist. Der Prozeß der Entgrenzung des Lernens ist in seiner Entwicklung offen, enthält die verschiedensten Optionen, Risiken und Chancen und läßt deshalb bildungspolitische Festlegungen und Orientierungen nur bedingt zu. Die bisherigen Erfahrungen, die vor allem aus der Erwachsenen- und Weiterbildung resultieren, fordern zum kritischen Nachdenken über einige erkennbare Tendenzen auf:

Implikationen veränderter Lernkulturen – Zum Zusammenhang von Arbeits- und Lernkultur

Es war wesentliche Erkenntnis in den vorangehenden Überlegungen, daß Lernkulturen untrennbar mit dem Niveau der Arbeitskulturen verbunden und nur in diesem Zusammenhang verstehbar sind. Die städtische handwerkliche Tätigkeit brachte in den mittelalterlichen Städten ständisch organisierte Lernkulturen hervor (Zunftordnungen), so wie die Industrie tayloristische Lernstrukturen oder die landwirtschaftliche Produktion eigene Normen und Regeln eines naturbezogenen Lernens erzeugten.

Es könnte ein Merkmal alternativer demokratischer Bildungspolitik sein, die Überlegungen zur Gestaltung von Lernkulturen in einem untrennbaren Zusammenhang zu den Veränderungen der Arbeitskultur zu sehen und auch bewußt zu machen, daß eine eingeschränkte Teilnahme am Erwerbsleben, zum Beispiel in der Arbeitslosigkeit, in der Teilzeitarbeit, in Kurzzeitjobs mit geringem Qualifikationsanspruch auch die Möglichkeiten reduziert, Lernkulturen auszubilden und für die betroffenen Personengruppen eine Abwärtsspirale ihrer Lernkultur erzeugen könnte, die letztlich in einer Aversion gegenüber dem Lernen münden könnte. Alle Visionen von einer Lernkultur, in der sich die Menschen unablässig zum Lernen drängen, sich selbst um die Erweiterung ihrer Kompetenzen bemühen, die Lernberatung und -unterstützung von sich aus suchen, bleiben weitgehend eine Illusion, wenn nicht die elementaren Triebkräfte des Lernens beachtet werden, die in der heutigen Gesellschaft nach wie vor mit der Erwerbsarbeit verbunden werden: Aufstieg, Einfluß, Einkommen, Ansehen, Selbstwert.

Werden dem Individuum Gestaltungsmöglichkeiten in und durch Arbeit verwehrt, bleiben alle Bemühungen um eine Intensivierung des Lernens vielfach vergeblich. Trotzdem enthält die ausschließliche Orientierung des Lernens auf die gegenwärtige oder künftige Erwerbsarbeit auch eine möglicherweise verhängnisvolle Beschränkung. Schon die Begriffe »Humanressourcen«, »endogene Potentiale der Region« oder »Standortfaktor Bildung« verweisen auf eine Ambivalenz: Einerseits ist es sinnvoll, Lernen und Kompetenzentwicklung an die Entwicklung der innovativen produktiven Potentiale zu binden, andererseits wird damit ein instrumentelles Verwertungsinteresse für Lernen gesetzt. Die ausschließliche Orientierung der neuen Lernkulturen an und auf die Erfordernisse einer marktorientierten Arbeitsgesellschaft und die Fokussierung der Lernkulturen auf bestimmte Eigenschaften wie Unternehmergeist, Beschäfti-

Vgl. dazu: Kompetenzentwicklung 2002: Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur. Rückblick – Stand – Ausblick, Münster, New York, München, Berlin 2002. »Wenn in breiter gesellschaftlicher Übereinstimmung die zentrale Bedeutung von Innovationen für die Wirtschaft betont wird, ist mit der mangelnden oder zu fördernden Innovationsfähigkeit auch zentral die Lern- und Entwicklungsfähigkeit von Menschen und Organisationen angesprochen. Die Forderung nach einer umfassenden Änderung der Lernkultur wird immer drängender.« (Peter Meyer-Dohm, in: Kompetenzentwicklung 2002, a. a. O., S. 14)

Eine neue Lernkultur zu entwickeln, bedeutet insofern auch, die gesellschaftsgestaltende und lebensbewältigende Dimension einer solchen Lernkultur zu erschließen. Die neue Lernkultur wird notwendig, damit gerade auch unter den Bedingungen fehlender Erwerbsarbeit in den Regionen Lebensqualität gesichert, neue Arbeitsfelder außerhalb des Ersten Arbeitsmarktes gefunden und regionale Bindungen ausgeprägt werden können. Auch in dieser Funktion bleiben Lernkulturen arbeitsorientiert, aber sie richten sich auf lernhaltige Arbeitsprozesse außerhalb der Erwerbsarbeit.

gungsfähigkeit oder Flexibilität, binden das Konzept der Lernkultur oft einseitig an betriebswirtschaftliche Bedürfnisse und ordnen die neue Lernkultur von vornherein marktwirtschaftlichen Interessen unter. Zudem unterlegt eine solche Diskussion auch die Möglichkeit einer nicht zu erwartenden künftigen Vollbeschäftigung.

Die Differenziertheit der Lernkulturen

Lernkulturen bilden sich mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Unternehmen, Institutionen, Organisationen auf individueller, regionaler und nationaler Ebene heraus; sie entwickeln sich auf den verschiedenen Stufen der Ontogenese in unterschiedlicher Weise und Tempo und sie bringen eine Eigendynamik hervor, die wiederum Differenzierung erzeugt. Offensichtlich bilden sich milieu-, geschlechts-, regionalspezifisch differenzierte Lernkulturen heraus, die wiederum auf unterschiedliche Weise miteinander verbunden sind. Die Innovationshaltigkeit von Lernkulturen könnte insofern vor allem aus der Differenz – nicht dem Dissens – erwachsen. So werden sich in der zukunftsorientierten Lernkultur durchaus auch Momente traditioneller Lernkulturen erhalten und gegebenenfalls sogar partiell verstärken können. Ministeriell angelegte Programme zur Entwicklung von Lernkulturen wie zum Beispiel »Lernende Region«, »Lernkultur – Kompetenzentwicklung«, »Innovative Arbeitsgestaltung« werden diese Differenziertheit zu beachten haben und sich dem Streben nach einheitlichen Top-down-Modellen verschließen müssen. Es könnte sich als Trugschluß erweisen, für Regionen homogene einheitliche Lernkulturen anzustreben oder solche zu deklarieren.

Auch von theoretischem Interesse könnte es sein, inwieweit klassische Milieutheorien soziale Differenzierungen von Lernkulturen erklären und inwieweit herrschende Eliten ihren eigenen Nachwuchs – die Salemkinder – auch in spezifischen Lernkulturen sozialisieren, die sich deutlich von den Lernkulturen der Unterschichtkinder oder gar der Straßenkinder unterscheiden. Es charakterisiert beispielsweise elitäre Lernkulturen, daß sie Leistungsanspruch, Systematik des Lernens, strenge Curricula und Zertifizierungen anstreben und pflegen, und es bleibt eine Tragik der Reformbewegungen nach 1968, daß gerade den Unterschichten, denen erklärtermaßen der Zugang zu den höheren Bildungsstufen erschlossen werden sollte, dieser Zugang wiederum verwehrt wurde, indem Leistung und Freude, Anstrengung und Erlebnis, Forderung und Spaß entgegengesetzt und eine leistungsorientierte Lernkultur vernachlässigt wurden. Insofern ist auch zu überdenken, inwieweit die notwendige Konzentration bildungspolitischer Überlegungen auf die sogenannten Bildungsbenachteiligten (Jugendliche an der zweiten Schwelle aus der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt, Immigrantenkinder der zweiten und dritten Generation, Lernbehinderte) nicht durch ähnliche Überlegungen ergänzt werden sollten, begabte und talentierte Kinder und Jugendliche aus allen Schichten zu fördern. Es könnte sich auf die Dauer als kontraproduktiv erweisen, bei den Benachteiligten auf die Forderung nach und die Förderung von Selbstmotivation, -organisation und -kontrolle zu verzichten. Hilflosigkeit kann auch erlernt werden.

»Die Analyse lernstruktureller Zusammenhänge und die Prüfung biografischer Einflüsse haben ergeben, daß das informelle Lernen als wichtigster beruflicher Lernkontext vor allem auf den Mangel an Zugangsmöglichkeiten zu anderen Lernformen zurückzuführen ist.« (Martin Baethge, Volker Baethge-Kinski, in: Kompetenzentwicklung 2002, a. a. O., S. 115)

Es könnte ein Grundzug der neuen Lernkulturen werden, daß sie in hohem Maße *sozial differenziert* sind und größere Gruppen aus dem Bildungsgeschehen überhaupt ausgrenzen und als bildungsferne Schichten diskreditieren. Ein solcher Differenzierungsprozeß vollzieht sich weitgehend unbeachtet gegenwärtig im Hochschulwesen mit der Installierung eines Kurzzeitstudiums des Bachelors für die Masse und des Masters bzw. Diploms oder weiterführender Bildungsgänge für die Eliten.

Die Selbstorganisation des Lernens

Wesentliches Merkmal neuer Lernkulturen war ihre Orientierung auf die Selbstorganisation des Lernens und die Befähigung des Individuums, sein Lernen zu organisieren (die Kompetenz zur Selbstorganisation). Dabei war vorausgesetzt worden, daß Lernen immer ein *subjektiver geistiger Aneignungsprozeß* ist, der das innere Beteiligtsein des Individuums einschließt. Aber es ist natürlich ein wesentlicher Unterschied, ob die Ziele meines Lernens von außen abgefordert sind oder ob das Individuum diese selbst auswählen oder bestimmen kann, ob die Inhalte und Niveaustufen zentral gesetzt werden oder der einzelne oder Gruppen Einfluß nehmen, ob Tempo, Intensität und soziale Formen vorstrukturiert sind und das Individuum sich nur noch einpassen kann oder es diese Prozesse selbst bestimmt. Das Merkmal neuer Lernkulturen war die *radikale Individualisierung* im Sinne der *individuellen Selbstbestimmung, Selbststeuerung und Selbstkontrolle*. Auch wenn die Formel von der radikalen Individualisierung eine Distanz suggeriert, so werden sich Reformanstrengungen mit dem Sachverhalt abfinden müssen, daß die Selbstorganisation des Lernens zukünftig nicht nur ein höheres Gewicht gegenüber dem reglementierten, fremdgesteuerten Lernen erhält, sondern zum zentralen Inhalt zukunftsorientierter Lernkulturen wird. Die These von der Selbstorganisation zu verfolgen, heißt allerdings auch, eine Reihe von Begleitbedingungen zu beachten und sie ihrer ideologischen Form zu entkleiden:

1. So gehört es zu den Mißverständnissen, die individualisierte Selbstorganisation als individuelles Lernen dem Lernen in der Gemeinschaft entgegenzusetzen. Selbstorganisiertes Lernen erfährt aber erst in der arbeitsteiligen Kooperation im Lernen, durch die kollektive Reflexion und gegenseitige Unterstützung, durch die sich in der Gemeinschaft herausbildende Gruppendynamik Ordnung und Regulierung. Die Kultur bildet sich als gleichgelagerte handlungsleitende Wertorientierung zwischen den Individuen heraus, sie ist kollektiv geteilte Lernhaltung. So ist auch das im Zusammenhang mit neuen Lernkulturen favorisierte informelle Lernen nicht ein isoliertes individuelles, sondern ein *kooperatives* und vor allem *kommunikatives* Lernen.

2. Selbstorganisation sagt schon im Namen, daß dieses Lernen organisiert ist, und es gehört vielleicht zu den Tautologien, daß je höher das Niveau der angestrebten Selbstorganisation ist, desto höher das Niveau der vorangehenden Organisationsleistungen sein muß, und erst ein bestimmtes Niveau der Organisation läßt Selbstorganisation nicht in einem anarchischen, selbstzerstörerischen Lernen verharren oder geraten. Das organisierte Lernen muß das Lernen

»Es wäre ein großer Irrtum, aus der Sichtweise von Lernkultur und dem Begriff der Selbstorganisation des Lernens die Vorstellung ableiten zu wollen, daß dieses Lernen sich ohne infrastrukturelle Bedingungen, das heißt bewußt gestaltete Infrastrukturen, vollziehen könnte.« (Johannes Sauer, in: Kompetenzentwicklung 2002, a. a. O., S. 441)

Die Organisation wird nötig in bezug auf die Vermittlung der Grundlagenbildung, die zu sichern ist, damit das Individuum sein Lernen künftig selbst organisieren kann.

und die Kompetenz zum Lernen herausbilden, einschließlich der systematischen Aneignung entsprechender Methoden. Schließlich muß das Individuum auch durch organisierte Vermittlung einen Überblick erhalten, ein bestimmtes Wissen um das Lernangebot besitzen, die Alternativen und deren Wertungskriterien kennen, und es muß die selbständig erworbenen Lerninhalte auch wieder in das eigene Wissenssystem einordnen können.

3. Die Vorstellung, daß auch die Selbstorganisation der Organisation bedarf, führt zu der Erkenntnis, daß die Veränderungen der Lernkulturen auch einen *Wandel der Lehrkulturen* einschließen. Die Herausbildung eines selbstorganisierten Lernens und die zentrale Bedeutsamkeit der Kompetenz zur Selbstorganisation bedürfen einer Lehrtätigkeit, die sich vor allem als entwicklungsbegleitende Lernunterstützung versteht und Lernen ermöglichen soll. Danach umfaßt Lernunterstützung den Prozeß der Lernberatung, der Konstituierung von Lernarrangements gemeinsam mit dem Lernenden und der weiterführenden Lernbefähigung als Form der Lernbegleitung, sie ist nicht nur ein einmaliger Vermittlungsakt. Insofern unterliegt auch die Profession des Lehrenden tatsächlich einem Wandel, indem er sich immer stärker in seiner beratenden, unterstützenden Funktion begreifen muß. Es sollte allerdings auch nicht übersehen werden, daß in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl lernzentrierter, partnerschaftlicher und selbstreflektischer Lehrformen entwickelt worden sind, so daß der Lehrer häufig einer intransparenten Fülle von Konzepten gegenübersteht.

4. Dem Individuum die alleinige Verantwortung für sein Lernen zu übertragen bedeutet, die individuellen genetischen und biotischen Voraussetzungen, aber auch die Lernmilieus, in denen der einzelne lebt, die unterschiedlichen sozialen Erfahrungen mit dem eigenen Lernen und die individuelle Reflexionsfähigkeit zum zentralen Moment des selbstorganisierten Lernens zu machen. Die Gefahr des Scheiterns des zum selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernen nicht befähigten Individuums verstärkt sich mit einer ausschließlichen Orientierung auf das selbstorganisierte Lernen. Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, daß das selbstorganisierte Lernen nicht nur Kompetenz hervorbringt, sondern auch einer solchen bedarf. Ein Individuum kann sich nur insoweit selbst organisieren, wie es seine eigenen Kompetenzen zulassen, was wiederum darauf verweist, zumindest in der schulischen Allgemeinbildung die Grundlagen der Kompetenz zur Selbstorganisation zu legen. Die Akzente in der Herausbildung einer solchen Kompetenz des Selbstlernens sind sicher altersbezogen unterschiedlich. In der Grundschule könnte es vor allem darauf ankommen, die Freude am Lernen zu erhalten bzw. herauszubilden. Diese Freude entsteht nachhaltig vor allem durch Leistungsanstrengung und das dadurch erreichte Resultat der Aneignung, was wiederum einschließt, jedem Kind dieses Erlebnis erfolgreicher Leistungsanstrengung zu ermöglichen. Das Fehlenwort PISA könnte vielleicht nicht nur auf ein Kompetenzdefizit verweisen, sondern auch auf einen Mangel an Denkanstrengung, und es wäre äußerst verhängnisvoll, wenn die Diskussion zu einer neuen Lernkultur in einen Gegensatz zur Diskussion um die Qualität schulischen Lernens geriete. Die Kompetenz zum selbstorganisierten

Lehrer sind vor allem darin zu ermuntern, einen eigenen individuellen Lehrstil zu entwickeln, der Vermittlung, Beratung, Ermunterung und Ermöglichung vereint.

Es könnte zu einer wissenschaftlichen Aufgabe ersten Ranges werden, zu analysieren, wie sich in der Ontogenese die Fähigkeit zur Selbstorganisation des Lernens herausbildet.

ten Lernen als Kern neuer Lernkulturen fordert Anstrengungsbereitschaft. Die Freude am Lernen im Kindesalter zu erhalten, verlangt allerdings auch, ein schulisches Lernen zu fördern, in dem Erkunden, Entdecken, Suchen, vielleicht auch Irren gepflegt wird. In den höheren Klassenstufen kommt es offensichtlich stärker darauf an – bei Wahrung einer unverzichtbaren Allgemeinbildung –, die selbständige Zuwendung zu Lerninhalten, die selbständige Bewegung in außerschulischen Lernfeldern zu ermuntern, die Eigenverantwortung für die Sicherung der Lernergebnisse auszuprägen und die Fähigkeit zur arbeitsteiligen Lernkooperation zu pflegen und die Kompetenz zur Selbstreflexion zu entwickeln. Nach der Schulzeit und der Berufsausbildung hat es sich durchgesetzt, das Lernen am Arbeitsplatz zu favorisieren. Die Förderung und Pflege der Ressource Bildung in Unternehmen vollzieht sich mehr und mehr neben der klassischen Bildungsarbeit in Kursen und betrieblichen Weiterbildungsabteilungen. Ablauforganisatorische und DV-technische Weiterbildungsmaßnahmen werden entlang der Wertschöpfungskette organisiert und Qualifikationen problem-, arbeitsort- und zeitnah vermittelt. Orientierungen und Evaluierungen richten sich weniger auf die Perfektionierung von Lernangeboten oder den Lern- oder Zufriedenheitserfolg von Teilnehmern (die sog. Teilnehmerorientierung), sondern auf die Anwendung und Anwendbarkeit des Gelernten im Arbeitsprozeß. Großbetriebe organisieren auf die Weise arbeitsplatznahe Weiterbildung als Personalentwicklung. Das Problem liegt weniger in dieser Verknüpfung von Lernen und Arbeiten als in der unterschiedlichen Lernhaltigkeit von Arbeitstätigkeiten.

Ein völlig neues Gestaltungsfeld für Lernkulturen eröffnet sich mit der *Altenbildung* und dem generationsübergreifenden Lernen. Entscheidend wird auch hierbei sein, nicht Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Bürger zu deren Ruhigstellung zu ersinnen, sondern die Kompetenzen der Alten als Ressource zu nutzen und auch deren Lernen zu stützen.

Die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit in neuen Lernkulturen

Der Staat ist mit den neuen Lernkulturen nicht aus seiner Bildungsfunktion entlassen. Die staatliche Verantwortung bezieht sich auf eine Grundausstattung der Regionen mit Bildungsinstitutionen, die Durchsetzung von einheitlichen Regulativen, die Vergleichbarkeit der Bildungsniveaus, die Gewährleistung von Standards der Bildungspersonen und die Sicherung finanzieller Transfers für individuelle Bildungsaktivitäten. Es wäre zudem eine Aufgabe einer staatlichen Bildungspolitik, die Entwicklung einer kritischen Bildungsöffentlichkeit zu unterstützen, die sich verschiedener Steuerungs- und Kontrollformen bedient, um den Bürgern alternative Bildungsgänge zu ermöglichen, denn neue Lernkulturen bewegen sich nicht in einer Versus-Konstruktion hier staatliche Fürsorge, da private Initiative, sondern schließen eine entfaltete Öffentlichkeit – eine Kultur der gemeinsam geteilten Wahrnehmungen und Orientierungen im Gemeinwesen ein, in der Stiftungen, Bildungsverbände, Bildungswerke, Elterninitiativen, Fördervereine, Netzwerke und auch Sponsoren ihren Platz haben.

Eine Vielzahl von Tätigkeiten zum Beispiel im ABM-Sektor enthalten kaum oder nur geringe Lernanforderungen und führen langfristig als Beschäftigung zu Demotivierung und zum Verlust der Fähigkeit zum Lernen. Gegenwärtiger Weiterbildungsaktivismus der Arbeitsämter unterstützt diese Tendenz. Längerfristig sind Arbeitstätigkeiten nach ihrer Lernhaltigkeit und Lernförderlichkeit zu bewerten (ein Lernaudit ähnlich dem Öko-Audit/Ökosiegel?).

Die neuen Lernkulturen werden durch eine aktive bildungsinteressierte Öffentlichkeit getragen und bringen sie gegebenenfalls auch hervor.

Die Vorstellung, daß Bildungsinstitutionen sich zu Dienstleistern zu wandeln haben, die auch vom Forum Bildung vertreten wird, führt allein jedoch nicht weiter, wenn nicht erklärt wird, welche Dienstleistungen benötigt werden, wer sie zu erbringen hat und wie sie zu gestalten sind.

»... erst wenn der Mensch seine ›forces propres‹ (eigenen Kräfte) als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.« (Karl Marx: Zur Judenfrage, in MEW, Bd 1, S. 370).

Die Orientierung auf eine veränderte Lernkultur scheint eine Tendenz zur Deinstitutionalisierung zu implizieren, was zudem durch eine breite öffentliche Kritik an traditionellen Institutionen gestützt wird. Es steht außer Zweifel, daß die Bildungsinstitutionen – einschließlich der Schulen – in den nächsten Jahren einer radikalen Selbst- und Fremdevaluierung ihrer Effizienz unterliegen werden und der Markt oder auch die demographische Situation eine Selektion unter den Bildungseinrichtungen erzwingen werden. Eine öffentliche Kontrolle der Qualität von Bildungsinstitutionen, insbesondere solcher der Erwachsenenbildung auf der Grundlage von Arbeitsförderung (AFG, SGB) und das Management dieser Kontrolle stehen jedoch aus. Nach einer sich selbst organisierenden Lernkultur zu fragen, bedeutet nicht vorrangig, Institutionen auflösen und Institutionalisierung durch Deinstitutionalisierung, Organisation durch Selbstorganisation, Regulierung durch Deregulierung ersetzen zu wollen, sondern die verschiedenen Formen des Lernens in ihren veränderten Beziehungen und Funktionen zu bestimmen. Das Bildungsangebot ist eine Dienstleistung an den Bürger. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, daß sich bisherige sektorale Anbindungen von Lernen an die Bildungsressorts der beruflichen, allgemeinen und politischen Bildung zum Teil schon jetzt aufzuheben scheinen und sich Überlagerungen zwischen den Sektoren Bildung, Soziales, Arbeit, Kultur in den Ämtern herausbilden. In diesem Prozeß werden sich Bildungsinstitutionen immer stärker als Bestandteile regionaler Netze verstehen müssen, die eine arbeitsteilige Funktion tragen. In diese Funktion werden eingehen: Lernberatung, Projektentwicklung und Projektmanagement, Koordination von Lernangeboten, Evaluierung der Lernhaltigkeit von Arbeitstätigkeiten, Kooperations(an)stiftung, die Moderation zwischen den Einrichtungen. Diese Prozesse sind aber wiederum von der öffentlichen Unterstützung abhängig.

Partizipation als Lernfeld

Mit der Orientierung auf eine neue solcherart verstandene Lernkultur könnten emanzipatorische Bewegungen Handlungsräume selbstbestimmten Lernens angeboten bekommen und ein Lernen ermöglicht werden, in der das Individuum nicht mehr der bildenden und zugleich bevormundenden Institutionen (Staat, Kirche, Verbände, Unternehmen) und der anleitenden und zugleich reglementierenden Pädagogen bedarf, sondern sich im Kantschen Sinne »seines Verstandes ohne Leitung eines anderen bedient«. Bestrebungen in Unternehmen, sich als lernende Unternehmen zu profilieren, versichern sich schon heute aus betriebswirtschaftlichem Interesse der Kompetenz ihrer Mitarbeiter und entwickeln betriebsinterne Formen der Partizipation, die sich unabhängig von Weiterbildungsprogrammen zum Beispiel der Gewerkschaften entwickeln. Arbeitsplatznahe Weiterbildung könnte selbst in Unternehmen Hierarchien abflachen und den Arbeitnehmern ermöglichen, selbstbestimmter zu arbeiten. Dem steht allerdings entgegen, daß sich mit dem höheren Platz in der Produktionshierarchie auch die Chancen, an Weiterbildung teilzunehmen, erhöhen.

Partizipation an der Regelung öffentlicher Angelegenheiten außerhalb der Erwerbsarbeit könnte sich nicht nur als wichtiges politi-

ches Gestaltungsfeld erweisen, sondern auch als Bereich mit hoher Lernintensität, der über eine ökonomische Verwertbarkeit hinausgeht und hilft, daß der Privatmensch in sich den Citoyen entdeckt. Die in Feldern außerhalb der Erwerbsarbeit ausgeübten Tätigkeiten enthalten vielfältige Lernerfordernisse und insofern ist es auch unter der Perspektive der Lernkultur notwendig, ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten hinsichtlich der Lernhaltigkeit der dort praktizierten Tätigkeiten zu werten und aufzuwerten und selbst in den finanziellen Konsequenzen für den einzelnen Bürger zu überprüfen. Auch politische Bildung wäre danach tätigkeitsintegriert zu leisten. Insofern sind Bewegungen wie die »Agenda 21«, »Innoregio«, »Lernende Region« auch von hohem bildungspolitischen Interesse. Die Mißachtung solcher Bewegungen verschenkt nicht nur Partizipations-, sondern auch Bildungsmöglichkeiten. Als Mangel erweist sich gegenwärtig die geringe Ausstattung ostdeutscher Regionen mit korporatistischen Strukturen (Vereine usw.) und die nachlassende Bereitschaft, sich an einem bürgerschaftlichen Engagement zu beteiligen.

Es ist offensichtlich, daß Bildung zur Ware wird, die marktförmig konzipiert und konkurrierend auf einem Markt realisiert wird (Lohmann, Rilling 2002). Die Orientierung auf die Selbstorganisation des Bürgers in bezug auf seine Bildung macht das Individuum (einschließlich der Kinder) zu einem Kunden, der zwar seinen Bildungserwerb selbst steuert, ihn aber zugleich in allen Belangen (Preis der Bildung, Angebot der Bildung, Kompatibilität der Bildung, Finanzierung) den Marktmechanismen unterwirft. Über Bildung zieht sich schon jetzt ein Gespinnst ökonomischer Operationen (Kreditierung von Bildung, Vorsorgesparen für Bildung, Bewertung der Bildungsaufwendungen in bezug auf spätere Rendite), die Bildung im Sinne des Wortes zu einem kulturellen Kapital werden lassen.

Es müßte ein Wesensmerkmal alternativer *demokratischer Bildungspolitik* sein, auf einen kostenfreien Zugang zumindest zu den Bildungsinstitutionen der Allgemeinbildung, wozu auch der Kindergarten gehört, und eine kostenfreie Lernunterstützung für ein selbstorganisiertes Lernen, zum Beispiel mit der schulischen Lernhilfe zu insistieren, die in den Handlungsbereich der Lehrer gehört. Es wäre in der öffentlichen Diskussion auszuhandeln, welche Dienstleistungen marktförmig oder partiell marktförmig sein könnten und welches auf keinen Fall sein dürften, wenn Chancengleichheit, die auch zu den Essentials der Lernkulturen einer Zivilgesellschaft gehört, nicht verletzt werden soll.

Ergänzende Literatur:

- Delors, J. (1997): Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert, Brüssel.
- Dohmen, G. (1996): Das lebenslange Lernen. Leitlinien einer modernen Bildungspolitik, Bonn
- Faure, E. et al. (1973): Wie wir leben lernen. Der UNESCO-Bericht über Ziele und Zukunft unserer Erziehungsprogramme, Reinbek
- Lohmann, I., Rilling, R. (Hrsg.) (2002): Die verkaufte Bildung, Opladen
- Voß, G. G., Pongratz, H. J.: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der »Ware Arbeitskraft«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998), S. 131-158
- Zymek, B. (1996): Der Stellenwert des deutschen Einigungsprozesses in der Bildungsgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: W. Helsper, H. H. Krüger, H. Wenzel (Hrsg.) Schule und Gesellschaft im Umbruch. Bd 1: Theoretische und internationale Perspektiven, Weinheim, S. 29-47.

Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm »Lernkultur Kompetenzentwicklung« hat das Ziel, zur effektiveren Ausgestaltung der Strukturen kontinuierlichen Lernens beizutragen.« (Johannes Sauer, in: Kompetenzentwicklung 2002, a. a. O., S. 435)

Bürgerschaftliche Partizipation als essentieller Inhalt der Lernkultur einer modernen Zivilgesellschaft wird ein Verhältnis zu einem anderen Prozeß finden müssen, der auch unübersehbar ist: das Warenförmigwerden von Bildung.

STEFAN BOLLINGER

Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft

Auch dreizehn Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit fremd im eigenen Land: Ob fehlende Einkommensangleichung, minimaler Anteil am Produktiv-, Immobilien- und Geldvermögen, westdeutsche Chefs in Unternehmen und Büros. Nicht zuletzt sind die ostdeutschen Intellektuellen *ausgegrenzt*. Die Abwicklung liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück, die letzten Wissenschaftlerintegrationsprogramme haben ihr Leben ausgehaucht. Also Schwamm drüber, vergeben und vergessen? Nein, den westdeutschen Intellektuellen und ihren ostdeutschen Helfern muß immer wieder der Spiegel vorgehalten, bei ihren ostdeutschen Ex-Kollegen die Apathie angegangen und zumindest den ostdeutschen Politikern nahegebracht werden, daß sie immer noch in der Pflicht stehen.

Bislang sind intellektuelle Debatten des vereinten Deutschlands westdeutsche Debatten. Geht es um Facetten der NS-Geschichtsaufarbeitung, den Rechtsextremismus und das NPD-Verbot, Antisemitismustreite der Bubis, Walser, Möllemann und Friedman, die historische Mitte Berlins oder »Krieg gegen den Terror«, so melden sich fast ausschließlich Westdeutsche ebenso selbstbewußt wie gelegentlich rechthaberisch zu Wort. Selbst originär ostdeutsche Probleme – nach rechts driftende Jugendliche, DDR-Vergangenheitsbewältigung und Stasi-Akten – sind eher Sache der Westdeutschen. Meinungsforscher und wohl auch Politiker wissen zwar inzwischen, daß der Osten »anders tickt« und jenes »sozial-demokratische« Grundbewußtsein (Reißig) zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Angleichung der Lebensverhältnisse die Ostdeutschen etwas störrisch im gesamtdeutschen Einheitsbrei macht, aber dem wird offensiv begegnet. Detlef Pollack diagnostiziert: »Wo die Ostdeutschen gar Kritik am Westen üben, kann es sich in den Augen vieler Westdeutscher dabei nur um den Versuch handeln, die DDR-Vergangenheit aufzuwerten. Man hält die Ostdeutschen für illegal. Sie hätten ihre Demokratiefähigkeit noch nicht glaubhaft unter Beweis gestellt. Wo der Fremde nicht die Gesamtheit der einheimischen Zivilisations- und Kulturmuster als natürliche und angemessene Lebensform übernimmt und ›als die beste aller für jedes Problem möglichen Lösungen‹ akzeptiert, wird er undankbar genannt. Auch wenn er nur einer leichten Irritation Ausdruck verleihen wollte, spricht man ihm das Recht ab, die eigene Gesellschaft zu beurteilen.«¹ Es ist natürlich ein ostdeutscher Sozialwissenschaftler, der sich so unverstanden fühlt. Andere lassen eh nur »Arbeiten wie bei Honecker und leben wie bei Kohl«² gelten.

Stefan Bollinger – Jg. 1954; Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; Dozent in der Erwachsenenbildung. Mit Ulrich van der Heyden und Mario Keßler Sprecher der »Initiative Sozialwissenschaftler Ost«. Wichtige Publikationen: (mit Fritz Vilmar Hrsg.) Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen (2002); (mit Ulrich van der Heyden Hrsg.) Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland (2002). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration, Heft 148 (Februar 2003).

1 Pollack, Detlef: Wer fremd ist, sieht besser, in: Die Zeit, 42/2002, S. 11.

Die ostdeutsche »Abstinenz« steht für ein doppeltes Phänomen: dem nicht immer für westdeutsche Probleme aufgeschlossenen intellektuellen Zugang, mehr aber für den bewußten wie unbewußten Ausschluß der anders gearteten Landsleute mit der falschen Biographie im falschen Land. Immerhin werden Friedrich Schorlemmer und Daniela Dahn, Werner Mittenzwei und Wolfgang Engler, Willi Sitte und Volker Braun inzwischen zur Kenntnis genommen, finden gelegentlich Gehör in Talkshows und Feuilletons. Die Mehrheit der Ost-Intellektuellen bleibt aber auf ein Wissenschafts- und Publizistikbiotop einer »zweiten Wissenschaftskultur«³ zwischen Berliner Debatte INITIAL, Utopie kreativ, Comparativ, BISS Public, Berliner Journal für Soziologie, Freitag, Blättchen, WeltTrends oder Hochschule ost reduziert. Das Offensein für gesamtdeutsche wie internationale Diskussionen, ebenso wie gelegentliche Lehraufträge und ausnahmsweise Festanstellungen im Wissenschaftsbetrieb ändern nichts an der Außenseiterrolle produktiver und streitbarer Intellektueller. Läßt man die Publikationslisten ostdeutscher sozialwissenschaftlicher Vereine und einzelner Wissenschaftler Revue passieren, wird zumindest Ostdeutschen klar: Wenn sie unter schlechten, extrem unsicheren Bedingungen so kreativ, selbstkritisch und kritisch sind, was würden sie erst unter optimalen Bedingungen leisten! Nur Zyniker schlössen, daß erst miese Bedingungen geistige Höhenflüge ermöglichen.

Zu den erfreulichsten Tatsachen im Umfeld der verloren gegangenen DDR-Sozialwissenschaftler gehört, daß diese Frage bis heute nicht völlig in Vergessenheit geraten ist. So brachen kürzlich prominente, einst vor der Hitlerbarbarei emigrierte Historiker eine Lanze für ihre Kollegen. Das bestätigt trotz aller Skepsis, daß Stillhalten und Schweigen nicht adäquater Widerstand sein können. Berechtigt beklagen die Emigranten: »Elf Jahre nach der staatlichen, von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, aber auf gleichberechtigter Basis erhofften Vereinigung des Landes ist die intellektuelle ›Infrastruktur‹ in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher, als sie es je in der Zeit der Teilung war. Trotz Umbaus und Neugründungen von Hochschulen und anderen Einrichtungen ist in den neuen Bundesländern eine die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht kaum mehr wahrnehmbar. Die Gründe dafür liegen vor allem in der rigorosen Entfernung ostdeutscher Intellektueller aus ihren bis 1989 ausgeübten akademischen Berufen; eine Entfernung, die weit über die erforderliche Erneuerung und den einigungsbedingten notwendigen Umbau der Wissenschaftslandschaft hinausging.«⁴

Warum sind sie von der Bildfläche verschwunden?

Man mag es drehen wie man will: Nach dem 3. Oktober 1990 wurde in den neu gewonnenen Bundesländern durch die obsiegende westdeutsche Seite der Kalte Krieg erfolgreich beendet. Nicht zuerst die Unzufriedenheit der DDR-Bürger – von einigen frustrierten Bürgerrechtlern abgesehen – mit ihrem fehlgelaufenen staatssozialistischen System, sondern die Mentalität der neuen »Sieger der Geschichte« bescherte Ostdeutschland die Überstülpung der ebenso bewährten wie reformbedürftigen West-Strukturen. Helmut Wiesenthal

2 Vgl. Roethe, Thomas: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999.

3 Siehe anschaulich Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft in der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 11/2002, S. 1016-1034.

4 Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer ..., in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. September 2002, S. 4 (Anzeige).

5 Wiesenthal, Helmut: Grundlinien der Transformation Ostdeutschlands und die Rolle korporativer Akteure, in: Ders. (Hrsg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt/M. – New York 1995, S. 10.

6 Hier wurden nach einem bereits bei früheren Studien verwendeten Schema 4.587 Spitzen-Positionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Finanzwirtschaft, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Justiz, Wissenschaft, Massenmedien, Kultur, Kirchen, zentrale Organisationen und Militär ausgewählt und interviewt. 2.341 Funktions-träger antworteten. Diese Zahl ist hier die Bezugsgröße. Siehe Machatzke, Jörg: Die Potsdamer Elite-studie – Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Bürklin, Wilhelm, Rebenstorff, Hilke u. a.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 35-68.

7 Vilmar, Fritz: Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten, in: Ders. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000, S. 88; vgl. Dümcke, Wolfgang, Vilmar, Fritz: Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung, in: Dies. (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996, 3. Aufl., S. 13.

8 Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996, 2. Neubearb. u. erw. Aufl., S. 106.

lakonisch: »Finanztransfer, Institutionentransfer und Akteurssubstitution – diese drei Begriffe erscheinen als angemessene Beschreibung des Grundmusters eines mit großer Zielsicherheit und souveräner Mittelkompetenz betriebenen Systemwechsels.«⁵ Vor allem vollzog sich – im Vergleich zu den anderen Transformationsstaaten Osteuropas einmalig – der Austausch der Eliten. Wir vergessen dabei nicht, daß die Mehrzahl der Ostdeutschen, nicht aber die Mehrzahl der Intellektuellen, den Anschluß wollte. Die Abwicklung der Ost-Intelligenz wurde von der Mehrheit ihrer Landsleute zumindest toleriert.

Wenn die Potsdamer Elitenstudie von Wilhelm Bürklin u. a. 1995 feststellt, daß die Ostdeutschen an der gesamtdeutschen Elite⁶ nur mit 11,6 Prozent beteiligt sind, dann dürfte Fritz Vilmar recht haben, daß »kein Strukturbruch die soziale Liquidation von drei Viertel der ostdeutschen Wissenschaftler rechtfertigen kann«⁷, was ebenso für viele andere Bereiche zutrifft. Der Soziologe Rainer Geißler drückt es gefälliger aus, wenn er von der »partielle(n) westdeutsche(n) Überschichtung Ostdeutschlands«⁸ spricht und folgert: »Man könnte versucht sein, das vereinte Deutschland als Zwei-Klassen-Gesellschaft, die Ost-West-Kluft als einen regional verankerten Klassengegensatz zwischen einer dominanten ›Westklasse‹ und einer subordinierten ›Ostklasse‹ zu begreifen.«⁹ Lenin und Stalin wären stolz auf ihre Klassengegner, so radikal und umfassend haben sie Elitenwechsel nach Revolutionen nie vollziehen können.

Aus westdeutscher Sicht war das nur notwendig. Arnulf Baring unterstellte »verzweigte« Menschen: »Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar.«¹⁰ Wolf Jobst Siedler befand, daß der Osten geschichtsbedingt »eine von Elite entleerte Region«¹¹ sei. Selten ist jemand so offen wie der Historiker Michael Wolffsohn: »Politische Schuld ist nicht justitiabel. Soll Vergangenheit politisch bewältigt werden, muss eine Mindestvoraussetzung erfüllt sein ... der Austausch der politischen Führungskräfte. Das bedeutet: Wer vor der Wende wo auch immer und aus welchen Gründen auch immer an welchem politischen Hebel auch immer saß (und nicht kriminell schuldig wurde), muss abtreten ... Jeder Körper bedarf der Hygiene: der Körper des einzelnen Menschen ebenso wie der Körper der Gesellschaft. Nach einer Wende entspricht der Wechsel des Personals den hygienischen Anforderungen.«¹² Das wurde durchgezogen – von Politbüro und Regierung – was unstrittig war – bis zur Parteigruppe und dem letzten Wissenschaftsbereich, der untersten akademischen Struktureinheit.¹³

Selbst nüchterne Politologen wie Klaus von Beyme loben »negative Kaderpolitik« und »Anti-Nomenklatura-Politik« in der Illusion, daß ein radikaler Elitenaustausch Demokratisierung befördere.¹⁴ Für alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR sollte gelten: »Ostdeutschland mußte noch einmal vollziehen, was alle Deutschen gemeinsam 1945 hinter sich gebracht hatten: unconditional surrender.«¹⁵ Bedingungslose Kapitulation in einem nicht erklärten Krieg – die Verlierer unterliegen der Gnade der Sieger!

Es geht nicht einfach um die Kritik unvermeidlicher Betriebsunfälle, die bei einem einmaligen Transformationsprozeß auftreten,

sondern um Kritik an der grundsätzlichen Entscheidung gegen Intellektuelle, die als marxistisch verseucht, sozialistisch orientiert und insgesamt lernunfähig eingestuft werden. Insofern ist der selbstkritische Rückblick Jürgen Kockas hilfreich, »daß da des Guten zuviel getan worden ist und daß wir mehr Abbruch von produktiven und auch langfristig interessanten Traditionen der DDR-Wissenschaft gehabt haben, als nötig und wünschenswert gewesen.«¹⁶

Zumal es weniger jene Wissenschaftler und Wissenschaftsfunktionäre traf, die aus Überzeugung oder aus anderen Gründen in der DDR politische Verantwortung trugen – auch für Irrtümer, Fehler und Menschenrechtsverletzungen. Denn diese Gruppe resignierte weitgehend im demokratischen Aufbruch des Herbst '89 und der Folgezeit oder geriet aus den eigenen Kollegenreihen unter Beschuß und schied aus, zumal sie meist dicht vor der Rente stand. Betroffen ist vielmehr die »Generation der Übersprungenen« (Liedermacher Gerhard Gundermann). Sie war zur Wende 35 bis 45 Jahre alt, hat selbst entscheidend die ewigen Wahrheiten mit erschüttert, kritisch das System hinterfragt und – das ist ihr »Makel« – zu lange an eine reformierbare und reformierte DDR geglaubt und der deutschen Einheit skeptisch gegenüberstanden.

Der Elitenaustausch ist gelungen. Auch wenn die Zahlen heute bewußt verschleiert werden und so auch die hier wie in unserer Studie¹⁷ verwendeten Werte angreifbar sind, bleibt die Tendenz doch unleugbar: Je nach Institution und Fachrichtung sind vom einstigen DDR-Personal an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen noch 10 bis 40 Prozent verblieben. Von 39 000 Mitarbeitern 1989/90 waren Mitte der 90er Jahre 11 700 im Mittelbau vorhanden, 5 000 auf gesplitteten und 3 000 auf Kurzarbeitsplätzen. Insgesamt wurden 10 000 Personen entlassen (abgesehen von den Regelungen zu vorzeitigem Altersübergang oder eigener Kündigung). Nur 2 000 ostdeutsche Wissenschaftler wurden auf Professuren berufen, fast ausschließlich auf geringer ausgestattete C 3-Stellen. Weitere 2 300 Professoren wurden übernommen, in der Regel auf personenbezogenen Stellen, die sich mit Erreichen der Altersgrenze erledigen. 5 000 Professoren sind ausgeschieden.¹⁸

Um die Lücken nach den Kündigungen zu schließen, erfolgte eine massive »Blutzufuhr« aus dem Westen: Allein für 1994 bis 1999 belegen lückenhafte Untersuchungen, daß von 1 878 von ostdeutschen Universitäten ausgesprochenen Hochschullehrer-Berufungen 1 774 in den Westen und nur 104 in den Ostteil des Landes gingen. Nur 17 Ostdeutsche bekamen einen Ruf an westdeutsche Universitäten.¹⁹ Es bleibt anzumerken, daß auch in den außeruniversitären Bereichen die frappierende Disproportion auffällt.²⁰

In den »staatsnahen« sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen wurde weit radikaler als in den anderen Fächern aufgeräumt, so daß die Eliminierungsquote von DDR-Professoren von 60 Prozent (1993) noch weit überboten wird.²¹ 1995 sollen sich von 428 Professoren in diesen Fächern 229 aus dem Westen (65 %), 119 aus dem Osten (33,5 %) und 6 aus dem Ausland (1,5 %) rekrutiert haben. Dazu kamen damals noch 78 Hochschullehrer alten Rechts und im Überhang. 73 Prozent der Dekane und Institutsdirektoren hatten ihre Heimat im Westen. Diese Relationen dürften sich kaum verbessert

9 Ebenda., S. 373.

10 Baring, Arnulf: Deutschland, was nun? Berlin 1991, 2. Aufl., S. 59.

11 Siedler, Wolf Jobst: Sagen Sie mal, Wolf Jobst Siedler ... haben Sie schon einen Internet-Anschluss?, in: Focus. München, Heft 22/1996, S. 66-70.

12 Wolffsohn, Michael: Doppelte Vergangenheitsbewältigung, in: Sühl, Klaus (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung 1945-1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1994, S. 40 ff.

13 Am 4. und 10. September 1990 – also noch vor Abschluß des Einigungsvertrages – erließ der Bundesinnenminister Richtlinien über die »Einstellung von Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung im Beitrittsgebiet in ein Bundesbeamtenverhältnis« sowie »Übergangsregelungen des Einigungsvertrages für den öffentlichen Dienst«. Zur Praxis dieses Prozesses vgl. Schäuble, Wolfgang: Der Einigungsvertrag in seiner praktischen Bewährung. In: Deutschland-Archiv, Heft 3/1992, S. 239; Lieberam, Ekkehard: Die Säuberung des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland, in: Schmidt, Max (Leiter Autorenkollektiv): Einigungsvertrag – Muster ohne Wert?, Berlin 1993; Groß, Hermann: Säuberung oder Kontinuität. Fragebögen zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in den neuen Ländern, in: BISS public, Heft 20 (1996).

14 Beyme, Klaus von: Regime Transition and Recruitment of Elites in Eastern Europe, in: Governance: An International Journal of Policy and Ad-

ministration, Cambridge, No. 3/1993, p. 409-425.

15 Ders.: Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuten Sonderweges: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme, in: Berliner Journal für Soziologie, 3/1996, S. 309.

16 Historiker als Vordenker der Vernichtung. Ein Gespräch mit Jürgen Kocka über Auschwitz und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Sozialismus 9/1999, S. 21; kritisch dazu Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Des Guten zuviel getan? – nun ja, Kollege Kocka, in: Neues Deutschland, 30./31. 10. 1999.

17 Siehe ausführlich Bollinger, Stefan/van der Heyden, Ulrich (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002; vgl. Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

18 Siehe Eppelmann, Rainer: Eröffnung, in: Protokoll der 12. Sitzung: Öffentliche Anhörung: Wissenschaft und Bildung in der DDR – politische Instrumentalisierung und deren Folgen heute. (22. April 1996 in Berlin), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«. (13. Wahlperiode), Bd. IV/1, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1999, S. 104/105.

19 Siehe Hecht, Arno: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der

haben.²² Ein westdeutscher Beobachter stellt fest: »War die Vereinigung auf staatlichem Terrain ein *Anschluß* des Ostens an den Westen, so sollte sie sich im Bereich der ... Geistes- und Sozialwissenschaften unter dem Strich noch nicht einmal als das erweisen. Hier stellte sie sich in erster Linie als *Ausschluß* heraus.«²³ Im Wintersemester 1989 lehrten an den vier juristischen Sektionen in der DDR 123 Hochschullehrer. 1994 fanden sich darunter gerade noch 18 Ostdeutsche; von ehemals 210 wissenschaftlichen Mitarbeitern waren gerade noch 22 vorhanden. In der Soziologie hatten immerhin 11 der 53 Professoren (Stand 1997) an ostdeutschen Universitäten in der DDR promoviert oder habilitiert, also etwa jeder Fünfte.²⁴

Als individueller Ausweg – insbesondere für die Akademie der Wissenschaften – wurde zunächst das *Wissenschaftlerintegrationsprogramm* (WIP) gepriesen. Die hier erfaßten waren im Prozeß der Evaluierung durch die alt-bundesdeutsche Zunft grundsätzlich positiv bewertet worden. Dieses Programm lief Ende 1996 aus. 1994 wurden statt der vorgesehenen 2000 lediglich 1511 Personen befristet gefördert. Damit sollte ihre Anstellung vor allem an ostdeutschen Universitäten erreicht werden. Dabei zeigte sich, daß der drastische Stellen- und Finanzabbau, aber auch die Engpässe und Vorbehalte im Westen kaum Gelegenheit für einen neuen Start boten. Erhebliche Bemühungen seitens der Betroffenen wurden unternommen, in der einen oder anderen Weise nach dem Stichtag eine Förderung oder gar eine Festanstellung zu bekommen. Von den zum Schluß 1332 geförderten Personen waren 233 dauerhaft beschäftigt, 570 befristet (zwischen 3 Monaten und 4 Jahren) und 66 »sozialverträglich ausgeschieden«, 449 gingen in die Arbeitslosigkeit.²⁵ Zum Jahresende 2000 liefen die letzten ca. 200 geförderten Stellen aus, in Berlin war zum Beispiel der Senat nicht bereit, für diesen Personenkreis 13 Millionen DM bereitzustellen.²⁶

Warum braucht das vereinte Deutschland ostdeutsche Sozialwissenschaftler?

Letztlich kann und muß diese Ausgrenzung und Ausschaltung der ostdeutschen Sozialwissenschaftler beklagt werden. Ist diese Klage aber allein schon Grund, etwas dagegen zu unternehmen? Sicher nicht. Es ist nach Gründen zu fragen, die für die gesamtdeutsche Gesellschaft ihre bewußte Integration erforderlich machen. Wohlgermerkt ist dieses Problem auch nicht mit Verweis auf die nachwachsende Generation junger Studenten und Doktoranden zu beantworten.²⁷ Denn sie sind wesentlich von den nun vorherrschenden West-Kollegen sozialisiert und determiniert, müssen sich dem *gesamt-*, also *west-*deutschen Diskurs anpassen und werden dies aus Einsicht oder vor allem aus mangelnder Alternative auch müssen. Schließlich haben sie keine andere Chance und merken beim Start ihrer Wissenschaftlerkarriere schnell, daß eigene Seilschaften fehlen, sie bestenfalls in westdeutsch dominierte hingeraten können und die für ihre ostdeutsche Erfahrungswelt – so sie sich denn als »Zonenkinder« (Jana Hensel) oder künftig »Zonenenkel« verstehen – recht wenig übrig haben.

Zuallererst wäre es die Wahrnehmung sozialer und wissenschaftlicher Verantwortung für den Erhalt eines ostdeutschen Anteils unter

den Wissenschaftlern. So könnte die Dominanz westdeutscher Kollegen im Osten bedingt korrigiert und generell der Wissenschaftler-Anteil an der ostdeutschen Bevölkerung erhöht werden, der nur bei einem Drittel des westdeutschen liegt.²⁸ Zugleich wäre die »Retung« junger bzw. jüngerer Wissenschaftler aus dem Osten ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Politik des Zusammenwachsens von Ost und West. Ob dies mit Integrationsprogrammen in den vorhandenen universitären und Forschungsstrukturen möglich ist oder in Gestalt zusätzlicher Institutionen, sei dahingestellt. Zu erinnern ist auch daran, daß der klassische Minderheitenschutz eigentlich die Frage nach Quoten aufwirft²⁹, die zwar für den deutsch-deutschen Einheitsstand hinreichend seltsam, nichtsdestoweniger aber sicher hilfreich wären, wenn nichts anderes greift. Vom Minderheitenargument abgesehen, das selbstredend generell die Rolle der Ostdeutschen im vereinten Deutschland berührt, sind diese Argumente natürlich nur moralischer Natur. Und nicht nur beim Fressen, auch bei Stelleneinrichtung wie Vergabe fällt die Moral normalerweise hinten runter. »Knappe Kassen« erschlagen sowieso alle Diskussionen zum Thema, so es denn als berechtigt angesehen wird.

Konsequenterweise ist danach zu fragen, was denn jenseits der moralischen für andere politische und inhaltliche Argumente vorhanden sind, die nach der Zerschlagung nun eine »bevorzugte« Behandlung der ostdeutschen Wissenschaftler/innen begründen könnten.

Das sind *erstens* die besonderen Kenntnisse der ostdeutschen Spezifik, ihrer geschichtlichen und mentalen Bedingungen durch diejenigen, die selbst aus dieser Gesellschaft hervorgegangen sind. Das ist nicht nur angesichts der westdeutschen Deutungshoheit über ostdeutsche Geschichte und Biografien wesentlich, es wäre auch Antwort auf den Umstand, daß nur noch an einem Drittel der Hochschulen Lehrveranstaltung zur DDR-Geschichte angeboten werden³⁰ und selbst an den Schulen dieses Thema bereits aus dem Horizont von Lehrern wie Schülern verschwunden scheint.

Zweitens belegen vielfach gewonnene Erfahrungen, daß ostdeutsche Wissenschaftler an ostdeutschen wie Berliner Universitäten und Hochschulen von den Studierenden »angenommen«, ja sogar als Mittler zwischen ihnen und zumeist aus dem Westen stammenden administrativen Führungspersönlichkeiten anerkannt werden, dies gilt generell für alle Herausforderungen der politischen Bildung.

Sie besitzen *drittens* die intellektuellen wie emotionalen Voraussetzungen für ein kritisches und helfendes Umgehen mit der EU-Osterweiterung, um so den Anspruch Ostdeutschlands auf eine Brückenfunktion in Richtung Osteuropa und Rußland auszufüllen.

Nicht zu unterschätzen sind *viertens* ihr sehr spezifisches Wissen und die subjektiven Erfahrungen aus dem Transformationsprozeß, der für Krisenbewältigung und erforderliche neue Wege auch des vereinten Deutschland nutzbar gemacht werden sollte. Hier wären Ostdeutsche keine pflegeleichten, aber – so sie ernstgenommen würden und sich selbst gegenüber ehrlich blieben – kreative Mitstreiter.

Fünftens sind Ostdeutsche nicht nur ausgewiesen wegen ihrer quellenorientierten Forschungen vom Mittelalter bis zur Zeitgeschichte, sondern vertreten jene oft vermeintlichen »Orchideen-

Einheit, in: hochschule ost, Heft 1-2/2000, S. 216, Tabelle 1.

20 41 600 westdeutschen Mitarbeitern in Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, den Großforschungs- und Blaue Liste-Einrichtungen stehen 7 900 ostdeutsche gegenüber, was, gemessen an den Bevölkerungsanteilen, ein Minus von 8 320 Stellen bedeutet (1999). Siehe Jahnke, Ulli: Backwash?! Zehn Jahre »Wissenschaftseinheit« – Überlegungen zur Diskussion, in: Forum Wissenschaft, Marburg 4/1999, S. 20, eigene Berechnungen.

21 Meyer, Hansgünter: Hochschulen im Wandel – Richtungen, Holzwege, Zukunftschancen, in: UTOPIE kreativ, Heft 126 (2001), S. 331, Tab. 1.

22 Siehe Pasternack, Peer: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung »Geisteswissenschaften in der DDR«, Konstanz 1990, Leipzig 1996, S. 175 f.

23 Feldner, Heiko: Politischer Umbruch und Geschichtswissenschaft in Deutschland. Gedanken zur Debatte, in: Gesellschaft und Geschichte, Heft 1/1996, S. 93.

24 Siehe Kaube, Jürgen: Soziologie, in: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 297.

25 Siehe Ruben, Peter: Vom Ende einer Hoffnung. Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu

ihrem Thema, in: Berliner Debatte. INITIAL, Heft 1-2/1997, S. 171, 177.

26 Siehe Bundschuh, Karin: Wissenschaftlerkarrieren auf Wiedervorlage. Erneut bängen die ehemaligen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften um ihre Förderung, in: Berliner Zeitung, 11. August 2000, S. 14.

27 Siehe Zimmermann, Karin: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in: hochschule ost, Heft 3-4/1999, S. 171-194.

28 Vgl. Scheich, Henning: Forschungsspagat in Ostdeutschland. Zu wenig Kooperation mit der Industrie, in: Erziehung & Wissenschaft, Heft 11/2002, S. 14.

29 Siehe Crome, Erhard: Ossi-Quote, in: Das Blättchen, 4/2001, S. 5-6.

30 Siehe ausführlich: Pasternack, Peer: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990-2000, Wittenberg 2001.

31 Siehe Bollinger, Stefan/Heyden, Ulrich van der/Keßler, Mario: Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: hochschule ost, Heft 3-4/2000, S. 195-203.

fächer«, deren Fehlen sich auch gesamtdeutsch negativ bemerkbar macht. Das betrifft Osteuropastudien oder die sogenannten Regionalwissenschaften, wie Orient-, Afrika-, Lateinamerika- und Asienwissenschaften oder Forschungsgebiete wie den ehemaligen sowjetisch-mittelasiatischen Raum, die gerade in der Gegenwart mehr denn je im Fokus stehen. Ebenso unverzichtbar müßte eine jenseits von Hagiographie betriebene Geschichte der Arbeiterbewegung sein oder ein kritisch-aufgeschlossener Umgang mit marxistischen Theorien, die nach der Pensionierung der letzten 68er auch im Westen zur *terra incognita* verkommen werden.

Dazu gehören *sechstens* aber auch die heute aus dem breiten gesamtdeutschen Diskurs marginalisierten Zugänge wie die Beschäftigung mit dem bürgerlichen Revolutionszyklus ebenso wie die Präsenz eines undogmatischen marxistischen Ansatzes; Denkschulen, wie sie Jürgen Kuczynski und Hans Mottek in der Wirtschaftsgeschichte oder Walter Markov und Manfred Kossok in der Revolutionsgeschichte vertraten.

Wir übersehen nicht, daß das Ausschalten der Ostwissenschaftler einherging mit dem neoliberalen Umstrukturieren der westdeutschen Wissenschaftslandschaft – die Beseitigung von Langfristorientierung, Fächerumstrukturierung und radikale Fächerreduzierung zugunsten vordergründigen Kosten-Nutzen-Denkens. Gleichzeitig sehen wir im gesamtdeutschen Zerstören von Wissenschaftsstrukturen generell Gefahren für die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft, auch wenn wir hier auf die Sozialwissenschaften verweisen. Insellösungen könnten beispielgebend wirken, um Fehlentwicklung auch gesamtdeutsch zu korrigieren.

Wie kann eine Reintegration bewerkstelligt werden?

Wir haben in den letzten Jahren versucht, Ideen in die Diskussion einzubringen, die allesamt politische Bereitschaft, bildungs- wie finanzpolitischen Willen benötigen, um durchgesetzt zu werden. Aus unserer Sicht müßten folgende Punkte³¹ bei der Auflegung eines »Rettenungsprogramms« für die Geistes- und Sozialwissenschaften berücksichtigt werden. Aus diesem Bereich betrifft es einen Kreis von ca. 200 Personen (das wären 10 % derjenigen, die durch das WIP gefördert wurden) zwischen 40 und Ende 50, der besonderer Unterstützung bedarf.³²

- Ein Weg wäre die Übernahme von Wissenschaftlern in einen zu schaffenden kw-Pool (kw – kann weg) eines »Rettenungsprogramms« durch Bewerbung sowie den Nachweis wissenschaftlicher Tätigkeit, inklusive geeigneter Gutachten.

- Die Bewerbungsunterlagen prüft ein unabhängiges Experten-Gremium, in dem auch ausländische Wissenschaftler angemessen vertreten sein sollten.

- Die Bewerbung erfolgt zunächst projektunabhängig, weil ansonsten wieder der Zwang nach Ausrichtung der Bedürfnisse der Trägerinstitution überwiegt. Dennoch sollten alle Bewerber auf Grund ihrer Wissenschaftsprofile einen groben Arbeitsplan für die nächsten zehn Jahre bzw. bis zum Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben einreichen.

- Die in das Programm aufgenommenen Wissenschaftler werden an Universitäten oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen an-

gebunden. Sie nehmen ihre kw-Stellen mit, sollten sie sich an anderen Universitäten, an einer öffentlich geförderten Hochschule oder einer außeruniversitären Forschungseinrichtung erfolgreich bewerben.

- Es ist zu überlegen, ob die geschaffenen kw-Stellen bei entsprechender Qualifizierung der Inhaber (wovon i. d. R. ausgegangen werden kann) als »Assistent Professor« oder in einer ähnlichen Form an den Universitäten existieren können. Denkbar wären auch wissenschaftliche Dauerstellen in der Form Akademischer Räte oder Oberräte (mit oder ohne Professorentitel). Nachzudenken wäre auch, ob neben den Lehrstuhl-Professuren auch Professuren mit vollem Lehrauftrag bzw. mit Lehrauftrag, wie sie in den ersten Jahren der DDR an den Universitäten üblich waren, eingeführt werden.

- Der Stellenpool kann nicht nur durch die Universitäten, sondern auch durch außeruniversitäre Forschungszentren und -institute genutzt werden. Entsprechende Möglichkeiten werden zur DDR- und Ostdeutschland- sowie Osteuropa-Forschung an allen ostdeutschen und ausgewählten westdeutschen Universitäten wieder eingerichtet oder neu etabliert. Gleichzeitig werden Arbeitsbedingungen auch für andere Geistes- und Sozialwissenschaftler geschaffen.

- Die Aufnahme in das Programm verpflichtet die Wissenschaftler, sich für die Einwerbung von Sachkosten (Reisekosten, Druckkostenzuschüsse u. dgl. m.), wie alle anderen Wissenschaftler auch, einzusetzen.³³

- Überlegenswert ist auch die Einführung einer »Ost-Quote« an den Wissenschaftseinrichtungen, die zumindest in den neuen Bundesländern und Berlin einen dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil Ostdeutscher langfristig sichert. Diese Entscheidung kann für einen längeren Zeitraum, aber befristet getroffen werden.

- Genauso denkbar sind die Einrichtung einer Stiftungs-Hochschule oder adäquater Institute, Sonderforschungsbereiche o.ä., die der besonderen Lage der Zielgruppe des Programms Rechnung tragen. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen mit seiner Durchmischung der Mitarbeiter stellt von Anspruch und Struktur her ein Lösungsmuster dar.

- Parallel erfolgt die Förderung außeruniversitärer, zivilgesellschaftlich eingebundener Wissenschaftsstrukturen vorrangig ostdeutscher Wissenschaftler (ähnlich BISS, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg u. ä.), die unmittelbar Analysen der ostdeutschen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft erstellen sowie zur DDR- und gesamtdeutschen Geschichte arbeiten.

- Besondere Förderung erhalten Netzwerk-Projekte ostdeutscher Wissenschaftler/innen.

- Schließlich bieten sich die Institutionen der Politischen Bildung als solche Auffangstrukturen an.

Ideen sind weiterhin gefragt, vor allem aber die Bereitschaft der Politik, sich diesen Fragen inhaltlich und finanziell zu stellen. Wir übersehen auch nicht, daß der betroffene Personenkreis sich dazu von Skepsis und Resignation befreien muß.

Ein solches »Rettungsprogramm« versteht sich nicht als Gewährung eines »Gnadenbrotes« für noch aktive ostdeutsche Wissenschaftler, sondern als Beitrag für die deutsche Einheit. Insofern ist der Verweis auf kw-Stellen allein ein Zugeständnis an die bisherige

32 Zu den in Frage kommenden Kandidaten sowie ihrer Zahl verfügen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und damalige Mitarbeiter sowie das Archiv der Nachfolgeeinrichtung der Akademie der Wissenschaften, der Koordinierungs- und Abwicklungsinitiative (später: Koordinierungs- und Aufbauinitiative) in Berlin über Informationen und Erfahrungen.

33 Daneben ist lediglich an ein einmalig zu zahlendes geringes Sachmittel-Startkapital von ca. 3.000 € pro Geförderten gedacht.

Praxis. Auch andere Lösungen, die nicht den Geruch eines »Gnadenaktes« haben, sind wünschenswert. Letztlich geht es um eine personengebundene, zielgenaue und langfristige Förderung von Wissenschaftlern.

In Deutschland steht die gesamte Wissenschafts- und Hochschullandschaft vor überfälligen Reformen. Bislang wurden Entscheidungen im Großen, und oft auch im Detail, hinausgeschoben. Das hier aufgeworfene Problem nicht nur anzuerkennen, sondern es praktisch zu lösen, kann eine Signalwirkung für generelle Veränderungen haben. Auch dieser Effekt liegt im Interesse der Betroffenen wie der deutschen Wissenschaft insgesamt. Um den einleitenden Gedanken nochmals aufzugreifen: Die Erklärung zugunsten ausgegrenzter ostdeutscher Sozialwissenschaftler durch Emigranten von Hobsbawm bis Iggers, ausgewiesene Historiker unterschiedlicher politischer Couleur und allesamt weder Freunde des stalinistischen Sozialismus noch Apologeten der DDR und ihrer dogmatischen Sozialwissenschaften, sollte zu denken geben. Auch Rot-Grün hat die Lage der ostdeutschen Sozialwissenschaftler nicht verändert. Lehrstühle und Deutungshoheit haben – bis auf wenige Ausnahmen – westdeutsche Kollegen. Ein Umstand, der vielen Ostdeutschen bestätigt, nach wie vor Bürger 2. Klasse zu sein. Während heute wieder Rotkäppchen-Sekt und Thüringer Wurst einen Bezug zur eigenen Vergangenheit herstellen, bleibt das intellektuelle Umfeld bis auf wenige Ausnahmen westlich bestimmt.

Ohne Intellektuelle, die mit den Bürgern der Neufünfländer Erfahrungen gemein haben, die Westdeutsche so nicht machen konnten, wird die politische Kultur beider Deutschländer eher weiter auseinanderdriften denn zusammenwachsen. Wenn Wolfgang Thierse, Staatssekretär Catenhusen oder Abgeordnete von SPD, Grünen oder PDS diesen Umstand beklagen, aber gleichzeitig die leeren Kassen wie die Auflösung regulärer Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft bemühen, dann hilft das nicht weiter. Diejenigen Sozialwissenschaftler/innen, die sich seit 1990 mit befristeten WIP-Programmen, Projektstellen und als Privatgelehrte durchgehangelte haben und demokratische Lernfähigkeit, Kreativität und Wissenschaftsliebe bewiesen, brauchen Perspektiven. Politischer Wille zur Beseitigung dieses politischen Unrechts gegenüber jenen ostdeutschen Intellektuellen, die sich mit der DDR ob ihrer begrenzten Freiheiten schwer taten und nun erleben müssen, daß die Wissenschaftsfreiheit politischer Spätabrechnungen mit der DDR insgesamt und dem Finanzargument geopfert wird, ist hohe Zeit.

HORST DIETZEL

Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei

Die Richtungsentscheidung von Gera

Bereits vor der heißen Wahlkampfphase gab es bekanntlich deutliche Gegensätze zu Kurs und Profil der PDS. Ausgelöst wurde das nicht zuletzt durch die Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt. Einerseits wurde die PDS auf eine strikte Oppositionsrolle im Unterschied zu vorangegangenen Parteitagbeschlüssen festgelegt; andererseits wurde – nicht zuletzt durch die Zuspitzung des Wahlkampfes auf »Schröder oder Stoiber« – dieser Kurs teilweise wieder verlassen.

Mit dem Geraer Parteitag kam es zu einer klaren Richtungsentscheidung. Einschätzungen wie die nebenstehende sind zu pauschal und nicht stimmig. Außerdem handelt es sich hier um eine ungewöhnlich breite Definition von Marktliberalismus. Schaut man auf die politischen Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik seit ihrem Amtsantritt, so kam zunächst scharfe Kritik aus dem Unternehmerlager, von CDU/CSU, FDP und den Medien, daß die Regierungspolitik zu wenig marktliberal sei. Die Regierung befinde sich im »Würgegriff« der Gewerkschaften. Der Kanzler sei vom »Kanzler der Bosse« zum »Kanzler der Genossen« mutiert. Die SPD bemühe die Formel von der »sozialen Gerechtigkeit«, um strukturelle Reformen und damit Wachstum und Beschäftigung zu verhindern. Diese Kampagne zeigte, daß neoliberale Stimmungen und Meinungen bis tief in die Schichten der »Normal- und Geringverdiener« hinein existieren, die sich gegen die Regierung, insbesondere gegen die SPD, wendeten. Sie erreichte auch schnell Wirkungen bei großen Teilen der SPD-Spitze, vor allem beim Bundeskanzler. Die Vermögensteuer ist (vorerst) vom Tisch und mit einem Strategiepapier aus dem Kanzleramt wurde vieles nahezu ins Gegenteil verkehrt, was vorher gesagt wurde. In der Regierungspolitik ist nach wie vor keine klare Linie erkennbar. Das liegt in erster Linie daran, daß kein einigermaßen stringentes Konzept existiert.

Diese Gemengelage wird mit der Formel vom »Marktliberalismus der SPD« nicht erfaßt. Da es sich bei einem Parteitagsbeschuß der PDS nicht um Positionen in einem theoretischen Streit handelt, sind die Konsequenzen weitreichend. Eine lautet: Die Alternative zu einem Mitte-Links-Parteienbündnis sei jetzt ein »neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten, und jenen, die sich der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen«.² Hiermit verabschiedet sich die PDS aus parteipolitischen Konstellationen und orientiert sich auf ein »neues« gesellschaftliches Bündnis. Das erinnert stark an die Konzeption von der »anti-

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Über den »dritten Weg« zur »neuen Mitte«? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD, Heft 107 (September 1999)

»Mit dem Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktliberalismus, europaweit, fehlen wesentliche Voraussetzungen für ein traditionelles Mitte-Links-Parteienbündnis. In dieser Konstellation gibt es breiten Raum für eine eigenständige sozialistische Partei. Den haben wir bisher nicht hinreichend genutzt.«¹

»Man (kann) annehmen, daß trotz des Kompromißcharakters von Politik das Projekt von Schröder/Fischer auf jeden Fall wesentliche Elemente enthalten wird, die deutlich rechte Züge tragen

... Das Potential, das für eine deutlich, vertrauenswürdig und kompetent links von SPD und Grünen repräsentative Politik ansprechbar ist, wird sich erhöhen. Der Konflikt dieser Kreise mit dem herrschenden Kurs wird zunehmen. Die PDS ist in absehbarer Zeit die einzige parteipolitische Kraft, die diesen Konflikt außerhalb von Grünen und SPD artikulieren kann. Sie sollte sich u. E. darauf konzentrieren. Sie hätte dann bundespolitisch einen sehr eigenständigen Gebrauchswert und Zweck.« (André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa)

»Die zentrale Botschaft der ›neuen Mehrheit der Partei‹ zielt auf eine entschiedene Absetzung von der Politik der Sozialdemokratie. Doch diese Abgrenzung ist bei weitem noch kein Qualitätsausweis des Linkssozialismus, auch wenn es das politisch-moralische Gewissen vieler ›Sozialisten‹ beruhigen mag, sich der ordinären Sozialdemokratie überlegen zu fühlen. Die vordergründige Abschreibung der Sozialdemokratie nach rechts ist Teil des Problems der PDS und keine Lösung.« (Redaktion Sozialismus, in: *Sozialismus* 11/2002.)

monopolistischen Demokratie«, die schon einmal gescheitert ist. Ausdrücklich beschwört der Parteitagebeschuß ein Politikverständnis, zu dem zwar Parteien gehören, aber emanzipatorische Bestrebungen und Bewegungen zentrale Bedeutung hätten, »die Parteien unter Druck setzen, andererseits von Parteien Unterstützung erfahren können«. Nun ist die Wichtigkeit von emanzipatorischen Bewegungen unbestritten, in dem Kontext aber bedeutet das eine auch konzeptionell deutliche Relativierung des parlamentarischen Einflusses von Parteien, darunter der eigenen.

Unterschiedliche Schlußfolgerungen aus der Analyse der Gesellschaft

Dieses im Parteitagebeschuß enthaltene Politikverständnis geht von einer sehr verkürzten Analyse gegenwärtiger politischer Verhältnisse und Auseinandersetzungen aus. Alles, was in diesem Lande und Europa passiert, ist danach Neoliberalismus. Im Mittelpunkt steht der außerparlamentarische Widerstand dagegen (bislang die Grundposition des *Marxistischen Forums*). Daß es in der ausdifferenzierten Gesellschaft erhebliche Interessenunterschiede und Gegensätze der unterschiedlichen sozialen Gruppen und kulturellen Milieus gibt, auch zwischen Gewerkschaften und Sozialverbänden usw., bleibt völlig ausgeblendet.

In ihrem Strategiepapier, das die Grundlage der Richtungsentscheidung von Gera bildete, nehmen Brie/Brie/Chrapa eine ausführlichere Analyse der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Situation vor: Die PDS werde sich mit »einer weiteren Rechtswende der SPD« auseinandersetzen haben. In Ablehnung der Einschätzung von Joachim Bischoff³ gehen sie davon aus, daß es sich bei den von der SPD betriebenen Reformen eher um ein »rechtes Projekt« handle. Dieses sei zwar an sozialer und politischer Stabilität interessiert, wolle diese »aber durch ein Bündnis der ökonomisch-politisch herrschenden Klasse mit aufstiegsfähigen Teilen der Mittelschichten auf Kosten der unteren Gruppen der Gesellschaft und bei Zunahme sozialer Polarisierung, Unsicherheit und Druck gewährleisten«⁴.

An dieser Einschätzung fällt auf, daß statt einer präzisen Bestimmung der SPD-Politik der diffuse Begriff »Rechtswende« gewählt wird. Wer in die (auch jüngste) Geschichte der kommunistischen Parteien (West wie Ost) zurückgeht, wird permanent Einschätzungen vom Rechtstrend der Sozialdemokratie finden. Diese Parteien müßten mittlerweile am rechten Rand des politischen Spektrums stehen. Auch aktuell ist diese Einschätzung einfach nicht stimmig. Das desolote Bild der Regierung ist unbestritten, aber man muß schon genauer hinschauen: Die Kritik (neben der an handwerklichen Fehlern) kommt eben auch von »rechts«. Nimmt man Einzelmaßnahmen in der Abgaben- und Steuerpolitik, so sind diese widersprüchlich, teilweise gehen sie aber in die richtige Richtung. Das trifft übrigens auch auf bestimmte Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik zu (Irak-Krieg). Zum anderen fällt auf, daß die Autoren dieses Strategiepapiers zumindest teilweise wieder mit dem alten Klassenschema operieren. Der »herrschenden Klasse« diene dann offenbar die SPD. Daß solche Begrifflichkeiten in der PDS auf fruchtbaren Boden

fallen, ist erklärbar. Ihre Grundannahmen führen Brie/Brie/Chrapa dazu, daß sie die PDS auf absehbare Zeit als die einzige parteipolitische Kraft sehen, die diesen Konflikt (zwischen rechtem Kurs der Regierung auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern, Aktivistinnen in Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite) außerhalb von Grünen und SPD artikulieren könne. Dies ist zweifellos eine Orientierung auf eine linkspopulistische Protestpartei. Protestparteien (ob links oder rechts) haben zumindest in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik nur eine kurze Konjunktur gehabt. Ein Blick in andere europäische Länder unterstreicht diese Einschätzung. Gero Neugebauer weist zu Recht darauf hin, daß die PDS »als Protestpartei nur auf einer instabilen und unsicheren Basis, den wechselnden Protestorientierungen«, existieren könne.⁵ Außerdem verträgt sich eine solche Orientierung nicht mit Regierungsbeteiligungen auf Länderebene.

Bischoff mahnt eine Verständigung über die zentralen gesellschaftlichen Entwicklungstrends der hochentwickelten kapitalistischen Länder an. Solche Probleme sind in der PDS zu wenig in der Debatte. Hinzu kommt, daß neue gesellschaftliche Herausforderungen, die nichts oder nur bedingt mit der Globalisierung zu tun haben, wie beispielsweise die Veränderungen in der Alterspyramide, im Produktionstyp, in Arbeitsanforderungen, in den Lebensweisen u. a., bisher in der Strategie-Debatte nicht thematisiert wurden. Stattdessen reduziert der Parteitagbeschuß die gesellschaftliche Wirklichkeit und die Politik der Parteien auf Neoliberalismus und »vermeintliche« Sachzwänge der Globalisierung (also schlichte Leugnung dieser).

Die Frage steht heute, in welche Richtung Politik auf die neuen Verhältnisse reagiert und diese gestaltet, entweder tatsächlich mit deutlich neoliberaler Orientierung oder mit einer Politik, die sich zumindest partiell an sozialer Gerechtigkeit orientiert. Darum geht es vorrangig in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen. Die PDS steht vor der Herausforderung, sich hier unter schwierigeren Bedingungen einzumischen. Die Partei wird auch nicht umhin können, sich zu den Forderungen der verschiedensten Bewegungen, Verbände und Gewerkschaften zu positionieren. Nur die diversen Positionen dieser Kräfte zu unterstützen, reicht für eine Partei, die tatsächlich etwas verändern will, nicht aus. Das ginge nur als linkspopulistische Protestpartei bzw. als klassische KP, die nirgends in die Verlegenheit kommt, politische Verantwortung zu übernehmen.

Falsche Fragestellungen

Die Abgrenzung zur Sozialdemokratie spielte im Hinblick auf die Identität und die Strategie der PDS sowohl auf dem Parteitag in Gera als auch danach eine herausragende Rolle. Die Parteivorsitzende Gabi Zimmer hat in ihrem Referat auf dem Geraer Parteitag zum »Kern der Auseinandersetzung« in der PDS die Frage erhoben: »Reduzieren wir uns selbst auf ein ostdeutsches sozialdemokratisches Projekt? Oder wollen wir als bundesweite, linke, sozialistische Partei zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen?«⁷ Hier lehnt sich die Vorsitzende an die Position von Brie/Brie/Chrapa an: Die PDS solle allein auf gesellschaftliche Veränderungen mit einem sozialen

»Wir haben es mit einer längerfristigen Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend, die ganze Gesellschaft erfaßt, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Wenn man sich um das Verständnis dieses Prozesses – im Kern der Umbau des Produktions- und Sozialmodells – nicht kümmert, dann werden Änderungen und politische Reaktionen umstandslos dem Neoliberalismus zugeschrieben.«⁶

»Wenn eine ›andere Welt möglich ist‹, wie Globalisierungskritiker formulieren, dann ist dies auch eine andere Art des Mitregierens als Teil des Widerstands gegen die ›Höllmaschine‹ des Neoliberalismus (Pierre Bourdieu). Unser Mitgestalten in der Gesellschaft braucht mehr ausstrahlungsfähige und anfaßbare Projekte, die bunt und rebellisch, zugänglich und widerständig sind, und erkennbar weniger grau und staatstragend als traditionelle Modelle konservativer Verwaltungsmodelle. Es ist zu prüfen, ob und wie basisdemokratische Modelle der Bürgerbeteiligung (Beispiel Porto Allegre) auf Deutschland übertragbar und neu umzusetzen sind.« (Beschuß des Geraer Parteitages der PDS)

Mitte-Unten-Bündnis setzen bei der Ablehnung von parlamentarischen Mitte-Links-Bündnissen. Auch die Gegenüberstellung ostdeutsch/sozialdemokratisch gegen gesamtdeutsch/sozialistisch ist nicht nachvollziehbar. Wolfgang Gehrcke hält diese Frage, PDS – sozialistisch oder sozialdemokratisch, nicht für den Kern der Differenzen. Die eigentlichen Probleme berührten die Frage nach dem Platz der PDS in der Gesellschaft und danach, ob die PDS diesen objektiven Platz auch subjektiv ausfüllen kann.⁸

Michail Nelken weist darauf hin, daß eine verbale »konsequente Abgrenzung« von der SPD den politischen Gebrauchswert der PDS als linke Alternative in der Wählerschaft nicht erhöhen würde. Das könnten allein ihre konkreten politischen Alternativen zur neoliberalen Modernisierungspolitik der SPD. Die »konsequente Abgrenzung« sei nur für die Formierung und Bindung der eigenen Mitgliedschaft wichtig. Politisches Vertrauen der Bürger und Wähler würde man nicht durch ideologische Bekenntnisse, sondern nur durch praktische Politik gewinnen, in der man deren Bedürfnisse und Interessen berücksichtigt. Die Wahlniederlage der PDS werde durch »einfache Erklärung« und simple Lösungen suggeriert: Sozialdemokratisierung und fehlende Systemopposition der PDS. Solche Erklärungsmuster ficht es nach Auffassung von Nelken auch nicht an, daß offensichtlich die Wähler Rot-Grün auf Kosten der PDS an der Regierung halten wollten.⁹

Paul Schäfer und Sonja Kiesbauer weisen die Denunziation eines Teils der Partei als sozialdemokratisch zurück, »mit der keine der uns auf den Nägeln brennenden Fragen beantwortet« wird. Was soll es heißen, »sich klar als sozialistische Partei zu profilieren?«, fragen sie. Sie weisen auch den angeblich neuen Konflikt der zwei Linien als untauglich zurück: »Gestaltungen um jeden Preis oder alternativer Gestaltungsanspruch«, »Opportunismus oder wahrer Sozialismus«. Die Neudefinition des PDS-Konflikts habe dazu beigetragen, daß sich Gabi Zimmer mit einer innerparteilichen Konstellation durchsetzen konnte, die die PDS de facto zu einem linken Agitationsverein bzw. einer neokommunistischen Partei machen wollten. Viele der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl seien aber von der PDS zu den Grünen umgeschwenkt und nicht zur DKP.¹⁰

Brie/Brie/Chrapa formulieren auf der Grundlage der oben skizzierten Analyse eine weitere grundlegende Entscheidungsfrage: Die PDS müsse sich entscheiden, ob sie sich als Regierungspartei in Reserve und als Koalitionspartner für Rot-Grün – also Teil eines rot-rot-grünen Projekts – oder als eigenständiges Projekt begreife, das alternative Projekte und Politikstile und sozialen Protest fördere. Auch diese Alternative steht so nicht. Selbstverständlich muß die PDS eine eigenständige Partei sein. Es geht auch nicht um ein gemeinsames Projekt mit SPD und Grünen, wohl aber um die prinzipielle Möglichkeit von Koalitionen oder eine Absage daran.

Unterschiedliches Politik- und Parteiverständnis

Der Kern des veränderten Politik- und Parteiverständnisses von Gera liegt in der Formel von der PDS als »gestaltender Oppositionskraft«. Das Hauptziel bestehe darin, einen Beitrag zur Veränderung geistiger und politischer Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft

und damit von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu leisten.¹¹ Brie/Brie/Chrapa meinen, daß die Gestaltungsmacht vor allem auf die »Formierung alternativer Ansätze, das Erproben auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden« müßte. Und sie fügen in einer Fußnote hinzu, daß der Formelkompromiß der letzten Jahre abgelöst werden müßte, der die Möglichkeit eines äußerlichen Nebeneinanders von PDS als gesellschaftliche Oppositionskraft und parlamentarische Normalpartei ohne eigenständiges Profil suggeriere.¹²

Hier wird Gestaltungsmacht stark reduziert auf alternative Milieus, d. h. auf Randmilieus. Wie hier »breite« gesellschaftliche Koalitionen entstehen sollen, bleibt völlig unklar. Die Stärkung von Protestfähigkeit wäre nur dann sinnvoll, wenn sie in ein ausgewogenes Verhältnis auch zur parlamentarischen Arbeit und Regierungsverantwortung in den Ländern gestellt würde. Hier aber wird der PDS als »parlamentarische Normalpartei« eine Absage erteilt. Offenbar sehen Brie/Brie/Chrapa keinen »normalen« Platz der PDS im Parteienspektrum. Schäfer/Kiesbauer haben recht, wenn sie eine Strategie kritisieren, »die den außerparlamentarischen Kampf heraushebt, die den Vorrang auf sogenannte Mitte-Unten-Bündnisse statt Parteienbündnisse legt und insoweit die PDS als eine Partei jenseits des gängigen Parteienbündnisses verortet.«¹³

Sie fügen hinzu, daß die PDS unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie nur erfolgreich wirken könne, wenn sie als normale Partei, also wie die anderen Parteien auch, am Wettbewerb um größtmöglichen Einfluß in der Wählerschaft teilnimmt. »In diesem Wettbewerb geht es immer um Regierungsfähigkeit. Wer keine Konzepte vorlegen kann, wie er die Dinge gestalten, verändern will und mit wem, wird nicht bestehen können. Der Gestus des sozialen Protestes beispielsweise steht einer sozialistischen Partei gut zu Gesicht, wenn sie aber nicht versteht, diesen Protest in praktische, in institutionelle Politik zu übersetzen, wird sie scheitern.«¹⁴ Schäfer/Kiesbauer warnen auch vor der Illusion, starke außerparlamentarische Bewegungen würden sich automatisch in eine Stärkung linker, sozialistischer Parteien ummünzen lassen. Die Orientierung von Gera könne bedeuten, daß man das Kompetenzproblem gering schätzt und in die Pose altlinker Agitation und Propaganda zurückfällt. Es sei nicht stimmig, daß sozialistische Parteien sich nur radikaler gebärden müßten, um Erfolge aufzuweisen.

Benjamin Hoff stellt fest, daß ein vereinfachter Begriff außerparlamentarischer Orientierung auf ein Ideal von Bewegungspartei setzt, das sich letztlich bei den Grünen als ein Mythos herausgestellt hat – bei deutlich anderer sozialstruktureller und politisch-historischer Verankerung.¹⁵

Die Frage der Vorfeldorganisationen bzw. ihrer Erodierung stellt für die PDS ein viel wichtigeres Problem dar. Hier geht es um die Alltagsverankerung der PDS, die vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre gegeben war und die es nach Möglichkeit unter neuen Bedingungen zu reaktivieren gilt. Dies aber ist eng mit der parlamentarischen Arbeit der Partei und mit der Arbeit auf kommunalpolitischer Ebene verbunden.

»Schwäche und Probleme der PDS (sind) schon seit einiger Zeit nicht mehr einem Druck von außen oder der Stärke innerparteilicher dogmatischer und traditionalistischer Kräfte geschuldet, sondern (sie sind) Resultat der konzeptionellen, personellen und taktischen Schwäche der Reformen. Sie waren nicht einheitlich zu definieren, kommunizierten nicht einmal mehr miteinander ... Sie haben auch keine strategischen Debatten mehr geführt und schließlich haben sie es versäumt, um Mehrheiten in der Partei zu ringen. Ein kardinaler Fehler ... Denn die linkspopulistische und naiv-basisdemokratische Linie der neuen Parteispitze konnte sich nur vor diesem Hintergrund durchsetzen.« (Gerry Woop, in: *spw*, Heft 128.)

So hat die beim Höhepunkt der Friedensbewegung 1982/83 angetretene Friedensliste (mit dem Kern DKP – H. D.), auf der verschiedene bekannte Persönlichkeiten der Bewegung vertreten waren, bei der Kohl-Wahl 1983 nur 1, 2 Prozent erreicht. Hinzugefügt werden muß aber, daß dies mit Abstand das beste Ergebnis der DKP- bzw. Bündniskandidaturen war, das jemals seit den 70er Jahren erreicht worden ist.

»Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungslos tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus! Die einseitig geführte Diskussion um den Gestaltungsanspruch sozialistischer Politik hat uns davon abgelenkt, daß wir uns mit dem Opportunismus-Problem auseinandersetzen müssen.« (Gabi Zimmer auf dem Geraer Parteitag)

»Der Parteitag von Gera hat kein allgemeines Verdikt gegen Regierungsbeteiligung ausgesprochen, aber die Erwartungen an mögliches Mitregieren so hoch geschraubt, daß die Orientierung auf eine ausschließliche Oppositionsrolle nahe liegt. Entsprechende Vorstöße in verschiedenen Landesverbänden belegen, daß hier eine Dynamik ausgelöst wurde, die nur schwer zu stoppen sein wird.« (Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 146 (Dezember 2002), S.1094.)

Regierungsbeteiligung - pro und contra

Auf dem Hintergrund der beschriebenen Debatte um das Politik- und Parteiverständnis ist die Haltung zu den PDS-Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin politisch besonders brisant. Die Regierungsbeteiligungen sind eigentlich nur von den kommunistisch-fundamentalistischen Kreisen direkt in Frage gestellt worden. So meint Winfried Wolf, daß es durch die Ergebnisse des Geraer Parteitages »die berechtigte Chance (gibt), den Trend der Anpassung der PDS an vorherrschende Politik auszubremsen und eine sozialistische Praxis neu zu entwickeln.«¹⁶ Er sieht die Haupttrennlinie zwischen denen, die Kapitalismus mitverwalten und darin mitregieren wollen und einer Mehrheit mit einer kapitalismuskritischen bzw. antikapitalistischen Orientierung mit dem primären Ziel, dessen unsozialen Charakter zu bekämpfen und den Kapitalismus zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft zu überwinden.

Diese Alternative trifft nicht zu und wird wohl auch nur von einer kleineren Minderheit in der PDS so gesehen. Gestaltungspolitik schlechthin als Mitverwalten des Kapitalismus zu denunzieren und abzulehnen, ist zumindest bei der großen Mehrheit der Ost-Mitgliedschaft passé. Es existiert aber ein verbreitetes tiefes Unbehagen zu Regierungsbeteiligungen, weil vereinfachte Weltbilder in Frage gestellt werden und das Selbstverständnis stark erschüttert ist, immer auf der Seite der Protestierenden gegen den Staat und die jetzige Ordnung zu stehen. Das Problem besteht darin, daß die Linie von Gera dieses Unbehagen nährt und vereinfachte Weltbilder bedient. Praktisch politisch wendet sich der Kurs tendenziell gegen Regierungsbeteiligungen, trotz zunächst anders lautender Beteuerungen. Das hängt mit der Geringschätzung der Parlamente und der einseitigen Orientierung auf den außerparlamentarischen Kampf sowie Protest, aber auch mit der Formel von der »gestaltenden Opposition« zusammen. Genährt wird dies aber auch durch die Haltung der Parteivorsitzenden selbst. Sie hat die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im Januar vor der Presse in Frage gestellt, wenn sich Deutschland an einem Krieg gegen den Irak beteiligen sollte, eine Woche später wurde verhalten dementiert. Vergegenwärtigt man sich, daß für die PDS zur Kriegsbeteiligung auch die Gewährung der Überflugrechte in Deutschland gehört, hieße das im Kriegsfall de facto eine Aufkündigung der Regierungsbeteiligungen, und das in einer Situation Mitte/Ende Januar 2003, in der sich die Bundesregierung so deutlich wie nie zuvor gegen die USA-Kriegspolitik stellt. Gerry Woop formulierte recht zugespitzt, daß »die Regierungen in Schwerin und Berlin trotz aller jetzt natürlich logischen Bekenntnisse zur Regierungsfortsetzung zur taktischen Schaukelmasse der Parteispitze« geworden seien.¹⁷ Durch die allgemeine Atmosphäre in der Partei stehen viele politische Akteure in einer permanenten Entschuldigungsposition.

Zimmer schreibt: »Auf jeden Fall hat eine Regierungsbeteiligung der PDS nur dann eine Chance, erfolgreich zu sein, wenn von Anfang an die politischen Entscheidungsprozesse in einem hohen Maße demokratisch und transparent gestaltet werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet PDS-Regierungsbeteiligung vor allem: Erkennbarkeit der PDS wahren, schwerpunktmäßig eigene

Markenzeichen setzen, einen alternativen demokratischen Politikstil realisieren.«¹⁸ Dies ist zweifellos zu unterstützen. Dennoch ist das nicht das ganze Problem. Bestimmte Interessen gesellschaftlicher Gruppen, von Wirtschaft und Gewerkschaften sowie deren Funktionären, bestimmte verfestigte Mentalitäten (z. B. aus dem alten Westberlin), Interessen an Besitzstandswahrung werden damit nicht aus der Welt geschafft. Damit ist konkretes Regierungshandeln ständig konfrontiert. Desto mehr eine Partei populistische Erwartungen einerseits schürt und andererseits geradezu das Gegenteil in Regierungsverantwortung macht, so gut sie das immer begründen mag, gerät sie in eine Identitätskrise. Diese ist weder allein durch Sprüche wie »Mitregieren als Teil des Widerstandes gegen den Neoliberalismus« noch durch eine transparentere Politik allein zu lösen. Es geht hier auch darum, die konkreten Politikinhalte zu präzisieren. Wenn diese aber weit ab von der Wirklichkeit sind bzw., auch nicht den Hauch einer Chance haben, verwirklicht zu werden, nützt alles andere recht wenig.

Wie weiter – keine Richtungsunterschiede?

Für den weiteren Weg der PDS wird wichtig sein, wie schnell die Partei den Weg zur Politik findet. Dies wird von den verschiedensten Akteuren und Disputanten der Debatten unterstrichen. Der Parteivorstand hat politische Schwerpunkt-Projekte beschlossen und will diese umsetzen. Gehrcke meint, daß eine nach links geöffnete, aber in der Gesellschaft isolierte PDS als relevante Kraft keine Chance habe. Eine PDS hingegen, die mit eigenen Vorschlägen, mit Prinzipien politische Räume ausfüllt, Druck von links entwickelt, werde dringend gebraucht.¹⁹ Dieses Problem begleitet die PDS seit ihrer Entstehung. Die PDS war zu Anfang in erster Linie Heimstatt für diejenigen, die die Ideale des Sozialismus in einer fremden Umwelt zu verteidigen suchten. Um Politik ging es dabei nicht in erster Linie. Diese Scheu vor konkreter Politik, die sich auf Realitäten dieser Gesellschaft bezieht, ist teilweise erhalten geblieben. Viele Konflikte in der PDS gingen nicht vorrangig um konkrete politische Alternativen, sondern es ging um ideologische Positionen. Auch in Münster ging es nicht um solche Alternativen; es ging hier um *Verweigerung*. Gegenwärtig handelt es sich nicht um einen Richtungsstreit um Politikinhalte. Dieser würde erst entstehen, wenn sich die Kontrahenten darauf einlassen würden. Hier wäre zu fragen, wie konkret brauchbar sind bisherige inhaltliche Kernbotschaften der PDS (öffentlicher Beschäftigungssektor, Wertschöpfungsabgabe, Grundsicherung) in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik?

Es geht darum, die Probleme der PDS nicht auf den Politikstil zu verkürzen, sondern auch bisherige Politikangebote kritisch zu überprüfen. Nur so ist »Kompetenzzuwachs« der PDS möglich. Sicher ist Politik heute mehr denn je auch »Symbolik«. Wenn Erklärungen zur Geschichte, Denkmale, erlebbarer Widerstand u. ä. für die PDS auch eine besonders große Rolle spielen, so wäre eine Konzentration auf derartige Symbolik doch verheerend. Ebenso ist eine einseitige Ausrichtung der PDS auf *Protest* verfehlt. Die grundlegenden Probleme der Partei dürfen nicht auf einen vermeintlichen Opportunismus einzelner Personen oder Lager reduziert werden. Die PDS darf

»Wer meint, sich den Wirklichkeiten des Regierens durch eine ›konsequente‹ Politik der Systemopposition entziehen zu können, der erreicht vor allem eins: Er kommt nicht in die Verlegenheit, seine Konzepte auch umsetzen zu müssen. Auch auf diese Art kann man sich gegen die kritische Prüfung eigener Positionen immunisieren. Man kann sich dadurch selbst bestätigen, die Menschen kann man damit nicht überzeugen.« (Paul Schäfer in: *UTOPIE kreativ*, Heft 146 (Dezember 2002), S. 1088 ff.)

»Statt sich über Inhalte von Realpolitik, über Machbarkeit und Umsetzungschancen politischer Angebote und Konzepte, über Ergebnisse, Schwächen und Fehler bisheriger Regierungsbeteiligungen selbstkritisch zu verständigen, wurde polarisiert, ausgegrenzt und sich verweigert – mit fatalen Folgen für die künftige Führungs- und Handlungsfähigkeit der Partei.« (Gabi Zimmer: Für den Kurs unseres Handelns: PDS-Strategie 2006, in: *Disput*, 1/2003, S. 24.)

»Der weitere Weg der PDS wird sich daran entscheiden, ob sie in die Politik zurückfindet, an der Integrationskraft der Leitung am Umgang mit den Koalitionsregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, an der Programmdiskussion, an den Neuaufstellungen zu den Wahlen.« (Wolfgang Gehrcke)

nicht das Ziel aufgeben, um einen Platz im Parteiensystem und im demokratischen Parteienspektrum zu kämpfen. Das erfordert auch eine genauere Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation, einschließlich der Strategie der anderen Parteien.

Im Kern geht es darum, ob sich die PDS in die Selbstisolation begibt oder den schwierigen Weg in die Politik und Gesellschaft zurückfindet – darin stimmen verschiedene Akteure in der PDS überein. Die objektiven Umstände begünstigen aber bei linken Parteien in der Regel einen Trend zur Selbstisolation. Wird der Weg von Gera weiter gegangen, so ist die Gefahr sehr groß, daß die PDS sich noch stärker als sozialpopulistische Protestpartei bzw. als Kommunistische Partei profiliert. Im Januar 2003 schätzte auch die Parteivorsitzende ein, daß der Parteitag von Gera die PDS weiter auf die *schiefe Bahn* gebracht habe. Vergleicht man die gegenwärtige Verfaßtheit der PDS mit den Anforderungen an eine »Bewegungspartei«, dann werden die Defizite und Möglichkeiten offenbar.

Hinzu kommt, daß einige Grundprobleme der PDS nicht gelöst sind: zehn Jahre Stagnation im Westen auf sehr niedrigem Niveau, Überalterung der Partei und weiteres Schwinden ihrer Mitglieder, abnehmende Kampagnenfähigkeit, keine intellektuelle Ausstrahlung u. ä. m. Zunächst ist es erforderlich, den Bruch zwischen »kompetenzorientierten Modernisierern«, die auf größere parlamentarische Einflußmöglichkeiten orientieren und »Bewegungen- und wertorientierten Modernisierern«, die eine verstärkt zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der PDS anstreben²², zu beseitigen. Dieser Konflikt wurde, wie Hoff zu Recht schreibt, bisher nicht hinreichend thematisiert. »Dazu gehört die gründliche und auch selbstkritische Auswertung unserer Defizite parlamentarischer und Regierungswirksamkeit ebenso wie die Auseinandersetzung mit dem Wechselverhältnis zwischen Partei und Bewegungen.«²⁰ Es handelt sich hier um einen künstlich aufgebauten Gegensatz.

Viele in der PDS setzen jetzt auf die Programmdebatte. Aber auch hier gilt: Diese Debatte kann die Tendenz zur Selbstisolation noch verstärken, wenn sie sich nicht mit politischen Alternativen befaßt und sich auf eine radikale Rhetorik konzentriert. Der Parteienforscher Neugebauer sieht als wichtigste Voraussetzung für eine positive Perspektive der PDS, »sich aus der durch interne Bedingungen verursachten Lähmung zu lösen und die Partei durch eine Programm- und eine Parteireform zu rekonstruieren«. Auf der Tagesordnung stünden eine Reihe von Problemen, wie die Ursachen und Folgen der teilweise desperaten innerparteilichen Verfassung für die Aktionsfähigkeit und Akzeptanz der PDS; die Gefahr, in die Isolation zu geraten, wenn keine Verständigung über ihren Standort in der Gesellschaft noch über ihre Bündnisfähigkeit hergestellt wird; die Klärung der widersprüchlichen Positionsbestimmungen, die die PDS ob außerhalb oder innerhalb der Parlamente – unabhängig von einer Regierungsbeteiligung – einnehmen will. Als Bundespartei könnte sie eine Chance mit dem Versuch haben, »sich entlang einer realen, aber keiner fiktiven oder konstruierten gesellschaftlichen Konfliktlinie zu organisieren, die ihr eine soziale Basis wie eine relevante Repräsentation im Parteiensystem sichert«.²² Genau darum geht es und darauf müßten sich die Akteure und Diskutanten in der PDS konzentrieren.

Anmerkungen

- 1 Kein »Weiter so«: Zukunft durch Erneuerung. Beschluß der 1. Tagung des 8. Parteitag des PDS, in: *Disput*, 10/2002, S. 34.
- 2 Ebenda.
- 3 Joachim Bischoff meint: »Die europäische Sozialdemokratie hat keine tragfähige Konzeption zur Bekämpfung der Zukunftsängste und räumt dies auch offen ein ... Die europäische Sozialdemokratie ist unsicher und verfolgt eine widersprüchliche Politik – aber deshalb kann sie nicht nach rechts abgeschrieben werden.« (Joachim Bischoff: Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Manuskript, S. 4).
- 4 André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, pds-online.de.
- 5 Gero Neugebauer: Die Perspektiven der PDS nach der Bundestagswahl 2002, in: *perspektive 21*, Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik, 17 (Dezember 2002), Potsdam, S. 36.
- 6 Joachim Bischoff: Grundproblem ..., a. a. O.
- 7 Kein »Weiter so«: Zukunft durch Erneuerung, Rede von Gabi Zimmer, Vorsitzende der PDS, in: *Disput*, 10/2002, S. 9.
- 8 Wolfgang Gehrcke: Gedanken zur Bewertung des Geraer Parteitag des PDS 12./13. Oktober 2002, pds-online.de/politik/themen/nach gera/view htm.
- 9 Michail Nelken: PDS Wahlschlappe 2002. Ursachen und Perspektiven, Manuskript.
- 10 Nach Gera – Neukonstituierung der Reformlinken. Aufruf von Paul Schäfer und Sonja Kiesbauer vom 16. 10. 02, in: pds-online.de/politik/themen/nach_gera/view-htm.
- 11 Vgl. Brie, Brie, Chrapa: Für eine moderne ..., a. a. O., S.16/17.
- 12 Ebenda, Fußnote 21.
- 13 Paul Schäfer, Sonja Kiesbauer: Nach Gera ..., a. a. O.
- 14 Ebenda, S. 3. Weiter heißt es hier: »Für die PDS geht es in Sonderheit auch darum, in Deutschland als eine Partei akzeptiert zu werden, die im Rahmen des ›Verfassungsbogens‹ von konservativ-rechts bis demokratisch-links ihren Platz hat!«.
- 15 Benjamin Hoff: Von Münster über Cottbus nach Gera - Anfang vom Ende der PDS? Manuskript, S. 8/9. Parteien, die sich in erster Linie auf Bewegungen beziehen, müßten berücksichtigen, daß Bewegungen konjunkturanfälliger und fragmentiert sind. Sie weisen eine strukturelle Asymmetrie auf (dezentrale Organisation). Bei der Institutionalisierung von Bewegungen haben diese ähnliche Mobilisierungsprobleme. Dazu Joachim Raschke: Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, Marburg 1991, S.117 ff.
- 16 Winfried Wolf: Öffnung nach links. Die Verachtung für Demokratie von Bartsch, Gysi & Co. Fünf Thesen zum PDS-Parteitag in Gera, in: pds-online.de/politik/themen/nach_gera/view.
- 17 Vgl. Gerry Woop: Worst case für die PDS. Nach der Bundestagswahl regiert das Prinzip Hoffnung, in: *spw* 6/2002, S. 46.
- 18 Gabi Zimmer: Für den Kurs unseres Handelns: PDS-Strategie 2006, in: *Disput*, 1/2003, S. 24.
- 19 Wolfgang Gehrcke: Gedanken ..., a. a. O.
- 20 Michael Chrapa: Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderung, Optionen, in: Michael Brie, Rudolf Woderich: Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 226.
- 21 Benjamin Hoff: Von Münster ..., a. a. O., S. 1.
- 22 Vgl. Gero Neugebauer: Die Perspektiven der PDS nach der Bundestagswahl 2002, a. a. O., S. 29-37.

ROLAND CLAUS

Was wollen die Reformer?

Die Reformer

Wenn ich den Begriff *Reformer* verwende, geht es mir nicht um eine erneute Neu-Aufteilung der PDS, auch nicht um die Vereinnahmung von Menschen, auch nicht um die Einladung zum Trittbrettfahren, wohl aber um die Beschreibung einer Denkart, eines Leitfadens. Ich könnte auf diesen einleitenden Satz verzichten, wenn Mißverständnisse aus der Mode wären. So, aber nun zum Thema: Was haben wir uns gegen den Begriff *Reformer* gewehrt. Die so Bezeichneten etwas kokett, die anderen mitunter feindbildartig. Es ist an der Zeit, den Begriff wirklich anzunehmen. Es geht uns nicht allein so, daß treffende Bezeichnungen von den Medien, von der interessierten Öffentlichkeit geprägt werden. Anfangs meinte der Reformer-Begriff die Reform, aus der SED heraus eine moderne linke sozialistische Partei zu bilden. Obwohl die SED für viele Linke eine politische Heimat war, als Gesamtpartei war sie keine Ostlinke. Der Reformer-Begriff überdauerte den Gründungsprozeß, weil er zur Unterscheidung von Strömungen innerhalb der PDS benutzt wurde.

Reformer sein bedeutet, die reale Gesellschaft so anzunehmen, wie sie ist, sie dennoch nicht als Schlußpunkt der Geschichte zu verstehen, wohl aber die Chance der Veränderung der Gesellschaft mittels Transformation anzuerkennen. Reform-verneinende Gesellschaftskritik bedeutet demgegenüber, die Gesellschaft zunächst nach eigener Ansicht zu interpretieren, um dann zur Änderung des selbstgeschaffenen Bildes von der Realität zu schreiten. Da nun jegliche Betrachtung der »realen Gesellschaft« immer individuell, subjektiv geprägt bleiben wird, ist diese von mir vorgenommene Unterscheidung freilich nicht »beweisbar«. Und mit der häufig zu hörenden Aussage »Das ist bei mir aber so angekommen« kann demzufolge hartnäckig und unwiderrufbar jede – also auch diese – Botschaft interpretiert oder umgedeutet werden. Die Linke sollte aber die Frage nicht scheuen, wieviel Übereinstimmung sie mit der überwiegend in der Gesellschaft anzutreffenden Wahrnehmung von Ereignissen gemein hat, zum Beispiel in der Freude über einen Sieg der Fußball-Nationalmannschaft.

Sozialistische Reformpolitik bedeutet, sich vom geistigen Avantgardismus, der uns fast alle geprägt hat, Schritt für Schritt zu verabschieden. Es war 1989 leichter, die Waffen abzugeben, als die geistigen Arsenalen zu entrümpeln. Was haben wir trefflich über André Bries *Ankommen in der Gesellschaft* debattiert: mit dem neu erworbenen VW zur PDS-Versammlung – und dann gegen Brie und

Roland Claus – Jg. 1954; Dipl.-Ing.-Ökonom, von Oktober 2000 bis September 2002 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag; zuvor Landesvorsitzender der PDS in Sachsen-Anhalt. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Die Linke und die Macht, Heft 141/142 (Juli/August 2002).

»Was machst du eigentlich gerade? Wodurch entsteht der Eindruck, daß die Reformer sich und die Partei aufgegeben haben? Wir wissen jetzt so etwa, was ihr Reformer nicht wollt, aber was *wollen* die Reformer? Was ist es, was euch unterscheidet? Warum seid ihr so niedergeschlagen seit dem Parteitag von Gera? Glaubst du noch, daß wir es wieder schaffen?« Das sind die mir in den vergangenen Wochen besonders häufig gestellten Fragen. Ich will eine Antwort versuchen.

die Ärzte am Krankenbett gewettert! – Der Reformer-Begriff bleibt eine Abstraktion. Dennoch kann er helfen, Denkansätze, Beurteilungen und eigene Entscheidungen genauer zu fassen. Die selten in aller Offenheit gestellte, aber wohl doch entscheidende Frage lautet: Was war oder ist besser für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen: die untergegangene DDR oder der reale Kapitalismus der Bundesrepublik?

Die Reformer akzeptieren die Bedingungen der Bundesrepublik und halten die Gesellschaft für transformationsfähig. Folgerichtig werden sie dafür kritisiert, ihren Frieden mit dieser Gesellschaft machen zu wollen. Die Reformer haben deshalb ihr Bekenntnis zur »neuen Ordnung« in verklausulierte Formeln wie »Entwicklungspotentiale dieser Gesellschaft« u. ä. verpackt. Ihren Frieden mit dieser Gesellschaft zu machen heißt für die Reformer, sie anzunehmen, um sie zu verändern. Und man lese und staune über die Veränderungen *dieser* Gesellschaft seit der *Spiegel*-Affäre vor 40 Jahren. Erfolgreiche Politik ist nur möglich, wenn sie vom Boden der Realitäten aus entwickelt und betrieben wird, und diese Realität ist nun einmal kapitalistisch geprägt. Die Reformer haben das bisher nicht deutlich genug gesagt, aber daran kommen wir nicht vorbei.

Dabei darf selbstverständlich nicht verkannt werden, daß die BRD des Jahres 2003 eine andere ist als die des Jahres 1990. Dennoch bleibt die für Sozialisten bittere Erkenntnis, daß die DDR 1989 für die Verwirklichung sozialistischer Ideen nicht mehr offen war, sondern sich selbst im Wege stand. Dies festzustellen bedeutet nicht, den Versuch einer realen gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus gering zu schätzen.

Der Reformer-Begriff, ob er nun als Kompliment oder als Feindbild daher kommt, bleibt ein abstraktes, dennoch wichtiges Mittel bei der Einteilung von Denkansätzen, zum Teil auch Gruppierungen in der PDS. Die Reformer hatten immer die *Definitions*-Macht über die PDS, weil sie den Zugang zu den Medien hatten. Die Reformer waren und sind für die Erfolge der PDS zuständig, dafür wurden sie akzeptiert. Das bedeutet nicht, daß andere Genossinnen und Genossen nicht maßgeblich an den Erfolgen beteiligt gewesen wären, aber für die qualitativen Durchbrüche waren die Reformer verantwortlich.

Interessanterweise erzielten die Reformer beachtliche Erfolge häufig mit ausgesprochen traditioneller Politik, mit Widerstand (Hungerstreik), mit Verweigerung (Einigungsvertrag). Ein markantes Beispiel dafür ist der Satz: »Heute hat es der Gysi *denen* aber mal wieder gegeben.« Tatsächliche Reformkonzepte hingegen wurden weniger populär. Viele PDS-Anhänger fühlen sich von gesellschaftlichen Negativ-Entwicklungen durchaus in der Richtigkeit ihrer Gesellschaftskritik bestätigt, fordern aber von Amtsträgern ihrer Partei zugleich den Erfolg auf der ganzen Linie ein. Dabei wird oft verkannt, daß Emanzipation und soziale Gerechtigkeit derzeit nur *gegen* den Trend durchgesetzt werden können.

Die PDS braucht langfristig eine produktive Aneignung des Reform-Begriffes für die gesamte Partei, zunächst jedoch die »Benutzung« der Reformer für den Wieder-Zugang zur Öffentlichkeit. Man muß die Reformer (noch) nicht mögen, aber man darf sie nach ihrer Niederlage nicht für entbehrlich halten. Wenn es richtig ist, daß die

Konkrete Reformpolitik wird immer eine sich ergänzende Mischung aus Widerstand, gedachten Alternativen und Mitgestaltung konkreter Lebensprozesse sein. Es geht *nicht* um die Frage *Opposition oder Gestaltung*. Erfolgreiche Bundesparteien können beides zugleich.

Angesichts der Wahlniederlage am 22. September 2002 waren die Reformer nicht in der Lage, ihren wirklichen Einfluß in der Partei richtig einzuschätzen. Bereits vor der Bundestagswahl war ein Prozeß der inneren Auflösung des Reformerlagers in Gang gekommen.

SPD und PDS werden sich trotz mancher inhaltlicher Nähe auf lange Sicht unterscheiden, ob und wie sie die konservative Hegemonie im Denken, Wirtschaften und Verteilen eindämmen und überwinden wollen. Die PDS muß darauf achten, daß zwischen einer SPD der Mitte und einer tradiert links verorteten PDS noch interessierender Einfluß auf Bürgerinnen und Bürger und nicht nur Sprachlosigkeit entsteht.

Vgl. die Beiträge von Dietmar Wittich, Hans Thie und Paul Schäfer in *UTOPIE kreativ*, Heft 146 sowie die an anderer Stelle veröffentlichten Stellungnahmen von Dietmar Bartsch, Wolfgang Gehrcke, Richard Stöß u. a.

Ich gehe davon aus, daß die Koalition auf Bundesebene bis 2006 hält. Nicht, weil sie so erfolgreich wäre, sondern weil fast alle anderen politischen Kräfte zur Zeit kein wirkliches Interesse haben, Schröder abzulösen. Allerdings muß die PDS auch auf den von Jürgen Reents im *Neuen Deutschland* beschriebenen Fall früherer Neuwahlen vorbereitet sein.

Partei nur *miteinander* aus der Krise kommen kann, muß zumindest ein instrumentelles Verhältnis zu den Reformern hergestellt werden. Es braucht dafür Zeichen, Symbole, öffentlich erkennbare Schritte. Schließlich ist es aber für die Entwicklung einer wirklich einflußreichen sozialistischen Partei unerlässlich, den Reformations- und Transformationsanspruch insgesamt anzunehmen. Bleibt die bange Frage: Was sind wir dann anderes als Sozialdemokraten?

Ich habe nach vier Jahren im Bundestag nicht die Sorge, daß es zu Verwechslungen von SPD und PDS kommen könnte. Die Abgrenzungssucht ist eine Untugend der tradierten Linken. Nur wer stets ganz anders als alle anderen sein will, hat Probleme mit inhaltlicher Nähe. Kein Liberaler, sobald er konservative Anschauungen gutheißt, käme in den Verdacht, gerade in die CDU gewechselt zu sein.

Die Niederlage von 2002

Die Niederlage, ihre Ursachen und Auswirkungen sind vielfach treffend beschrieben worden. Bezeichnend für die tradierte Linke aber ist der überwiegend undialektische Umgang mit dem Scheitern bei der Wahl. Was haben wir uns beschwörend versichert, daß es nach dem Ämterwechsel an der Spitze von Partei und Fraktion nicht vorrangig um einen Personalwechsel, sondern um eine *Zäsur* in der PDS geht. Wir wollten von der *Phänomen-* zur *Gebrauchswert-Partei* werden, um auf Dauer in der gesamten Republik für den Lebensalltag sehr vieler Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu sein. Gemessen an der Größe dieser Aufgabe wird möglicherweise eines Tages die Niederlage relativiert werden, zumal äußere und innere Faktoren in den entscheidenden Wochen vor der Wahl den Abwärtstrend verstärkten. Die Niederlage ist unser *Problem*, ihre Nicht-Bewältigung kann unser *Ende* sein.

Ich erlebe einen recht unterschiedlichen Umgang mit Krise und Niederlage im Verhalten von Frauen und Männern in der PDS-Klientel. Bei Männern ist das Recht-Haben-Syndrom ausgeprägt, während Frauen sinnlicher die Überwindung der Krise im Auge haben. Wir sollten also auf die Frauen hören! Keiner von uns kann heute schlüssig den Beweis führen, daß es einen gesellschaftlichen Gebrauchswert der PDS tatsächlich gibt. Aber auch das Gegenteil kann nicht bewiesen werden. Deshalb gilt das Prinzip Hoffnung. Aber Hoffnung allein setzt *Aufstehen* nicht in Gang.

Vergleiche zum Herbst 1989 liegen nahe. Aber im Unterschied zur gescheiterten SED hat die PDS inzwischen die Aufgabe, eine Balance von Bewahrung und Neufindung zu gestalten.

Wir dürfen auch nicht versuchen, wieder so zu werden, wie wir erfolgreich in den 90er Jahren waren. Es rettet uns kein höh'eres Wesen, auch nicht Gregor. So sehr ich dafür eintrete, die zum Teil diffamierende Art im Umgang mit Gregor Gysi abzustellen, so deutlich muß gesagt werden, daß weder Gregor noch eine ihm gedachte *neue Partei* den Laden retten kann. Wir brauchen Gregor wieder auf der PDS-Bühne, aber es kann nicht mehr allein die *Schau-Bühne* sein. Die unstrittig entscheidende Frage heißt: Was müssen wir *heute* tun, um 2006 erfolgreich zu sein?

Heute für den Erfolg von morgen zu handeln, bedingt, die politische Entwicklung einigermaßen präzise zu prognostizieren. Die

CDU kann ihre Zugewinne nicht strategisch verwerten. Die Leute wählen mehr CDU, und es wird sich nichts ändern. Damit wird im Westen ein noch dynamischeres Wählerinnen- und Wählerverhalten entstehen als bisher. Die Gefahr von Rechtspopulismus ist nicht gebannt, sie wird anwachsen. Zu viele bisher sozial Gesicherte erleben eine unerwartete Verunsicherung. Der »Steuersong« meint nicht nur Schröder, sondern das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie überhaupt.

Kurzfristig spricht eine solche Entwicklung für mehr Radikalität und Linkspopulismus. Dazu muß die PDS im Falle vorgezogener Bundestagswahlen auch in der Lage sein. Auf längere Sicht aber muß die PDS über den »Motzfaktor« hinaus Vertrauen in ihre gesellschaftliche Mitgestaltungsrolle – die Widerstand einschließt! – gewinnen.

2003 und der Wahlsieg 2006

Gewiß brauchen wir auch eine Ost-Revitalisierung der PDS. Schließlich haben viele *Ossis* auch etwas »gut zu machen«. Solange wir im Westen als 1-Prozent-Sekte agieren, geht es gar nicht anders. Eine Dauerlösung ist das aber nicht. 15 % Ost und 3 % West sollten eine neue Zielmarke für die PDS 2006 sein.

Innerparteilich muß die mit Gera verbundene Kommunikationsbarriere überwunden werden, um einer schleichenden Spaltungsgefahr zu entgehen. Das geht nur, indem »von beiden Seiten« Brücken gebaut werden. Dafür gibt es zur Zeit viel Bereitschaft. Es ist eine Art »Abrüstung« in der PDS anzutreffen. Die Logik darf nicht heißen: Bist du für oder gegen Gera? Wenn von den Reformern verlangt wird, daß sie als reuige Sünder in den Schoß der Partei zurückkehren, machen sich alle lächerlich. Wenn die Reformer darauf bestehen, doch alles richtig gemacht zu haben, ist das nur ein neuer Avantgardismus.

Nach dem nächsten Bundesparteitag brauchen wir die Schlagzeile »Die Heimkehr der Reformer«. Das geht ohne Selbstbetrug aber nur, wenn in den nächsten Wochen dafür die Weichen gestellt werden. Auch hier gilt: Weite Wege beginnen mit dem ersten Schritt (in die richtige Richtung). Mehrheit und Minderheit von Gera können sich in noch so vielen Gremien und Plattformen aus dem Wege gehen, *zueinander* bringt das nicht. Ein exponiert wahrnehmbares öffentliches Gespräch von Vertreterinnen und Vertretern der Mehrheit und der Minderheit wäre ein gutes Signal.

Ebenso hilfreich wäre die Fortsetzung von *FORUM 2000plus!* – sowohl als Botschaft an die Öffentlichkeit als auch an die Mitglieder der Partei. Hier wäre eine geeignete Beteiligungsmöglichkeit für die Abgeordneten und Mitarbeiter der ehemaligen Bundestagsfraktion gegeben. Solche Schritte mit Symbol- und Signalcharakter ließen sich – wenn natürlich auch nicht beliebig – erweitern.

Bremen Mai 2003

Die Bremer Bürgerschaftswahl am 25. Mai ist für die PDS eine große Chance. Für ein erfolgreiches Abschneiden dort bedarf es jetzt der Unterstützung der ganzen Partei und kluger Schritte durch die Bundes-Ebene. Bremen 2003 kann zum Signal der PDS an den

Drei Prozent im Westen verlangen einen faktischen Neubeginn der PDS in den alten Bundesländern.

Ein erfolgreicher Wahlkampf mit bundespolitischer Ausstrahlung verlangt ungewöhnlich couragierte Entscheidungen in den nächsten Wochen. Der Bremer Wahlkampf braucht gute stadtverbundene Themen und eine das Leben im Land *bejahende Ästhetik*.

Westen werden. Durch den Bremer Landesvorstand ist ein guter Vorbereitungsstand erzielt worden. Selbst wenn die Gesamtpartei nichts täte, wäre ein Achtungserfolg möglich.

Krieg und Frieden

Nach dem 11. September 2001 hatten wir uns vorgenommen, zwei Dinge miteinander zu verbinden: unsere Friedensbotschaft *Krieg ist die falsche Antwort auf den Terror* und unsere Bemühungen gegen gesellschaftliche Isolation. Das ist für eine Weile beeindruckend gelungen, aber die Einigung in der Partei war wohl mehr taktischer Natur.

Natürlich sind wir gegen Kriege. Die meisten Menschen im Lande sind das auch. Und trotzdem haben uns zu wenige gewählt. Das hat Gründe, denn: Die Leute wollen vor allem *keinen Krieg* – und *nicht* nur eine *Partei*, die keinen Krieg will und ihn doch nicht verhindern kann. Wenn wir wirklich wollen, daß ein Krieg gegen den Irak abgewendet wird, muß auch alles unsere Unterstützung finden, was dazu beitragen kann, den Krieg zu verhindern. Wir müssen es noch besser lernen, Menschen für aktive Friedensbewegung zu gewinnen. Manches, was wir als Friedensdemo ausgeben, wirkt einfach nicht werbend, sondern abschreckend. Laut und deutlich soll es schon zugehen, aber eben nicht abschreckend. Wenn aus der Partei heraus der Eindruck entsteht, daß uns der Kampf gegen die Regierenden wichtiger ist als die Abwendung von Kriegen, dann merken das die Leute und wenden sich ab.

Demokratischer Sozialismus in Gestalt

Die Zeit ist reif, die Gesellschaft ist emanzipiert und reif genug, um die großen Ideale *Freiheit* und *Gerechtigkeit* zusammen zu bringen und nicht länger gegeneinander zu stellen.

Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen den Mut erst noch aufbringen, Menschen auch Sozialismus zuzutrauen, das heißt, ihnen die Freiheit zu lassen, Beziehungen zueinander so zu gestalten, daß Gerechtigkeit nicht verordnet, sondern mehrheitlich gewollt wird, und daß Freiheit nicht durch himmelschreiendes Unrecht begrenzt und vernichtet wird.

Wir müssen lernen, Sozialismus »von unten« zu denken – zum Beispiel bei der Verfügung über Grund und Boden in der Hauptsache durch regionale/örtliche Entscheidungsträger/innen. Die meisten unserer Alternativen zum herrschenden Kapitalismus sind Modelle des Obrigkeitssozialismus. Wir wollen per Gesetz und Ordnung über die Ansammlung von Geld und Macht verfügen, um sie dann von der Bundesebene als Wohltat, als Segen von oben, verteilen zu können. Gegenentwürfe bester kommunistisch-sozialistischer Tradition (Robert Havemann, Rudolf Bahro) bleiben bislang suspekt. Wenn es ernst wird bei uns, stehen die individuellen Freiheitsrechte hinten an, sind sie weniger geachtet als soziale Grundrechte. Ein neuer Gesellschaftsvertrag müßte von der Frage ausgehen: Wieviel Staat wollen sich Staats- und Gemeindebürger/innen leisten? Der nächste Sozialismus wird ein *libertärer Sozialismus* sein, oder er wird abstraktes und unwählbares Gedankenkonstrukt bleiben.

All dies wollen wir mit dem neuen PDS-Programm klären. Die Gefahr liegt nahe, daß wir die Programmdiskussion überfrachten, wer immer auch im Parteivorstand agiert. Das ist vielleicht aber nicht so schlimm, denn mit interner Überfrachtung haben wir Erfahrung. Der von Gabi Zimmer seinerzeit in Dresden vorgestellte Programm-Entwurf braucht gewiß Veränderungen, aber nicht im Sinne einer Rücknahme seiner *Grund-Substanz*. Wenn beispielsweise die Anteilsnahme an *Freiheitsgütern* herausredigiert werden würde, so wäre dies ein zerstörender Verlust. In der Programmdebatte selbst sollten wir die Begegnung mit einer kritischen Öffentlichkeit beför-

dem und diese nicht scheuen. »Ein bißchen kritisch« zu sein reicht da nicht.

Der nächste Parteitag kommt bestimmt

Er sollte auch nicht Sonderparteitag heißen, sondern regulär stattfinden, was ja jederzeit möglich, wenn auch nicht beliebig oft bezahlbar ist. Ein Einberufungsbeschluß des Parteivorstandes und des Parteirates könnte die notwendige Wirkung auf die Partei haben, sich zusammenzureißen. Die Mehrheit von Gera sollte klar stellen, daß sie gewillt ist, die Sprachlosigkeit der Partei aufzuheben. Und die Minderheit sollte deutlich signalisieren, daß die »Trotz-Phase« vorüber ist. Ein »Schließt-euch-wieder-in-die-Arme«-Parteitag kann es aber auch nicht sein. Schritte aufeinander zu sind nötig. Die akute Gefahr einer Sektifizierung der PDS darf nicht unterschätzt werden.

Die Parteivorsitzende, der Parteivorstand, auch die Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker in den Ländern müssen personell den Weg bereiten, um bei den Wahlen im Jahr 2004 die erforderlichen Signale für einen neuen Aufbruch der PDS auszusenden. Genossinnen und Genossen, die besonderen Medien-Zugang haben (u. a. Petra Pau, Gesine Lötzsch, Petra Sitte, Peter Porsch, Angelika Gramkow, Lothar Bisky, Wolfgang Methling) sollten ihr Agieren in einer Extra-Konsultation mit der Parteivorsitzenden regelmäßig beraten. Wenn der Termin des nächsten Parteitages bestimmt ist, sollten Parteivorstand, Wahlbüro und Landesvorsitzende eine konkrete Wochenplanung gezielter Initiativen vornehmen. Beachte: Ohne *Spiel-idee* taugt Aktionsplanung gar nichts. Ohne Form hat nichts auch wirklich einen Sinn oder Inhalt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Agentur-Frage zu entscheiden. Das *corporate design* der PDS entsteht nicht als Zufallsprodukt. *Trialon* wäre in der Lage, etwas Neues auf den Weg zu bringen, das die 12jährige Erkennungsmelodie der PDS nicht abrupt konterkariert, sondern Bewahrung und Erneuerung umfaßt. Das Produkt wäre in ein bis zwei Jahren dennoch ein *neues*. Die Konsumenten unseres Erscheinungsbildes können nicht von heute auf morgen »umgepolzt« werden. Schließlich ist bei konkreter Initiativen-Planung zu beachten, daß wir selbst die uns von Wählerinnen und Wählern zugesprochene Bedeutung annehmen.

Unsere Vorsitzende hat nicht das gleiche politische Gewicht wie Angela Merkel. Das merkt man unseren Presseerklärungen noch nicht an.

Zu konkret, zu detailliert dies Letzte für einen Zeitschriftenartikel? Ich verweise auf die eingangs gestellten Fragen.

Der nächste Parteitag ist nicht die »Rache der Reformer für Gera«. Weder sollte die Mehrheit von Gera den Eindruck erwecken, als hätte ihnen die verbohrt Minderheit den Parteitag eingebrockt, noch sollten die Reformer den Parteitag für sich instrumentalisieren.

Elemente einer solchen Wochenplanung ausgewählter Initiativen könnten sein: Mehrheit trifft Minderheit; Die PDS trifft sich in Bremen; Talkshow bei H. D. Schütt; Die Landesparteitage und der jeweilige Beitrag zur Bundespolitik; Sachsen, Thüringen und Brandenburg vor ihren Landtagswahlen; Direktwahlen für ausgewählte Ämter (z. B. Bürgermeisterwahl in Sangerhausen am 15. Mai). Natürlich: gut überlegte Anti-Kriegs-Aktionen; Neues aus unseren Regierungsbeteiligungen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Es ist – die Leserschaft wird es ahnen – ein eigen Ding, für ein Druckerzeugnis wie diesem am Stift zu kauen, wo zwischen der Niederschrift mehr oder minder intelligenter, witziger (beziehungsweise witzig sein sollender) und satirischer (beziehungsweise satirisch ...) Auslassungen mehr als vier Wochen liegen. Erstens weiß ich gar nicht, ob ich in vier Wochen nicht schon auf Wolke Sieben sitze (keine Angst, mir geht es gut ...). Und zweitens kann man so leicht mit Vorhersagen danebenliegen. Und das schon gar in Zeiten von Vorkrieg und Krieg. Kurzum: Sie hören mich hier gewaltig stottern, Sie sehen mich in Problemen verheddert. Denn die Frage »Wie funktioniert Satire in Vorkriegszeiten?« ist eine neue Erfahrung für mich. Daß sie funktioniert, scheint mir unbestreitbar – aber wie?

Das Verdrehte an der Darstellung amerikanisch-britischer Hussein-Politik dieser Tage ist (»dieser Tage« ist wichtig, denn schließlich verhalten die Amerikaner Rumsfelds Duzfreund Saddam Hussein einst zu seinen Waffen), daß alles, was zu dem Thema gesagt werden kann, in allen Zeitungen steht. Selbst die bürgerlichen Zeitungen (jawohl, meine reformlinken Regierungssozialisten von der PDS, es gibt sie immer noch, die »bürgerliche Presse«) sind sich einig, daß es dem »Makaken« Bush (das Copyright dieser Präsidentenverunglimpfung liegt bei der Schriftstellerin Angelika Schrobsdorff, Jerusalem) um geopolitische Fragen geht, bei denen das Öl nur eine Komponente ist. Aber wie geschickt sie derlei – je nach verlegerischer Gemengelage – verstecken! Hier nur mal drei Namen, die für prominentes, intelligentes, herausragendes »anti-amerikanisches« Engagement stehen: Gore Vidal, Michael Moore und Norman Mailer. Alle drei waren in den letzten Monaten in deutschen Zeitungen

präsent. Entweder wurde über sie geschrieben, oder Arbeiten von ihnen wurden rezensiert, oder sie wurden interviewt. Aber alles das fand im Feuilleton statt, den Clown-Seiten sozusagen, ohne eine Chance, die Berichterstatter oder die Kommentatoren auf den Politikseiten zu beeinflussen. Aber wenn es schief läuft mit dem Krieg, können die Zeitungen immer darauf verweisen, daß ja auch sie ...

Von Norman Mailer (er wurde jetzt 80) gab es kurz hintereinander zwei große Interviews, die *Berliner Zeitung* hatte ein eigenes, der *Tagesspiegel* eine Übernahme. Mailer: »Als die Sowjetunion zusammenbrach, sahen Amerikas Konservative darin die Gelegenheit, die Weltherrschaft zu ergreifen. Und sie regten sich furchtbar auf, als Clinton gewählt wurde. Er war ja auch deswegen so unbeliebt, weil er ihre politischen Bestrebungen vereitelte. Diese günstige Gelegenheit, die Weltherrschaft an sich zu reißen, verstrich 1992 ungenutzt. – Und nun? – Sollte Amerika das moderne Äquivalent des Römischen Imperiums werden, dann müssen ganze Generationen her, die überall auf der Welt als Soldaten eingesetzt werden können. Man wird wieder Wert auf Schulbildung legen. Amerikaner, die bekannt sind für ihr Unvermögen, fremde Sprachen zu sprechen, werden plötzlich angehalten, Sprachen zu lernen, damit sie in Übersee imperiale Aufgaben wahrnehmen können.«

Wo ist der deutsche Politiker mit öffentlicher Großwahrnehmung, der solcherlei thematisierte? Fehlanzeige.

Auch ein anderes mediales Phänomen zeigt/e (?) sich während der (Vor?)-Kriegsdebatte in deutschen Zeitungen: Nach meiner Übersicht gibt es erfreulicherweise derzeit kein Land in Europa, in dem eine Bevölkerungsmehrheit die Amerikakumpanei ihrer Regierungen unterstützt – doch merkwürdigerweise wurde das, obwohl in jeder deutscher Zeitung irgendwie und irgendwo mit erwähnt, nach meiner Übersicht von keiner Kommentatorin und keinem Kommentator expressis verbis thematisiert. Das führt natürlich zu falschen Annahmen und schiefen Bildern. Nehmen wir Polen, wo sich «Amerikas bester Freund in Europa» (Bush), der Präsident und Sozialist i. R., Aleksander Kwaśniewski, als Hiwi zur Verfügung stellte. Das Ding hat allerdings einen Haken (oder derer gar mehrere ...): Einundfünfzig Prozent der Polen sind gegen den Krieg! Aber so etwas spielt plötzlich alles keine Rolle, wie auch in Großbritannien und anderswo nicht. In einem *Trybuna*-Kommentar schrieb der Sejm-Abgeordnete Piotr Gadzinowski: »Aber was zwingt uns eigentlich, uns als treuester und größter Vasall der USA in Osteuropa aufzuspielen? Als trojanisches Pferd der USA in der Europäischen Union? Es stimmt, daß der als ›feinsinniger Intellektueller‹ geltende tschechische Präsident Vaclav Havel den Krieg gegen den Irak unterstützt. Aber ist das nicht ein weiteres Zeichen der Schwäche, der Abhängigkeit der Staaten des ehemaligen Sowjetblocks?«

Doch der Bürgermeister von Zagan in Westpolen denkt perspektivisch. In einer *Tagesspiegel*-Korrespondenz aus Warschau (Unterzeile: Warum sich Polen an die Seite der USA stellt) wird Slawomir Kowal angesichts von Spekulationen in der polnischen Presse über die Verlagerung amerikanischer Militärstützpunkte von Deutschland nach Polen mit den Worten zitiert: »Das wäre eine riesige Chance für unsere Region.« Puffs in Pommern – wie schön.

Ekkehard Sauermann:
 Neue Welt Kriegs Ordnung.
 Die Polarisierung nach dem
 11. September 2001, Atlantik
 Verlags- und Mediengesellschaft
 Bremen 2002, 579 S. (24,80 €)

Die umfangreiche politische Streitschrift hat zum Hauptinhalt, »die US-Führung als Nutznießer des Attentats vom 11. September« zu entlarven (S. 431). Im ersten Kapitel wird dazu der Grundstein gelegt. Das zweite Kapitel »Der Krieg des Guten gegen das Böse« verweist auf den ökonomischen und geopolitischen Nutzen im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Durchsetzung einer neuen Weltordnung im Verlauf der Kriege gegen den Irak (1990/91), gegen Jugoslawien (1999) und gegen Afghanistan (2002). Im Mittelpunkt des dritten Kapitels »Das Reich des Bösen – Konstruktion eines Feindbildes« steht eine Übersicht zum islamischen Fundamentalismus. Dies wird im nachfolgenden Kapitel »Die USA als Reich des Guten« fortgesetzt. Das fünfte Kapitel »Der permanente Krieg und die Perspektiven der Menschheit« beschreibt die von den USA ausgehende permanente Kriegsgefahr aus dem Interesse heraus, die neue Weltordnung militärisch auszubauen. Dabei sollen zahlreiche Widersprüche der Weltmacht USA deutlich machen, daß Chancen für eine Verhinderung dieser Interessenpolitik möglich sind.

Das Werk entspricht dem Anliegen des Autors, »eine persönliche Selbstverständigung« zu erreichen, »um sich mit Gleichgesinnten, Fragenden und Suchenden verständigen sowie mit Kontrahenten auseinandersetzen zu können« (S. 15). Eine Fülle von Zitaten aus *ND*, *Freitag*, *junge Welt*, *konkret* und anderen Presseerzeugnissen sowie Buchinformationen – ebenfalls mit langen Zitaten – von namhaften Autoren belegen den enormen Aufwand. Das Hauptanliegen, die Analyse der weltpolitischen Situation seit dem Herbst 2001 mit Schlußfolgerungen für die Friedensbewegung zu verbinden, bedürfte jedoch einer stärkeren theoretischen Verarbeitung der Stoffsammlung.

Im Grunde besteht jedes Kapitel aus einer oder mehreren selbständigen Studien. Dabei

geschieht es, daß der besonders geschätzte Autor Noam Chomsky auf den Seiten 72 bis 86 zitiert wird, aber erst ab Seite 332 werden seine Biographie und das bereits zitierte Buch ausführlich behandelt. Neben der Fülle von politischen Informationen (zum Teil ohne Quellenangabe) enthält das Buch auf den Seiten 360 bis 421 den Ansatz einer theoretischen Studie über Globalisierung und die sozialen Gegenkräfte. Grundlage ist die Auseinandersetzung mit dem Buch *Empire* von Michael Hardt und Antonio Negri. Man erfährt eine ganze Menge aus dem Buch und über Rezensionen zu dem Buch. Es überrascht jedoch, daß als marxistische Argumentation zu der Problematik Sauermann mit seitenlangen Zitaten aus dem *Kommunistischen Manifest* und der *Kritik des Gothaer Programms* antwortet, um zu der Schlußfolgerung zu gelangen: »Die grundlegende prognostische Leistung von Marx besteht in der Erkenntnis dieser Rolle des Proletariats als historisches Subjekt.« (S. 407)

Es gibt im Buch eine Reihe wichtiger Fragen, so zum Beispiel zum Jugoslawienkrieg 1999: »Warum hat offenbar eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung diese Politik unterstützt, trotz des mörderischen Bombenkriegs gegen die serbische Zivilbevölkerung? Warum haben sich solche Persönlichkeiten wie Eppler, Enzensberger und Habermas eindeutig auf die Seite der Kriegspartei geschlagen?« (S. 105) Aber Antworten darauf müssen schon auf die nationalistischen Entwicklungen in Serbien und auf geschehene Vertreibungen eingehen. Im gesamten Buch gibt es zum Problem Feindbild keine Reflexion der Feindbilder in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten. Es mangelt an einer kritischen Sicht der Geschehnisse, die die Menschen in Deutschland und in Europa beschäftigten. Damit ist keine Zustimmung zu den Positionen von Eppler und anderen ausgesprochen, aber die Ursachenbestimmung kann bei der USA-Kritik nicht stehen bleiben.

Alles, was aufgedeckt wird an dem Nutzen, den die US-Administration aus dem Attentat vom 11. September 2001 aufgrund der herrschenden politischen und ökonomischen Interessen in der gegenwärtigen Lage zu ziehen gewillt ist, wird akribisch aufgelistet. Der Schlußfolgerung, daß es sich im Endergebnis

um eine Gefährdung der Menschheit handelt, ist ebenso zuzustimmen, wie jener auf Seite 535: »Diese Vergehen haben einen solchen Rang und eine solche Dimension, daß sie als *Verbrechen* eingestuft werden müssen. Jede andere Klassifikation läuft auf eine Verharmlosung hinaus, womit Illusionen wie auch die Verbrechen selbst begünstigt werden.« Der Größe der Gefahr entspräche die Gründlichkeit der Analyse, welche Kräfte mit welchen Mitteln in der Lage sind, den »permanenten Krieg« zu stoppen. Wenn das Buch dazu anregt, diese Frage zu diskutieren, so hat es schon eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Das Personen- und Firmenregister am Schluß des Buches hilft den politisch interessierten und dem linken politischen Spektrum nahestehenden Leserinnen und Lesern beim Nachschlagen zu Ereignissen der Erfolge und Mißerfolge der US-Administration bei der Erzielung einer neuen Weltkriegsordnung.

ERNST LUTHER

WeltTrends e.V. (Hrsg.):
WeltTrends Nr. 35: Krieg
im 21. Jahrhundert, Berlin 2002,
200 S. (12 €)

Die Beiträge dieser Ausgabe der Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien reflektieren die aktuell höchst diffuse weltpolitische Situation und geben Einblick in die Denkstrukturen Krieg treibender Akteure. Verfolgt man nach der Lektüre mit geklärten Blick die Nachrichtenbilder, so wirken diese wie makabre Illustrationen. So kann der aggressive Werbefeldzug des amerikanischen Präsidenten um Verbündete als Beispiel für Carlo Masalas Beschreibung des Dilemmas gelten, in dem heutzutage militärische Koalitionen agieren. Wo traditionell eine als gemeinsam empfundene Bedrohung Staaten dazu veranlaßte, militärisch zu koalieren, kann in einer post-bipolaren, globalisierten Welt kaum mehr von direkter regionaler Bedrohung gesprochen werden. Im Vordergrund steht nunmehr die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, ein weniger heroisches Motiv. Masala entschlüsselt das Wirken mo-

derner Koalitionen im Spannungsfeld zwischen den Variablen: Machtgerangel, Mißtrauen, Zeit- und Geldmangel sowie innenpolitische Restriktion. Wie in allen Beiträgen wird auch hier die strategische Rolle der jeweils relevanten öffentlichen Meinung hervorgehoben. So schien vor dem Hintergrund wachsenden innenpolitischen Widerstandes die Orientierung auf die fragwürdige, technikgläubige NATO-Strategie: »sauberer Luftwafeneinsatz« zunächst sinnvoll. Hier sind nur minimale Verluste in den eigenen Reihen zu verzeichnen: Dies dient als Legitimation gegenüber der heimischen Öffentlichkeit. Die entscheidenden »Schlachten« werden aber von den örtlichen, entsprechend instrumentalisierten Bodentruppen geschlagen. Also sollte wiederum eine Koalition zwischen den Befehlshabern jener »Hifstruppen« und der eingreifenden Macht funktional gestaltet sein, was gerade zwischen Kulturen unterschiedlichster Couleur mit jeweils eigenen Interessen äußerst problematisch ist.

Das Fazit ist, Koalitionen bedeuten immer Probleme, Verzögerungen sind vorprogrammiert. Koalitionen sind Konstellationen für jene Staaten, die sich eine militärische Überlegenheit aus eigener Kraft nicht leisten können.

Deutlich wird, daß wir von herkömmlichen Denkmustern und Definitionen zum Thema Krieg Abschied nehmen bzw. uns gedanklich in die Tiefen unserer Geschichte zurückbewegen müssen. Martin Hoch spricht sogar von einer »Rückkehr des Mittelalters«. Gemeint ist die Aufhebung des idealtypischen, westlich-liberalen Bildes vom Krieg, ausgetragen zwischen den professionellen Armeen zweier Staaten, in der zweiten Reihe die Rot-Kreuz-Einheiten und an der Heimatfront die Bevölkerung. Innerstaatliche Konflikte und Auseinandersetzungen in der Art von Guerillakriegen mit verschwommenen Fronten und Zielen bestimmen aktuell und zukünftig das Bild. Zivile und militärische Ziele werden zunehmend weniger unterschieden. Die Zerstörung der Infrastruktur, die moralische und materielle Zermürbung des Gegners gelten als legitime Mittel. Traditionelle Definitionen von Krieg und Frieden sind bedeutungslos geworden. Die Notwendigkeit von Kriegshandlungen mit ihrer komplizierten Hintergründigkeit sind den jeweiligen Steuerzahlern also zunehmend

schwerer plausibel zu machen. Wir erfahren dann, daß unsere interessierte Nutzung der medialen Informationsquellen und unser möglicher Widerstand bereits Bestandteil der modernen Kriegführungsstrategie sind, nämlich des Kampfes um die Meinungsführerschaft. Die Taktik besteht darin, die öffentliche Meinung der eigenen oder gegnerischen Bevölkerung zieladäquat zu instrumentalisieren. Um nun den Eingriff in fragwürdige ausländische Verstrickungen zu rechtfertigen, wird zunehmend zur Form der mittelalterlich anmutenden Dämonisierung des Gegners gegriffen. So dies gelingt, wird zwar die zustimmende Überzeugung der Bevölkerung erlangt, jedoch bedarf diese Strategie dann auch der endgültigen Auslöschung des »Dämons«. Hier behindert die zunächst funktionale Argumentation eine vorzeitige diplomatische Beendigung des kriegerischen Aktes, die nun schwierig zu rechtfertigen ist. Der Begriff »internationaler Terrorismus«, der momentan für sämtliche Konflikte undifferenziert herhalten muß, ist ein solcher »Dämon«.

Wir befinden uns im Zeitalter der Informationskriegsführung. In der Volksrepublik China wurden 1999 sogar, so der Autor Junhua Zhang, digital ausgerüstete Miliztruppen geschaffen, die quasi vom heimischen Laptop aus, die Mobilisierung einer computerisierten, digitalisierten Bevölkerungsgruppe führen sollen. In China hat wiederum der Informationskrieg Tradition. Dort blickt man auf das kriegstheoretische Werk des Strategen Sunzi zurück, der den Sieg der Intelligenz gegenüber dem der materiellen Kraft favorisierte, »denn nur, wenn man durch ausgeklügelte Ideen und Pläne seine Feinde gegen sich selber kämpfen läßt und dadurch ihre Kraft schwächt, verdiene man sich ein Lob.«

Einen Einblick in die Arbeit der internationalen Organisationen und Mandatsträger der UNO, mit ihren teilweise undurchdachten Handlungskonzepten in der komplizierten regionalpolitischen Realität von Bosnien und Herzegowina, gewährt Friedrich C. K. Haas, selbst Angehöriger einer eingreifenden Truppe. So man sich durch die geheimdienstlich-militärisch geprägte Sprach- und Kürzelwelt nicht beirren läßt, offenbart sich hier das Dilemma der post-bipolaren Umorientierung. Kabarettistisch erscheinen aus der Ferne pein-

liche Verständigungsschwierigkeiten in Ermangelung von Sprachkenntnissen, Verwirrungen im Abkürzungsdschungel und Entscheidungsunfähigkeiten. Doch in derart brisanter Situation kosten solche Unzulänglichkeiten Menschenleben.

Insgesamt bieten die neun Beiträge einen ergiebigen Exkurs in politikwissenschaftliches und kriegstheoretisches Denken mit sehr aktuellen Bezugnahmen.

KATRIN MÖLLER

Hansjörg Herr, Albrecht Sommer,
He Zerong (Hg.): *Nachholende
Entwicklung in China*,
Edition Sigma, Berlin 2002,
257 S. (17,90 €)

Während Japan und Deutschland in einer Stagnationskrise stecken, die USA mit einer schweren Rezession kämpfen, die meisten Tigerstaaten immer noch an den Folgen der Asienkrise von 1997 leiden und Südamerika vor einem finanziellen Kollaps steht, boomt die Wirtschaft in China. Die chinesische Variante der Transformation und das chinesische Modell einer »sozialistischen Marktwirtschaft« scheinen erfolgreich. Unaufhaltsam schiebt sich China in der Weltwirtschaft weiter nach vorn, so daß das 21. Jahrhundert wohl ein chinesisches werden wird. Welche ungelösten Probleme und Schwierigkeiten trotz aller Erfolge mit dieser Entwicklung verbunden sind, zeigt das vorliegende Buch auf, zumindest für einen Bereich der Gesellschaft, für die Wirtschaft. Dies betrifft Fragen des Finanzsystems und der Geldwertstabilität ebenso wie die Kontrolle des Arbeitsmarktes, Strukturprobleme und makroökonomische Ungleichgewichte. Die chinesische Gesellschaft durchläuft derzeit einen dramatischen Wandlungsprozeß – Erfolge und Defizite halten sich dabei die Waage, was es lohnenswert macht, diesen Prozeß vor Ort zu studieren und mögliche wirtschaftspolitische Szenarien zu diskutieren.

Die in dem Sammelband abgedruckten Texte sind im Ergebnis einer mehrjährigen

Kooperation zwischen der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und der Southwestern University of Finance and Economics in Chengdu entstanden. Sie vermitteln ein anschauliches Bild über die ökonomischen Probleme Chinas und über den Stand der Forschung beider Einrichtungen. Die Beiträge sind in drei thematische Schwerpunkte aufgeteilt: Im ersten Teil werden Fragen der Geld- und Währungspolitik erörtert. Im zweiten Block geht es um die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen Chinas. Der dritte Teil befaßt sich mit der Restrukturierung und Privatisierung des staatlichen Unternehmenssektors. In allen drei Teilen kommen sowohl deutsche als auch chinesische Autoren zu Wort, was die Darstellungen ausgewogener und problembezogener macht, als dies vermutlich bei einer rein deutschen Sicht der Fall gewesen wäre.

Einleitend diskutiert Hansjörg Herr, wie die Vergabe »weicher« Kredite an Unternehmen und die Existenz uneinbringlicher Forderungen bei den Banken Allokationsverzerrungen hervorrufen, die jedoch in China derzeit mit makroökonomischer Stabilität und hohem Wirtschaftswachstum einhergehen. Er schlägt vor, bei einer Bankenkonsolidierung bei den Ursachen der verlustbringenden Kreditvergabe anzusetzen und daher die Reform des staatlichen Unternehmenssektors mit einzubeziehen. Etwas anders akzentuiert He Zerong das Problem (S. 53 ff.), indem er als entscheidende Ursache für die Ineffizienz im chinesischen Bankensystem die staatlich administrierte Zinspolitik ausmacht. Er schlägt einen Reformplan für eine stufenweise Liberalisierung der Zinssätze und den Übergang zu einer indirekten Steuerung des Geldmarktes durch die Zentralbank vor.

Hervorhebenswert ist der Aufsatz von Albrecht Sommer im zweiten Teil. Hier werden die Ergebnisse der seit 1994 verfolgten Politik der Fixierung des Renminbi-US-Dollar-Kurses analysiert und unter Bezugnahme auf neuere Erkenntnisse der Wechselkursstheorie verschiedene Optionen für eine zukünftige Wechselkurspolitik Chinas diskutiert (S. 115 ff.). Den Hintergrund für diese Überlegungen bildet der Beitritt Chinas zur WTO, wodurch vor allem die handelbare Güter produzierenden Unternehmen einem erhöhten Anpassungsdruck der ausländischen Konkurrenz aus-

gesetzt sind. So müssen bis 2005 die Zölle drastisch gesenkt und die meisten Importbarrieren abgebaut werden. Sommer schlägt vor, den damit verbundenen Risiken durch »eine stärkere Flexibilisierung der Wechselkurspolitik« (S. 148) zu begegnen. Gleichzeitig sei die Währungspolitik neu auszurichten und in die umfassende Neustrukturierung und Liberalisierung des Bankensystems einzubetten. Daran schließt sich ein Aufsatz von Gerd Kulke an, worin für China künftig eine »exportorientierte Entwicklungsstrategie« empfohlen wird (S. 153 ff.). Dabei wird die bisherige chinesische Entwicklungsstrategie mit den beiden, die Forschung dominierenden Paradigmen, der neoklassischen Schuldenzyklushypothese und dem keynesianischen Modell eines exportinduzierten Wachstums, konfrontiert. Der Autor stellt fest, daß China in der Vergangenheit versucht habe, eine gemischte Strategie zu verfolgen, wobei die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen eine besondere Rolle gespielt habe. Auch hier folgt der chinesische Beitrag einer etwas anderen Diktion: Zou Hongyuan betont die außerordentliche Wichtigkeit ausländischer Direktinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas (S. 165 ff.).

Interessant, insbesondere aus ostdeutscher Sicht, ist auch der dritte Teil, da es hier um die Privatisierung, aber auch um die Möglichkeiten der Erhaltung großer staatlicher Kombinate geht. Im Zentrum steht dabei der Aufsatz von Jan Prieue (S. 209 ff.), worin ein schrittweises Vorgehen bei der Privatisierung empfohlen wird, um soziale Katastrophen zu vermeiden. China geht seit 1978 einen gradualistischen Weg der Transformation und hat sich dadurch viele Probleme Mittel- und Osteuropas erspart. Andererseits aber birgt auch dieser Kurs Gefahren in sich, die nur durch die konsequente Fortsetzung der Unternehmensreformen abgewendet werden können.

Den Abschluß des Buches bildet eine Würdigung Deng Xiaopings als Urheber und Vordenker der chinesischen Reformstrategie.

ULRICH BUSCH

DIETER WITTICH

Thomas S. Kuhn and Marxism

Rather than a historiographic nor philosophical approach Thomas S. Kuhn in his study, »The Structure of Scientific Revolutions« (translated into more than twenty languages and published in more than a million copies worldwide) pursued a question of scientific theory. He investigated how any given scientific community chooses ideas of guidance, »Paradigms«, for conducting their work and to what extent these ideas are accepted and used collectively before being eventually replaced by newer ones. Kuhn explored the ontogenesis of scientific theories. By conceptually incorporating the subject of scientific work into his considerations and semantics he discovered similar structures in other social spheres. He referred particularly to analogies to be found between scientific and political (or social) revolutions.

1953: Death of the Dictators – a Vicious Circle for the SED. Documents

March 5, 1953 Josef Stalin, the Soviet Dictator, died in the vicinity of Moscow. Subsequently his empire was thrown into a long crisis. Over a period of weeks the threat to communist rule grew in the German Democratic Republic (GDR aka »East Germany«). During this time the oppression of the middle class, the peasants and the workers intensified. This led in the GDR to the rebellion of June 17, 1953. The historian, Wilfriede Otto has selected documents pertaining to the policy of the communist party of this period. These documents are published here for the first time.

LOTHAR SCHRÖTER

Military force against terrorists?

Anyone seeking to prevent mass murder such as that committed September 11, 2001 must seek out the causes of terrorism. The author examines this question parting from the thesis that the current western military crusade »against terrorism« is in reality, simply the application of the military doctrine decided upon by NATO and its member states following the demise of the block confrontation. Included is the point of view that the »war on terrorism« – like the »peace enforcement« and the »military intervention against humanitarian catastrophes« before it – is simply a camouflage for the underlying geo-strategic power policies of those feigning such »noble« motives.

WOLFGANG TRIEBEL

State, Church and Military marching hand in hand

This essay handles the issue of military chaplains in the German armed forces. Due to the US government's declaring its »crusade« against terrorism in the aftermath of »9/11« and the arrogance displayed by the 1999 NATO-doctrine calling for imposing peace by military might, it has become clear that not only the Arab world is standing at the brink of new wars. Critical questions about logic and purpose of military chaplains are currently being raised throughout the German military. They are being posed because German involvement in military adventures has become more likely. It seems apparent that foreign military intervention will be »consecrated« by the German churches.

DIETER KIRCHHÖFER

A New Culture of Learning

The momentous changes in work relations that took place at the beginning of the 1990s produced also serious transformations in the culture of learning. At the very core of this process stands a radical individualisation. In his comment Kirchhöfer points to various threatening developments associated with this phenomenon. He mentions particularly the growing tendency toward making education a commodity, which will deepen social differentiation and shift the weight of expenses for education onto the individual. But changes in the culture of learning and education also earmark the development of new roles of a ›critical public opinion‹, toward new work relations, modes of living and learning, new and necessary civil participation and transitions in educational institutions as well as the profession of educating.

STEFAN BOLLINGER

No eastern German social scientists

The *Anschluss* leading to the unification of Germany signified, for the majority of East German intellectuals, their exclusion from the scientific community. Experts view this process as a radical exchange of elites. This not only meant a discontinuation of the careers of many East German scientists but has resulted as well in a deficit in expertise in certain number of fields and disciplines. The initiative »Social Scientists East« is engaged in aiding those East German social scientists, to become re-integrated into the scientific community. »Social Scientists East« enjoys the support of prominent scientists world wide.

HORST DIETZEL

PDS at the Crossroads – Deliberations on the Debates of a Re-Orientation

Even before the election campaign of 2002, there existed controversy as to the course and profile of the Party of Democratic Socialism (PDS). These debates had been particularly fuelled by the electoral results in the federal state of Saxony Anhalt, interpreted by some as a defeat. As a consequence a majority in the party opted for a purely oppositional profile while seeing participation in coalition-governments as still being a feasible option. In the author's view the future of the PDS depends on its ability to play a perceptible role in daily politics. At the moment, the PDS gives more the picture of an organisation widely paralysed by internal controversies. Dietzel concentrates mainly on reviewing the different positions in current debates.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH, WOLFRAM ADOLPHI,
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030– 44 310-157/130/123, Fax-181/122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

| | | |
|------------------|----|--------|
| Heft 1 bis 110: | je | 1 € |
| Heft 111 bis 134 | je | 2,50 € |